

8825

Stenographisches Protokoll

100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 28. Juni 1985

Tagesordnung

1. Bericht über den Antrag 152/A der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen betreffend Marktordnungsgesetz-Novelle 1985
2. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz — LLDG 1985
3. Bericht über den Antrag 137/A der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen über ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft
4. Bericht über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983
5. Bericht über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1984

Grabher-Meyer, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 146/A betreffend ein Rechtsanwaltsprüfungsgesetz sowie über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter geändert wird, gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Frist bis 23. Oktober 1985 zu setzen (S. 8842) — Annahme (S. 8903)

Antrag des Abgeordneten Dr. Lichal, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über die Petition Nr. 4 betreffend das Problem der steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Frist bis 30. Oktober 1985 zu setzen (S. 8842)

Durchführung einer Debatte über den Fristsetzungsantrag des Abgeordneten Dr. Lichal betreffend die Petition Nr. 4 gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 8842)

Redner:

Dr. Lichal (S. 8843),
Dr. Nowotny (S. 8844),
Grabher-Meyer (S. 8846) und
Dr. Schüssel (S. 8847)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 8903)

Antrag der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Peter und Genossen, sowohl den Ausschuß für soziale Verwaltung als auch den Verfassungsausschuß gemäß § 46 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu beauftragen, ihre Arbeiten während der tagungsfreien Zeit fortzusetzen (S. 8904) — Annahme (S. 8904)

Inhalt

Nationalrat

Beschluß auf Beendigung der ordentlichen Tagung 1984/85 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit Ablauf des 12. Juli 1985 (S. 8903)

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 8904)

Personalien

Krankmeldungen (S. 8827)

Entschuldigungen (S. 8827)

Ordnungsruf (S. 8850)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Rieder und

Tatsächliche Berichtigung

Dr. Keimel (S. 8897)

Fragestunde (75.)

Bauten und Technik (S. 8827)

Vetter (584/M); Eigruher, Dr. Höchtl

Kraft (585/M); Eigruher, Roppert, Landgraf

Dr. Preiß (591/M); Hietl, Parnigoni, Hintermayer

Auswärtige Angelegenheiten (S. 8833)

Dr. Lichal (566/M); Dr. Rieder, Dr. Khol

609

8826

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dr. Khol (567/M); Dr. Rieder, Dr. Lichal

Dkfm. DDr. König (568/M); Probst, Hochmair,
Dr. LichalDr. Steiner (569/M); Mag. Kabas, DDr. Hesele,
Dr. Blenk**Ausschüsse**

Zuweisungen (S. 8842)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 152/A der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungs-gesetz 1985 geändert wird (Marktordnungs-gesetz-Novelle 1985) (686 d. B.)

Berichterstatter: Windsteig (S. 8850)

Redner:

Deutschmann (S. 8851),
Pfeifer (S. 8854),
Alois Huber (S. 8857),
Staatssekretär Ing. Murer (S. 8858),
Gurtner (S. 8861),
Schober (S. 8862),
Hintermayer (S. 8865) und
Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 8867)

Annahme (S. 8870)

- (2) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (642 d. B.): Bundesgesetz über das Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer (Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz — LLDG 1985) (685 d. B.)

Berichterstatter: Parnigoni (S. 8870)

Redner:

Hubert Huber (S. 8871) und
Gärtner (S. 8872)

Annahme (S. 8873)

Gemeinsame Beratung über

- (3) Bericht des Bautenausschusses über den Antrag 137/A der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen über ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft (678 d. B.)

Berichterstatter: Strache (S. 8874)

- (4) Bericht des Bautenausschusses über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik (III-46 d. B.) betreffend die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983 (679 d. B.)

- (5) Bericht des Bautenausschusses über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik (III-92 d. B.) betreffend die

Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1984 (680 d. B.)

Berichterstatter: Neuwirth (S. 8874)

Redner:

Dr. Keimel (S. 8875),
Schemer (S. 8880),
Eigruber (S. 8883),
Dr. Schwimmer (S. 8886),
Bundesminister Dr. Übleis (S. 8889),
Veleta (S. 8892),
Vetter (S. 8894),
Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 8896),
Dr. Keimel (S. 8897) (tatsächliche Berichtigung),
Lußmann (S. 8897),
Dietrich (S. 8900) und
Schwarzenberger (S. 8901)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 8903)

Kenntnisnahme der beiden Berichte (S. 8903)

Eingebracht wurden**Antrag der Abgeordneten**

Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Helene Partik-Pablé, Wanda Brunner, Edith Dobesberger, Mag. Brigitte Ederer, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Helga Hieden, Elfriede Karl, Adelheid Praher, Gabrielle Traxler, Ella Zipser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über den Karenzurlaub für Väter (155/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Schranz, Dr. Rieder und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend kriminelle Methoden bei der Zeitschriftenkeilerei (1465/J)

Dr. Rieder, Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend kriminelle Methoden bei der Zeitschriftenkeilerei (1468/J)

Dr. Reinhart, Mag. Guggenberger, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend 380-kV-Leitung — UW Westtirol—Staatsgrenze (Drigale-Pradella) (1467/J)

Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber, Mag. Guggenberger und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend „Hochpreispolitik“ der Mineralölkonzerne (1468/J)

Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Mag. Guggenberger, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend erhöhte Beachtung des § 16 Straßenverkehrsordnung (1469/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Dritter Präsident **Dr. Stix**.

Präsident **Dr. Stix**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Amtlichen Protokolle der 96. und 97. Sitzung des Nationalrates vom 26. Juni 1985 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Gassner, Mag. Minkowitsch, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Heinzinger, Fauland und Prechtl.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Haigermoser, DDr. Gmoser, Dr. Jankowitsch und Dr. Gradischnik.

Fragestunde

Präsident **Dr. Stix**: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident **Dr. Stix**: Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 1 Minute — mit dem Aufruf der Anfragen.

Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Herr Abgeordneter **Vetter** (*ÖVP*) an den Bundesminister für Bauten und Technik.

584/M

Woher stammen die Gelder, die Sie beim Baugipfel der Bauwirtschaft zugesagt haben?

Präsident **Dr. Stix**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Dr. Übleis**: Herr Präsident! Hohes Haus! Das Sonderhochbauprogramm beläuft sich auf 2 Milliarden Schilling. Davon werden 1,5 Milliarden Schilling für Bauträgermaßnahmen am Kapitalmarkt aufgebracht. 500 Millionen Schilling werden finanziert, indem vorzeitige und über die vertraglichen Verpflichtungen hinausgehende Rückzahlungen an den Bauträger aufgeschoben werden. Die freiwerdenden Mittel fließen direkt in derzeit laufende

Bauvorhaben und dienen der Beschleunigung.

Von der Wasserwirtschaftsfonds-Kommission wurden in der Sitzung vom 23. Mai 1985 Bauvorhaben in einer Größenordnung von 3,3 Milliarden Schilling positiv begutachtet. Wir werden rund 2,2 Milliarden Schilling aus dem Wasserwirtschaftsfonds an Förderungen zur Verfügung stellen.

Präsident **Dr. Stix**: Erste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Vetter**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben dieses Sofort- oder Sonderprogramm am 10. Mai als besonders rasch bauwirksam der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der gestrigen Fragestunde und auch Ihrer heutigen Feststellung entnehme ich, daß bereits eingegangene Verpflichtungen an Bauträger zurückgestellt werden. Das heißt, daß diese Bauträger natürlich auch ihre Planungen umstoßen müssen. Ihre Verschuldung steigt dadurch oder wird zumindest in die Länge gezogen.

Ich möchte die Frage stellen: Haben Sie mit den Bauträgern darüber gesprochen, welche Auswirkungen dieses Hinauszögern von Verpflichtungen bei den Bauträgern hat?

Präsident **Dr. Stix**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Dr. Übleis**: Herr Abgeordneter! Das ist nicht notwendig. Es handelte sich, wie ich betont habe, um freiwillige, vorzeitige Rückzahlungen, sodaß hier überhaupt keine Beeinträchtigung entsteht. Darüber hinaus sind die Banken bei der derzeitigen Liquiditätssituation sicher glücklich, daß sie diese Rückzahlungsraten später bekommen.

Präsident **Dr. Stix**: Zweite Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Vetter**: Herr Bundesminister! Ich bestreite nicht, daß Banken relativ viel Geld zur Verfügung haben. Aber es steht auch ohne Zweifel fest, daß diese Kredite alle Bauvorhaben verteuern.

Aber zu meiner zweiten Frage: Sie haben am 10. Mai festgestellt, daß das Bausonderprogramm noch im heurigen Jahr zur Bele-

8828

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Vetter

bung der österreichischen Bauwirtschaft beitragen wird. Sie haben gestern dem Herrn Abgeordneten Schemer auf eine ähnliche Frage geantwortet, daß die Bauwirksamkeit nur zum Teil schon 1985 in Kraft treten kann.

Ich möchte daher an Sie die Frage stellen: Welche Summe von den angekündigten Milliarden wird heuer noch bauwirksam und trägt dazu bei, die Beschäftigungslage zu verbessern?

Präsident Dr. **Stix**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. **Übleis**: Herr Abgeordneter! Bauwirksam sind bereits die 500 Millionen Schilling, die ja zur Beschleunigung bereits laufender Bauvorhaben eingesetzt werden. Außerdem sind hier 110 Millionen Schilling enthalten, die für die Sanierung von Altbauten verwendet werden. Mit der Investition der rund 1,5 Milliarden Schilling, die für den Bau der Bundespolizeidirektion Graz, der Landwehrkaserne Bludenz, der Textilfachschule Dornbirn und der Kfz-Prüfanstalt Wien Scheydgasse verwendet werden, wird zum Großteil noch heuer begonnen werden. Ich rechne mit einem Beginn zwischen Oktober bis Dezember, weil wir auch interessiert daran sind, daß die Arbeiten über den Winter durchgezogen werden.

Präsident Dr. **Stix**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Eigruber, bitte.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es ist bekannt, daß sich die Bautätigkeit im Frühjahr immer sehr zögernd entwickelt. Aber es sind ja, wie Sie uns mitgeteilt haben, geänderte Auftragsvergaben ergangen. Ich frage Sie daher: Sind mit diesen geänderten Auftragsvergaben bei den Bauträgern Verzögerungen im Bauablauf entstanden?

Präsident Dr. **Stix**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. **Übleis**: Herr Abgeordneter! Es sind keine Verzögerungen zu erwarten. Nur habe ich eine Änderung des Bauträgermodells in Aussicht genommen. Das heißt, es wird die Planung des Projektes durch von uns beauftragte Architekten vorgenommen, und erst dann, wenn die Polierplanung mit Raumbuch, die Statikplanung mit Schalungs- und Bewehrungsplänen und die Haustechnikplanung im Maßstab 1:50 gegeben sind, erfolgt in Zukunft — im Gegensatz zu früher — eine Ausschreibung der Bauträger.

Wir vergeben nur das Baumanagement, die Bauleitung wird dann wieder ein anderer Architekt machen, sodaß eine doppelte Kontrolle gegeben ist.

Der Nachteil der jetzigen Bauträgermodelle besteht darin, daß bisher auch die Planung im Bereich des Bauträgervertrages vorgenommen wurde und dadurch natürlich da und dort Interesse daran bestand, das Bauvorhaben aufzublähen.

Wir überprüfen derzeit unter meinem Vorsitz jedes Bauvorhaben, wenn die Pläne von den Ressorts kommen. Es ist uns in einigen Fällen schon gelungen, daß diese Bauprojekte dann billiger werden, daß weniger Räume zur Verfügung gestellt werden, wenn diese nicht notwendig sind.

In Zukunft wird gesichert sein, daß das Baumanagement die Baudurchführung plus die Finanzierung besorgt, aber eine Änderung des Projektes nicht mehr möglich ist. Das heißt, es sind auch Wünsche der Ressorts dann nicht mehr zu berücksichtigen.

Präsident Dr. **Stix**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Höchtel, bitte.

Abgeordneter Dr. **Höchtel** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Herr Abgeordnete Vetter hat bereits darauf hingewiesen, daß, wenn es um eine Verlangsamung der Rückzahlung geht und die betroffenen Bauträger eventuell entsprechende Kredite aufnehmen müssen, es sich für diese Bauträger insgesamt verteuert.

Ich würde gerne Ihrerseits die Auskunft haben, um welche Bauträger es sich dabei handelt, die von diesen langsamen Rückzahlungen betroffen sind.

Präsident Dr. **Stix**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. **Übleis**: Herr Abgeordneter! Das kann man im einzelnen nicht sagen. Es sind im heurigen Jahr für eine Reihe von Bauvorhaben bereits gewisse Beträge vorgesehen gewesen. Ich darf die Veterinärmedizinische Universität erwähnen, wo 20 bis 30 Millionen Schilling bereits vorgesehen waren. Aber dieses Projekt wird derzeit von mir noch einmal überprüft, weil ich festgestellt habe, daß die Größenangaben nicht realistisch waren, denn es wurden bereits in die jetzige Bauführung Vorhaben eingeplant, die erst in 10, 15 Jahren notwendig werden.

Dann gibt es auch noch gewisse Beträge für

Bundesminister Dr. Übleis

die Projekte Textilfachschule Dornbirn beziehungsweise Bludenz, die ebenfalls erst zum Jahresende begonnen werden, sodaß in keiner Weise von einer starken Beeinträchtigung eines Bauträgerprojektes gesprochen werden kann.

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur 2. Anfrage: Herr Abgeordneter Kraft (ÖVP) an den Bundesminister für Bauten und Technik.

585/M

Warum haben Sie auf eine Mitfinanzierung der Pyhrn Autobahn durch die EG verzichtet?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Österreich verhandelt seit 1977 mit der EG über den Antrag eines Infrastrukturbeitrages zum Ausbau der Pyhrn Autobahn. Dieser Antrag wurde formell von Österreich nicht zurückgezogen.

Seit Einbringen dieses Antrages vor acht Jahren, in denen bisher ergebnislos verhandelt wurde, hat sich die Verkehrssituation in Österreich aufgrund des überproportionalen Anstiegs des Transitschwerverkehrs durch Österreich erheblich verändert. Selbst in jenen Gebieten, in denen besonders leistungsfähige Autobahnen bestehen, hat dieser Anstieg dazu geführt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht wurden sowie enorme Belastungen der Umwelt zu verzeichnen sind.

Österreich hat daher gegenüber der EG dargelegt, daß die österreichische Bevölkerung nicht mehr bereit ist, diese Umweltbelastungen entlang der Transitstrassen weiter hinzunehmen, und daß es daher ein wesentliches Ziel der österreichischen Verkehrspolitik ist, eine weitgehende Verlagerung des Güterschwerverkehrs von der Straße auf die Schiene herbeizuführen.

Österreich hat gegenüber der EG erklärt, daß es zu diesem Zweck entsprechende Investitionen zum Ausbau der Schieneninfrastruktur tätigen und von der EG eine entsprechende Unterstützung erwarten wird.

Präsident Dr. Stix: Erste Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundesminister! Zweifelsohne müßte die EG interessiert sein, daß diese wichtige Nord-Süd-Verbindung, Innkreis- und Pyhrn Autobahn miteingeschlos-

sen, sehr rasch einer Fertigstellung zugeführt wird. Es hat lange Zeit auch so ausgesehen, daß ein Beitrag möglich sein dürfte. Mich hat unlängst Ihre Aussage irritiert, daß Sie auf einen Beitrag verzichten würden.

Ich darf Sie fragen: Welche Auswirkungen im Hinblick auf eine Fertigstellung dieser wichtigen Nord-Süd-Verbindung beziehungsweise dieser Innkreis- und Pyhrn Autobahn hat dieser Ihr Verzicht auf EG-Mittel?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Die Chancen waren immer gering und sind nach wie vor gering, sodaß wir uns ohnedies schon im Rahmen der Besprechungen über die Novelle im Zusammenhang mit der ASFINAG überlegt haben, die Finanzierung in dieser Novelle sicherzustellen. Die Finanzierung ist auch teilweise sichergestellt durch den Ausbau des Abschnittes Sattledt—Kirchdorf.

Für die weitere Finanzierung müssen wir uns sicher in Zukunft noch etwas einfallen lassen, aber wir sind nie davon ausgegangen, daß wir echt erwartet haben, daß in absehbarer Zeit ein Finanzierungsbeitrag geleistet wird.

Präsident Dr. Stix: Zweite Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundesminister! Ich habe schon vor Jahren wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland wesentlich schneller mit dem Autobahnverkehr an der Grenze bei Suben sein wird und daß dieser Autobahnverkehr bei uns abfließen sollte. Das heißt, daß auch wir mit dem Bau dieser Innkreis Autobahn und Pyhrn Autobahn schneller dran sein sollen.

Ihre Amtsvorgänger haben mir allemal versichert: Wir werden zeitgerecht diese Autobahnteilstücke fertiggestellt haben. Es war leider nicht so. Der Autobahnverkehr in Suben, kommend aus der Bundesrepublik, muß nun über Bundes- und sogar auf Landesstraßen abfließen.

Diese enorme Belastung — ich bin ein Betroffener, weil ich unmittelbar dort daneben zu Hause bin — durch den enormen Verkehr führt natürlich zu erheblichen Schäden auf Bundes- und Landesstraßen, die natürlich nicht dazu geeignet sind, Autobahnverkehr

8830

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Kraft

aufzunehmen. Diese Schäden sind jetzt sehr arg durch Spurrinnen, es gibt enorme Lärmbelastungen und so weiter.

Glauben Sie, Herr Bundesminister, daß die Sanierung dieser Bundes- und Landesstraßen im Innviertel neben dem beschleunigten Autobahnbau möglich sein wird?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß im Herbst dieses Jahres das sehr wichtige Autobahnteilstück von Suben nach Ried eröffnet wird, daß überhaupt unsere Tätigkeit zum raschen Ausbau der Innkreis Autobahn stark forciert wurde und daß wir 1988 eine durchgehende Autobahnverbindung von Bayern nach Linz zur West Autobahn haben werden. Es ist sicher das Problem der Umfahrung von Wels noch aktuell. Hier wurden ja Ingenieure beauftragt, bis Mitte September ein Gutachten vorzulegen. Aber wir werden auch alles dazu beitragen, daß die daneben noch bestehenden Bundesstraßen rasch saniert werden.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Eigruher.

Abgeordneter Eigruher (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir Oberösterreicher wissen es zu schätzen, daß endlich an der Innkreis Autobahn weitergebaut wird. Wir hoffen auch, daß die Pyhrn Autobahn so bald wie möglich in Angriff genommen wird.

Ich finde es nicht richtig, daß man, wenn man genau weiß, daß diese Verhandlungen bzw. die Gespräche von der EG immer wieder hinausgezögert werden, die österreichische Bevölkerung, besonders die Oberösterreicher, insofern verunsichert, als man sagt: Die Verhandlungen wurden von österreichischer Seite aus abgebrochen.

Ich frage Sie daher: Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten der weiteren Verhandlungen mit der EG?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Ich führe selbst keine derartigen Gespräche. Dafür ist der Herr Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zuständig. Aber es sind sicher die Chancen, daß für die Autobahn Mittel bewilligt werden, sehr gering. Wir hoffen, daß die Mittel für die

Ermöglichung des Korridorverkehrs auf der Schiene zur Verfügung gestellt werden. Die Gespräche laufen ja ständig.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter Roppert (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Bundesminister! Ich finde es richtig, daß dieser jahrelangen Hinhaltenaktik der Europäischen Gemeinschaften bezüglich einer Mitfinanzierung des österreichischen Autobahnbaus endlich begegnet wird.

Die Europäischen Gemeinschaften sagen pausenlos, sie hätten kein Geld für die eigene Infrastruktur in ihren Mitgliedsländern und würden erst recht kein Geld für Drittländer haben, nämlich für Österreich.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister — Sie haben es kurz anklingen lassen —: Wie werden Sie nun die Ausfinanzierung, die Restfinanzierung und die Fertigstellung der restlichen Teile der Pyhrn Autobahn bewerkstelligen?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Es ist in der ASFINAG-Novelle vorgesehen, daß der Bauabschnitt Sattledt—Kirchdorf in einer Größenordnung von etwa 500 Millionen Schilling finanziert werden kann. Bezüglich des übrigen Teiles von Oberösterreich ist die Bauvorbereitung auch im Gesetz vorgesehen. Heuer noch wird ja der Abschnitt Spital—Windischgarsten eröffnet.

Über die Ausbaumaßnahmen in der Steiermark habe ich ja gestern schon gesprochen, sie gehen planmäßig vor sich. Es ist lediglich der Ausbau des Schoberpasses noch nicht genau fixiert. Hier hoffen wir im Einvernehmen mit dem Amt der steirischen Landesregierung, daß 1988/89 begonnen werden kann.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Landgraf.

Abgeordneter Landgraf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben eben mitgeteilt, daß das Teilstück Windischgarsten—Spital am Pyhrn — in der Weiterführung geht es dann durch den Bosruck-Tunnel — ausgebaut wird. Sie sagten ebenfalls, daß das Teilstück Sattledt—Kirchdorf ausgebaut wird. Nun verbleibt das Stück zwischen Kirchdorf und Windischgarsten.

Landgraf

Herr Minister! Sie als Oberösterreicher kennen dieses Gebiet selbst sehr genau. Es ist genau jenes Teilstück, das am kurvenreichsten ist, das die meisten Engstellen zu verzeichnen hat und das natürlich auch die größte Unfallquelle darstellt.

Außerdem ist gerade das Pyhrn-Priel-Gebiet ein ausgezeichnetes Fremdenverkehrsgebiet. Es wurden viele infrastrukturelle Maßnahmen durch die oberösterreichische Landesregierung gesetzt. Es wäre also aus fremdenverkehrspolitischen Sicht sehr wichtig, zu erfahren — und das wäre meine Frage, Herr Minister —: Wann glauben Sie, daß jenes Teilstück fertiggestellt werden kann?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß sich dort vor Jahren eine Bürgerinitiative „Plattform“ gebildet hat, deren Vertreter schon mit dem Herrn Landeshauptmann und mit mir Gespräche geführt haben.

Wir bemühen uns immer noch, die Trassenführung umweltfreundlicher zu gestalten. Es sind ja von dem Teilstück in Oberösterreich etwa 241 Bauern betroffen. Wir werden mit ihnen weiterverhandeln. Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, die Finanzierung für diesen Abschnitt sicherzustellen. Derzeit ist das Problem sicher nicht aktuell, weil zunächst der Teil Sattledt—Kirchdorf gebaut wird.

Aber auch hier darf ich eine kleine Kritik anbringen. Leider hat man bereits vor längerer Zeit begonnen, eine Ortsumfahrung von Micheldorf zu bauen, die in Zukunft sicher dazu führt, daß sich die Gemüter in dieser Region noch stärker aufregen, weil es niemand mehr versteht, daß es eine Ortsumfahrung gibt und daneben eine weitere Autobahntrasse gelegt wird.

Es wird sicher noch zu Gesprächen mit der Bürgerinitiative kommen, aber allgemein von den Bürgermeistern. Ich war ja in Klaus und habe mit den Bürgermeistern gesprochen. Es haben sich von elf neun für den Pyhrn Autobahn-Bau in Oberösterreich ausgesprochen.

Präsident Dr. Stix: Wir kommen zur 3. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Preiß (SPÖ) an den Bundesminister für Bauten und Technik.

591/M

Welche Baumaßnahmen sind in Ihrem Ressort geplant, um eine Entlastung der Wachauer Bundesstraße B 3 zwischen Krems und Melk zu erreichen?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Präsident! Hohes Haus! Anlässlich der Verhandlungen mit Herrn Landeshauptmann Ludwig über die geplante Novelle zum Bundesstraßengesetz wurde unter anderem vereinbart, daß eine neue Tullner Donaubrücke als B 19 A in das Bundesstraßengesetz aufgenommen werden soll, weil ich der Meinung war, daß es nicht vertretbar erscheint, daß man die vorgesehene Donaubrücke Klosterneuburg—Korneuburg baut, da hier wertvolles Auland zerstört worden wäre und sich sicher auch für die Bewohner von Klosterneuburg viele Nachteile ergeben hätten.

Außerdem soll zur besseren Anbindung des Weinviertels und des Nordens von Wien an die A 1, West Autobahn, eine Bundesstraße als Verbindungsstraße zwischen B 6 und B 7 nördlich von Wien in das Bundesstraßengesetz neu aufgenommen werden. Durch diese Maßnahmen ist mit einer erheblichen Verkehrsverbesserung auf der B 3 zu rechnen.

Präsident Dr. Stix: Erste Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Preiß: Herr Bundesminister! Wann werden die von Ihnen angesprochenen Planungsarbeiten für die neue Donaubrücke und diese neuen Straßen in Angriff genommen werden?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Die Novelle zum Bundesstraßengesetz wird im Sommer in das Parlament kommen. Wir hoffen, daß die Behandlung im Herbst erfolgt. Diese Novelle soll mit 1. Jänner 1986 in Kraft treten. Dann können im Herbst die Gespräche beziehungsweise die Arbeiten im Rahmen der Auftragsverwaltung beim Land Niederösterreich begonnen werden. Ein genauer Termin kann noch nicht genannt werden.

Präsident Dr. Stix: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Preiß: Herr Bundesminister! Neben der B 3 ist auch die B 33 ein Sorgenkind für unsere Gegend.

8832

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dr. Preiß

Ich möchte Sie fragen: Welche Projekte sind an der Donaubegleitstraße B 33, welcher, wie Ihnen ja bekannt ist, eine große Bedeutung für die Erschließung der südufrigen Wachau für den Fremdenverkehr zukommt, derzeit im Bau beziehungsweise stehen kurz vor Baubeginn?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Das Bauvorhaben Schönbühel—Aggsbach zwischen Kilometer 5,3 und 9,2 wird derzeit ausgeschrieben. Die Gesamtkosten betragen 46 Millionen, und Baubeginn kann noch heuer sein.

Das Bauvorhaben Pielachbrücke—Schönbühel zwischen Kilometer 1,7 und Kilometer 5,4 mit Gesamtkosten von rund 42 Millionen Schilling ist bereits fertiggestellt.

Das Bauvorhaben Mauertal zwischen Kilometer 13 und 14 mit Gesamtkosten rund 5 Millionen Schilling ist derzeit in Bau, und heuer werden dafür 2 Millionen investiert. Im nächsten Jahr wird die Fertigstellung sein.

Weiters soll noch im heurigen Jahr die Sanierung einer Brücke bei Bacharnsdorf bei Kilometer 19,2 begonnen werden.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hietl, bitte.

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Herr Bundesminister! Es ist sicherlich sehr wesentlich, wenn die S 3 eine Entlastung erfährt. In der Wachau hat man jetzt das LKW-Fahrverbot erlassen, das sicherlich für den Fremdenverkehr dieses Gebietes von besonderem Interesse ist, wenn es auch für den Lastverkehr gewisse Erschwernisse bringt.

Aber das entscheidende an dieser Situation ist, daß die Überlastung der B 37 durch das Kremstal ganz enorm ist, daß die Bevölkerung dieses Gebietes immer wieder an mich herantritt, bei Ihnen zu intervenieren, um Abhilfe zu schaffen.

Hier ergibt sich natürlich die Frage für mich: Wie wird die Verbindung von der S 33, St. Pölten—Krems, im Anschluß an den Norden ins Waldviertel sein? In welcher Bauzeit soll diese Anschlußstraße ins Waldviertel errichtet werden? Welche Budgetsummen stehen hier jährlich zur Verfügung?

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter! Das

waren drei Fragen. — Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Ich weiß, daß diese Strecke Krems—Gneixendorf—Gföhl derzeit schon gebaut wird, daß jährlich gewisse Budgetmittel zur Verfügung stehen. Ich würde aber darum bitten, daß ich Ihnen die detaillierte Beantwortung schriftlich übermitteln darf.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Parnigoni.

Abgeordneter Parnigoni (SPÖ): Herr Bundesminister! In der weiteren Fortführung geht es auch darum, daß von Zwettl in Richtung Karlstift eine Verbindungsstraße ausgebaut wird. Es geht um die B 38. Hier ist im besonderen das Problem der Ortsdurchfahrt Langschlag in Diskussion.

Ich möchte Sie daher fragen: Wie stellen Sie sich die Lösung dieser Frage vor?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Ich war vor einer Woche selbst in Langschlag. Ich habe mir die Situation angesehen. Ich bin der Meinung, daß man eine Ortsumfahrung, die rund 4 km betragen würde, nicht machen sollte, weil dafür zuviel landwirtschaftliches Gebiet beansprucht werden würde. Ich bin daher für den Ausbau der Ortsdurchfahrt, aber mit einer kleinen Modifikation, nämlich daß man, wenn man von Zwettl kommt, nicht die Engstelle dort zu benützen braucht, sondern daß man rechts ausweicht und beim Schloß wieder in die bestehende Trasse einmündet.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer, bitte.

Abgeordneter Hintermayer (FPÖ): Sehr verehrter Herr Bundesminister! Wir haben durch die schöne Wachau wohl eine sehr gute Straße, die sehr stark frequentiert wird, aber sie ist leider Gottes nicht so leistungsfähig — oder vielleicht Gott sei Dank, denn sie soll ja auch keine Autobahn sein.

Mein Kollege Dr. Preiß hat schon urgiert, daß die S 33 sehr, sehr notwendig wäre, um das rechte Donauufer zu erschließen, aber auch für den Fernverkehr eine Möglichkeit zu schaffen.

Ich möchte Sie daher fragen: Wie hoch wer-

Hintermayer

den die Mittel sein, die in Hinkunft für den Ausbau dieser sehr wichtigen S 33 zur Verfügung stehen?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Übleis: Herr Abgeordneter! Das Bauvorhaben Schönbühel—Aggsbach mit Gesamtkosten in Höhe von 46 Millionen Schilling konnte in das Bauprogramm 1985 aufgenommen werden. Es sind heuer 5 Millionen dafür vorgesehen. Weiters sind zusätzliche kleinere Maßnahmen mit Gesamtkosten von 6 bis 7 Millionen geplant. Das heißt, der Ausbau wird durchgeführt.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur 4. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP) an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

566/M

Sind Ihrem Ressort Verdachtsmomente gegen Udo Proksch wegen Spionage bekannt?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage beantworte ich mit Nein.

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter, eine Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dr. Lichal: Herr Bundesminister! Diese Antwort ist, glaube ich, doch unbefriedigend. Warum haben Sie dann am 27. März 1985 zur Überraschung — möchte ich zugeben — der gesamten Öffentlichkeit spontan erklärt, daß Sie sich für Ihren Freund Udo Proksch, den Herbergsvater des „Club 45“, als Zeuge zur Verfügung stellen?

Am 10. Mai dieses Jahres haben Sie dann beim Richter die Zeugenaussage verweigert. Waren Sie jetzt in Sorge, daß Sie vielleicht Ihrem Freund Udo Proksch mit Ihrer Zeugenaussage mehr schaden als nützen können?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Darf ich persönlich sagen, daß ich an sich sehr froh bin, daß Sie

diese Frage gestellt haben, weil ich endlich einmal auch hier vor dem Nationalrat zwei Feststellungen treffen kann:

Ich empfinde es erstens als unerhört, auch einem amtierenden Minister einen Vorwurf dafür zu machen, daß er nach seinem besten Wissen und Gewissen eine Zeugenaussage ablegt über einen Sachverhalt, soweit er ihn eben selbst gesehen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Daß daraus die Konsequenz gezogen wird, daß gewisse Zeitungen sogar unter vertraulichen Hinweisen, warum das geschieht, eine Art Rachefeldzug starten, das habe ich zur Kenntnis genommen. Manche dieser Zeitungen liest seither nur mehr mein Rechtsanwalt, weil ich den Wahrheitsinhalt dieser Zeitungen nach dem beurteile, was sie über mich geschrieben haben.

Ich hätte trotz aller politischen Auseinandersetzungen erwartet, daß in einer solchen Frage besonders nach dem, was sich eben nachher an Vorwürfen und Verdächtigungen in diesen Zeitschriften abgespielt hat, die Mitglieder der Bundesgesetzgebung mit dem Bundesminister zusammenstehen, weil das nämlich jedem einzelnen nicht nur passieren kann, sondern auch auf seiten Ihrer Fraktion von einer Zeitschrift auch schon passiert ist.

Ich habe nie gezögert, mich gegen eine solche Art in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Ich bin froh, daß Sie mir diese Gelegenheit gegeben haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich habe bei meiner zweiten Zeugenaussage, Herr Abgeordneter, die Zeugenaussage in einem einzigen Punkt verweigert, weil es nämlich darum gegangen ist, den vollen Inhalt der Mitteilung einer österreichischen Vertretungsbehörde an das Außenministerium bekanntzugeben, einer Mitteilung, die zwar auf diesen Fall keinen Bezug hat, die aber eine Beurteilung seitens der Botschaft war.

Wenn — das möchte ich hier grundsätzlich erklären, ich habe das unlängst einer Reihe von Professoren erklärt, die von mir im Interesse der Wissenschaft komplette Einsicht verlangten — österreichische Botschafter und Gesandte sich nicht hundertprozentig darauf verlassen können, daß auch eine sehr offene Einschätzung und Beurteilung von Situationen nicht an die Öffentlichkeit gelangen, dann wird das Außenministerium diese offenen Einschätzungen und Beurteilungen nicht mehr erhalten. Der Sinn der Berichte und

Bundesminister Mag. Graz

Mitteilungen der Vertretungsbehörden wäre damit in Frage gestellt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident Dr. Stix: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Lichal: Herr Bundesminister! An Ihrem Verhalten in der Angelegenheit Udo Proksch ist wirklich nicht die Opposition, die Österreichische Volkspartei, schuld und sind auch nicht die Medien schuld, sondern ganz allein Sie, wenn Sie sich spontan als Zeuge zur Verfügung stellen und sich dann der Zeugenaussage teilweise entschlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe eine weitere Frage. *(Abg. Marsch: Das ist ein Mißbrauch der Fragestunde! Sind Sie sich dessen bewußt, Herr Hofrat? — Abg. Dr. Ettmayer: Aber, Marsch, so agiert ja nicht einmal der Schieder! — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)* Sie haben die Unterlagen aus Rumänien, die vom rumänischen Geheimdienst in der Angelegenheit Udo Proksch nach Österreich gekommen sind — manche sprechen davon gefälschten Unterlagen —, dem Gericht zur Verfügung gestellt. Nun, Herr Bundesminister, das Begleitschreiben aber ...

Präsident Dr. Stix: Die Frage, bitte!

Abgeordneter Dr. Lichal *(fortsetzend)*: Ich bin dabei, Herr Präsident! Herr Bundesminister! Das Begleitschreiben dazu haben Sie dem Gericht nicht zur Verfügung gestellt.

Ich frage Sie daher: Wenn Sie alle Unterlagen des rumänischen Geheimdienstes, die Sie angefordert haben, offensichtlich als vermeintliches Entlastungsmaterial dem Gericht zur Verfügung stellen, warum haben Sie dann die Beischreiben, die mitgekommen sind und die offensichtlich vielleicht eine Belastung von Udo Proksch darstellen, nicht dem Gericht zur Wahrheitsfindung zur Verfügung gestellt?

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Mag. Gratz: Herr Abgeordneter! Zuerst zwei Richtigstellungen. Die Unterlagen, die ich dem Gericht zur Verfügung gestellt habe — und es ist ja für mich interessant, daß ununterbrochen ein Vorwurf erhoben wird, daß man Unterlagen, die vielleicht relevant sind und deren Würdigung ich nicht vornehmen kann, dem Gericht zur Verfügung gestellt hat —, diese Unterlagen sind

unserer Vertretungsbehörde übergeben worden.

Für mich ist interessant und neu Ihre Mitteilung, sie seien vom Geheimdienst übergeben worden. Woher Sie das haben, das weiß ich nicht. Aber ich mache Ihnen jetzt ... *(Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Herr Abgeordneter! Ich lege großen Wert darauf, daß man in dieser Angelegenheit, wo es tatsächlich um eine Mitteilung geht, die darauf keinen Bezug hat, diese nicht an die Öffentlichkeit kommen läßt. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, wenn Sie damit zufrieden wären, weil ich wirklich Wert darauf lege — leider kann ich es nicht vor aller Öffentlichkeit, weil das eben dem Interesse des Amtes zuwiderläuft —, daß dieser Vorwurf nicht im Raum stehen bleibt: Sie haben in Ihren Reihen ein Mitglied des Nationalrates, das nach den neuen Bestimmungen gleichzeitig aktiver Beamter des Außenministeriums ist und daher der Verschwiegenheitspflicht gemäß Artikel 20 Abs. 3 der Bundesverfassung unterliegt. Wenn ich diesem Mitglied Ihrer Fraktion dieses Schreiben zu lesen gebe, unter Hinweis auf seine Verschwiegenheitspflicht, würden Sie ihm dann glauben, wenn er Ihnen sagt, daß ich nicht Verdachtsmomente unterschlagen habe? *(Abg. Dr. Lichal: Sicher! Gut, danke. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Rieder.

Abgeordneter Dr. Rieder (SPÖ): Herr Bundesminister! Man kann sich überhaupt nicht ganz des Eindruckes erwehren, daß es der Österreichischen Volkspartei in dieser Angelegenheit gar nicht so sehr um Ihre Antworten geht, sondern darum, Mutmaßungen, unbewiesenen Behauptungen und Verdächtigungen das Flair der parlamentarischen Seriosität zu geben. *(Abg. Steinbauer: Frage!)* Ich kann auch nicht ausschließen, daß das mit der Absicht geschieht, die Weiterverbreitung dieser Verdächtigungen zu immunisieren. *(Abg. Dr. Ettmayer: Frage!)*

Ich darf daher, Herr Bundesminister — die Frage kommt schon —, die Frage an Sie richten: Halten Sie diese Art der Fragestellung und der Vorgangsweise auch in der Fragestunde im Sinne der Grundsätze *(Abg. Dr. Lichal: Das haben Sie doch nicht zu beurteilen! Das überlassen Sie der Opposition!)* unseres Parlamentarismus für richtig und halten Sie es mit dem Sinne der Verfassungsbestimmungen über die Immunität für vereinbar, daß in so krasser Weise hier immer wie-

Dr. Rieder

der Verdächtigungen ausgesprochen werden und auf anhängige Verfahren Einfluß genommen werden soll? (*Abg. Steinbauer: Das ist keine Frage der Vollziehung!*)

Präsident Dr. Stix: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Mag. Gratz: Herr Abgeordneter Steinbauer! Ich wollte das gleiche mit etwas anderen Worten sagen. Ich wollte sagen: Ich habe privat auch meine Vermutungen über die Motive. Aber ich kann nur sagen: Gott sei Dank sind die Motive der Österreichischen Volkspartei für Handlungen im Nationalrat nicht Gegenstand der Vollziehung des Bundes und des Außenministeriums. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Khol, bitte.

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie sollten Ihren Fraktionskollegen Rieder von Ihrer positiven Haltung gegenüber unserer Anfragestellung überzeugen, denn Sie haben ja gesagt, Sie seien froh darüber, daß wir hier in diesem Hohen Haus die Möglichkeit haben, diese Frage mit Ihnen zu erörtern. Vielleicht könnten Sie auch den Herrn Rieder davon überzeugen. (*Abg. Dr. Lichal: Er hat nicht zugehört, der Rieder!*)

Meine Zusatzfrage an Sie, Herr Bundesminister: Sie haben vorhin zurückgewiesen, daß es sich hier um Informationen des rumänischen Geheimdienstes handelt. Haben Sie, als Sie das Außenministerium in die Fragen eingeschaltet haben, die mit dem Herrn Proksch zu tun haben, die Quellen geprüft, von denen Ihnen die verschiedenen Informationen zugemittelt wurden, ob sie dem rumänischen Geheimdienst angehören?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe dem Untersuchungsrichter genau mitgeteilt, von wem diese Papiere übergeben wurden.

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP) an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

567/M

Sind Ihrem Ressort Verdachtsmomente gegen Udo Proksch wegen illegalen Technologietransfers bekannt?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dem Außenministerium sind natürlich Mitteilungen und Schilderungen in Zeitungen und Zeitschriften bekannt, aber dennoch muß ich sagen: Dem Bundesministerium sind keinerlei Anfragen, Mitteilungen oder Ersuchen von ausländischen Staaten oder Behörden in dieser Angelegenheit zugegangen.

Präsident Dr. Stix: Erste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Khol: Herr Bundesminister! Die Versorgung mit Hochtechnologie ist — und das ist ja unbestritten zwischen den Fraktionen — eine der ganz entscheidenden Fragen für die Strukturreform unserer Wirtschaft.

Wir haben im Zusammenhang mit der Hochtechnologie und dem Export beziehungsweise dem Weiterexport von Hochtechnologie ins Ausland Probleme gehabt. Durch eine konstruktive Haltung aller Fraktionen in diesem Haus — ich stehe auch nicht an zu sagen: Sie haben dazu beigetragen — ist es zu einer Regelung gekommen, die im Augenblick als befriedigend beurteilt werden kann.

Im Zusammenhang mit Herrn Proksch hat nun die „Wochenpresse“ eine Liste veröffentlicht, wonach Proksch Udo alias Kirchhofer Serge, Kirchhofer Serge alias Proksch Udo und Kibolac vulgo Proksch und Kirchhofer auf dieser schwarzen Liste stünde, die von den Vereinigten Staaten aufgestellt würde, um diesen Firmen Hochtechnologie nicht zur Verfügung zu stellen.

Haben Sie Anordnungen gegeben, daß geprüft wird, ob diese Liste eine Mystifikation ist, oder wissen Sie, daß diese Liste wirklich existiert?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Ich und mein Amt wissen nichts von der Existenz dieser abgedruckten Liste. Aber ich möchte hier sehr deutlich sagen, daß das Außenministerium die Existenz solcher Listen an sich sicher nicht amtlich überprüfen würde. Es

Bundesminister Mag. Gratz

gibt ja auch in anderen Ländern aus anderen Motiven sogenannte schwarze Listen über Firmen, mit denen man nicht handeln kann, und zwar auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Das österreichische Außenministerium kann sich grundsätzlich mit solchen Listen von anderen Staaten weder identifizieren noch amtlich beschäftigen.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Khol: Herr Bundesminister! Sie haben mir auf meine Frage nicht geantwortet, ob Sie den Auftrag gegeben haben, zu überprüfen, ob diese Liste stimmt. — Bitte, ich nehme zur Kenntnis, Sie geben keine Antwort.

Ich möchte nun die zweite Zusatzfrage stellen:

Glauben Sie, daß es in diesem Hochtechnologiegeschäft, in dem das Vertrauen zwischen Staaten eine so große Bedeutung hat, für das Verhältnis zwischen den Exporteuren von Hochtechnologie und Österreich als Importeur von Hochtechnologie nützlich ist, daß in den Zeitungen immer wieder über dieses Nahverhältnis zwischen Ihnen und einem jener, die auf dieser schwarzen Liste stehen, nämlich Herrn Proksch alias Kirchhofer alias Kibolac, berichtet wird? Ist das für das Vertrauensverhältnis nützlich?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Ich habe bei meinen bisherigen Kontakten mit allen Stellen, mit denen ich zu tun hatte — Sie haben selbst festgestellt, in meiner Amtszeit ist es ja gelungen, das Problem zu lösen —, die ganze Zeit hindurch im Gegensatz zu den Zeitungsmeldungen, deren Motive ich nicht untersuchen will, nicht festgestellt, daß aus dieser Tatsache irgendeine Art von Reservation oder Mißtrauen mir oder Österreich gegenüber bestanden hätte.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Rieder.

Abgeordneter Dr. Rieder (SPÖ): Der Hintergrund dieses merkwürdigen Übereifers, mit dem die ÖVP ihren Feldzug gegen Proksch auch hier im Parlament führt (*Zwischenruf des Abg. Dr. Khol*), zeigt sich, Herr Kollege Khol, sehr rasch, wenn man die Liste der Führungsgremien der betroffenen Versicherung zur Hand nimmt und feststellt, daß dort mas-

senweise aktive und frühere Spitzenfunktionäre der ÖVP vorzufinden sind, und wenn man feststellt, daß der gemeinsame Nenner der Raiffeisenverband ist, der an verschiedenen Unternehmungen und auch am betroffenen Versicherungsunternehmen beteiligt ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Bundesminister! Ich darf daher im Lichte dieser Umstände die Frage an Sie richten: Halten Sie es für möglich, daß diese Aktivitäten der ÖVP nicht so sehr durch die parlamentarische Kontrolle getragen sind, sondern vielmehr durch handfeste wirtschaftliche Interessen, durch Verflechtungen personeller und wirtschaftlicher Art und nicht zuletzt vielleicht auch durch ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich aus der Zugehörigkeit der Aktiven zu einer gemeinsamen akademischen Verbindung ergibt? (*Abg. Dr. Blenk: Fürwahr, eine würdige Frage des Justizsprechers der SPÖ!*)

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte. (*Abg. Dr. Blenk: Eine würdige Frage des Justizsprechers der SPÖ! — Abg. Dr. Khol: Wie der Schelm ist ...! — Weitere Zwischenrufe.*) Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage gehört leider wieder in den Bereich, wo Sie mich nach meinen Überlegungen und Schlußfolgerungen fragen. Ich möchte nur grundsätzlich sagen: Ich habe als einer, der in diesem Haus im Jahre 1953 als Beamter begonnen hat und ihm seit dem Jahr 1963 angehört, so großen Respekt vor dem Nationalrat und so große Hochachtung vor jedem einzelnen Mitglied, daß ich solche Motive nicht unterstellen kann.

Aber ich wundere mich — darf ich das auch sagen — und suche selbst nach Gründen, warum in diesem Einzelfall diese Aktivität besteht. Das muß mir unbenommen bleiben, auch wenn ich die Schlußfolgerungen hier nicht ausspreche.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Lichal, bitte.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Bundesminister! Hohes Haus! Darf ich sagen, es handelt sich jetzt um eine Fragestunde und nicht um eine Belehrungsstunde, weder vom Minister noch vom Dr. Rieder. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist mir schon bewußt, daß es dem Dr. Rieder, den Sozialisten und auch den Freiheitlichen unangenehm ist, wenn drei Mini-

Dr. Lichal

ster ihre schützende Hand über Udo Proksch halten. Wir werden aber weiter fragen, solange wir wollen und nicht solange es der Dr. Rieder erlaubt. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Steger: Fieberträume des Dr. Lichal! — Abg. Mag. Kabas: Schmutzige Fieberträume! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter! Bitte, Ihre Frage.

Abgeordneter Dr. Lichal *(fortsetzend)*: Meine Herren von der Freiheitlichen Partei! Sie sind viel zu unwichtig, als daß ich mich mit Ihren Zwischenrufen beschäftige. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter! Ihre Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. Lichal *(fortsetzend)*: Herr Bundesminister! Darf ich jetzt die Frage an Sie stellen? — Sie haben dem Herrn Abgeordneten Dr. Khol eine wichtige Frage nicht beantwortet; ich darf sie vielleicht anders stellen: Schließen Sie aus, daß Udo Proksch in solche nicht erlaubte Technologietransfers involviert ist?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Erstens habe ich meiner Ansicht nach die Frage des Herrn Abgeordneten Khol beantwortet. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)* Darf ich es erklären? Ich habe meiner Ansicht nach in einer derart eindeutigen Weise die negative Antwort als Motiv dargestellt, daß ich geglaubt habe, daß aus der Antwort „nein“ logisch hervorgeht: Also werde ich mich weiter erkundigen. Ich entschuldige mich, ich hätte es vielleicht noch präziser sagen müssen.

Ihre Frage, Herr Abgeordneter Lichal, kann ich aus einem Grund nicht beantworten: Weil ich es ablehne, und zwar grundsätzlich ablehne, in diesem Haus oder irgendwo in der Öffentlichkeit mit Verdächtigungen zu arbeiten, die dann hängenbleiben.

Sie wissen vielleicht selbst aus Ihrer Zeit oder aus der Zeit, als wir in der Schule Logik gelernt haben, daß es teuflische Arten von Fragen gibt, nämlich Fragen, die mit den Worten „Schließen Sie aus?“ beginnen, und Fragen, die mit den Worten „Haben Sie aufgehört?“ beginnen. Die kann man nämlich auch nicht mit Ja oder Nein beantworten.

Die Frage ist geschickt gestellt, aber ich beantworte sie nicht, weil sie in Wirklichkeit die Aufforderung zu einer unbewiesenen Verdächtigung oder Behauptung enthält.

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur 6. Anfrage: Herr Abgeordneter DDr. König *(ÖVP)* an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

568/M

Hat Ihr Ressort positiv zu Waffenexporten nach Libyen Stellung genommen?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat in der Vergangenheit, ausgehend von der jeweiligen aktuellen politischen Situation, positive Stellungnahmen in bezug auf beantragte Exporte von Kriegsmaterial nach Libyen abgegeben. Eine detaillierte Antwort ist im Hinblick auf das Gebot der Amtsverschwiegenheit nicht möglich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß § 3 a des Kriegsmaterialgesetzes eine Berichterstattung seitens der Bundesregierung an den Rat für Auswärtige Angelegenheiten lediglich in der Form von Globalangaben über Kriegsmaterialarten und geographische Regionen vorsieht, daß dazu der Ausschlußbericht 1149 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates der XV. Gesetzgebungsperiode ausdrücklich die Bedeutung der Amtsverschwiegenheit in dieser Frage unterstreicht.

Präsident Dr. Stix: Erste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Bundesminister! Es ist gar nicht meine Absicht, jetzt im Detail Informationen zu erfragen. Es genügt mir völlig, daß Sie bestätigen, daß das Ressort positiv zu Waffenexporten nach Libyen Stellung genommen hat.

Herr Bundesminister! Schon im Zusammenhang mit der Frage von Panzerexporten nach Marokko hat die Zeitung „Kurier“ darauf hingewiesen, daß es völlig unverständlich wäre, würde man in der Frage des Panzerexports nach Marokko andere Maßstäbe anlegen als bezüglich der Waffenexporte nach Libyen.

Sie prüfen derzeit diese Frage, wie Sie uns

8838

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dkfm. DDr. König

ja im Parlament gesagt haben. Meine Frage daher an Sie grundsätzlicher Natur: Sind Sie auch bereit, sicherzustellen, daß hier mit gleichen Maßstäben gemessen wird?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin bereit, hier ausdrücklich festzustellen, daß es für die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik Österreichs ganz wesentlich ist, daß überall mit gleichem Maß gemessen wird. Darf ich zu scheinbaren Widersprüchen nur eines sagen, was ich auch in der Debatte im Nationalrat bereits gesagt habe:

Was den außenpolitischen Bereich betrifft, also die Bestimmungen des Paragraphen, ich glaube, 3a des Kriegsmaterialexportgesetzes, so können diese jeweils nur zu einem ganz konkreten Zeitpunkt beurteilt werden. Man kann nicht sagen, zu einem Land wird grundsätzlich und ab jetzt für alle Zeiten positiv oder negativ Stellung genommen, weil sich ja die Vorschriften auf eine ganz bestimmte Situation beziehen, sei es die Situation einer Krise, eines drohenden oder eines bestehenden Konfliktes.

Dadurch mag sich über Jahre hinweg der Anschein einer ungleichen Behandlung ergeben. Aber ich erkläre hier ausdrücklich und deutlich, daß schon im Interesse der Glaubhaftigkeit der österreichischen Außenpolitik der gleiche Maßstab an alle Länder angelegt wird.

Präsident Dr. Stix: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Bundesminister! Ich glaube, es gibt gar keinen Zweifel mehr, daß der Waffenexport für die Steyr-Werke auch eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens ist, und es wurde unwidersprochen gesagt, daß andernfalls die Steuerzahler im Wege von Strukturbeihilfen oder wie immer es genannt wird diesen Ausfall in der Höhe von fast 2 Milliarden Schilling bezahlen müßten.

Daher, Herr Bundesminister, muß man natürlich feststellen, daß mit Wissen und Wollen der Bundesregierung die österreichischen Firmen Steyr, VOEST und andere eine Waffenherzeugung im Interesse des Bundesheeres aufgezogen haben und auf Exporte angewiesen sind. Man muß daher verlangen, daß die Bundesregierung auch dafür sorgt, daß das im

Rahmen der geltenden Gesetze nicht behindert wird.

Meine konkrete Frage an Sie, Herr Bundesminister: Bis wann werden Sie diese Prüfung abgeschlossen haben?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die konkrete Frage beantworte ich mit der Mitteilung: innerhalb sehr kurzer Zeit — wirklich kurzer Zeit —, ohne mich auf einzelne Tage oder Kalenderfristen festzulegen.

Ich möchte nur zu Ihren grundsätzlichen Ausführungen noch einmal sagen, weil ich das für wichtig halte: Wir wissen — und ich bin auch persönlich dieser Ansicht —, daß eine Waffenproduktion in Österreich nicht als Selbstzweck, sondern aus Gründen der Eigenversorgung des österreichischen Bundesheeres in vielen Bereichen essentiell ist und daß angesichts des Bedarfes des Bundesheeres ein Export einfach notwendig ist, sodaß das ein logischer Folgeschritt ist.

Das Ergebnis kann daher nur sein, daß man die Vorschriften des Waffenexportgesetzes nicht extensiv interpretiert, sondern wie bei einem Strafgesetz, wo man dann, wenn der Tatbestand nicht erfüllt ist, nicht ausdehnend interpretieren und einen weiteren Tatbestand finden kann. Der Tatbestand, wie er im Gesetz ist, hat von der Regierung beachtet zu werden, nicht mehr und nicht weniger.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Probst, bitte.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Im gegenständlichen Fall besteht die Gefahr, daß Waffen an die kriegführenden Parteien im Golfkrieg weitergeleitet werden. Nun hat der Irak mit dem Staat Libyen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Beschuldigungen fliegen hin und her, keiner der beiden Staaten weiß so recht, wofür und wozu dieser Krieg überhaupt noch geführt wird.

Meine Frage an Sie — bei Anerkennung der Schwierigkeit der Materie —: Welche Vorkehrungen können Sie oder kann Österreich treffen, damit kein Kriegsmaterial an kriegführende Parteien, an die beiden Parteien im Golfkrieg, weitergeleitet werden kann?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz

Bundesminister Mag. Gratz: Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten verlangt in Fällen, in denen es auch nur Möglichkeiten gibt, daß eine solche Weiterlieferung erfolgt, ein sogenanntes Endverbrauchszeugnis des Empfängerstaates. Das ist eine hoch offizielle Mitteilung des Empfängerstaates, daß er die Waffen für seinen eigenen Gebrauch und nur im Lande verwendet.

Ich weiß schon, daß ein solches Zeugnis international nicht einklagbar ist, aber es ist doch etwas sehr, sehr Wertvolles. Denn ein Staat, von dem international bekannt wird, daß er entgegen seinen eigenen feierlichen Erklärungen in diesem Zeugnis Waffen weitergibt, verliert international derart an Glaubwürdigkeit, daß es dennoch eine starke Sicherheit gibt.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hochmair, bitte.

Abgeordneter Hochmair (SPÖ): Herr Bundesminister! In den Medien hat es die Spekulation gegeben, daß österreichisches Kriegsmaterial im Iran oder im Irak aufgetaucht ist. Wissen Sie konkret davon, daß es ein Weiterfließen dieses Kriegsmaterials an den Iran oder an den Irak gegeben hat?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß, daß es diese Spekulationen in den Medien gegeben hat. Es hat ja sogar interessanterweise, für uns eher amüsanterweise, jemand spekuliert, daß Syrien an den Irak Kriegsmaterial verkauft hätte, was nach dem Verhältnis der beiden Staaten eher unwahrscheinlich ist. Aber ich möchte nur sagen: Im konkreten sind uns keinerlei Beweise oder auch nur handfeste Wahrscheinlichkeiten in dieser Richtung bekannt geworden.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Lichal.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, es ist zu akzeptieren, wenn Sie erklären, daß die Waffenexportgenehmigungen beziehungsweise Ihre Stellungnahmen dazu im gleichen Maßstab zu erfolgen haben.

Sie haben bezüglich Waffenlieferungen an Marokko anfangs eine positive, dann eine

negative Stellungnahme abgegeben, und nun gibt es die Prüfung von Waffentransporten nach Libyen.

Glauben Sie, daß Libyen unter Gaddafi anders zu behandeln wäre oder durch den Einmarsch in den Tschad und durch die Konflikte, die Gaddafi ja doch provoziert hat, leichter eine Bewilligung von Ihrem Ressort erteilt werden kann als nach Marokko, dessen politische Lage einen wesentlich stabileren Charakter aufweist?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bitte, fassen Sie es nicht als Verweigerung einer Antwort auf, wenn ich sage: Ich möchte noch einmal grundsätzlich feststellen, daß wir alle Staaten gleich behandeln.

Ich bitte Sie wirklich, mir eine weitergehende Antwort zu ersparen, weil das ja die einzige Schwäche — darf ich das sehr offen sagen — eines von mir sehr respektierten Gesetzes, nämlich des Waffenexportgesetzes, ist, daß es de facto mich, den österreichischen Außenminister, als einzigen Außenminister der Welt zwingt, per Bescheid die inneren Verhältnisse und die politische Situation in anderen Staaten zu beurteilen.

Das ist sicher für die Außenpolitik nicht hilfreich.

Deswegen bitte ich Sie, mich jetzt nicht auf Vergleiche zwischen Staaten festzulegen, sondern mir nur zu glauben, daß ich dafür sorgen werde, daß die Beurteilung und die Behandlung völlig gleich erfolgen.

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur 7. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Steiner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

569/M

Warum hat Österreich Nicaragua einen Kredit von 72 Millionen Schilling gewährt?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nicaragua hat bereits 1983 um Beratung und Finanzierung bezüglich der Errichtung eines Industriebetriebes zur Herstellung von Plastiksäcken ersucht. Diesbezügliche Vorstudien ergaben einen

8840

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Bundesminister Mag. Gratz

Finanzierungsbedarf von zirka 40 bis 50 Millionen Schilling. Der eingeräumte Kredit dient der Finanzierung der erforderlichen Maschinen und der Ausstattung, die zur Gänze aus Österreich geliefert werden.

Ein allfälliger Kreditrest auf die 72 Millionen dient ebenfalls der Lieferung österreichischer Waren, falls sie benötigt werden, nach Entwicklungshilfekriterien und wird über die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft abgewickelt.

Grundsätzlich ist Österreich bemüht, zu einer Verringerung der sozialen Unterschiede in der zentralamerikanischen Region und damit zu einem Abbau der dort aufgetretenen politischen Spannungen beizutragen.

Präsident Dr. Stix: Erste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Steiner: Herr Bundesminister! Von Mitgliedern der Bundesregierung ist während des Besuches des Vizepräsidenten Ramirez dieser Kredit à fonds perdu als demonstrative Geste für das autoritäre Regime in Nicaragua und gegen die USA ausgegeben worden. Ich glaube, so etwas kann nicht im Interesse Österreichs liegen.

Halten Sie es für richtig, daß Entwicklungsmaßnahmen für derartige politisch demonstrative Gesten — ich muß da schon sagen — mißbraucht werden?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte grundsätzlich feststellen, daß die Entwicklungshilfe völlig ihren Sinn verfehlen würde, würde sie für politische Gesten oder für Demonstrationen benützt werden. Die Entwicklungshilfe darf sich gegen keinen Staat richten, sondern jeweils nur für einen Staat oder für die Menschen dieses Staates ausgegeben werden. Es war also ganz sicher nicht als demonstrative Geste und vor allem nicht gegen irgendeinen anderen Staat gemeint.

Präsident Dr. Stix: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. Steiner: Herr Bundesminister! In Nicaragua gibt es noch immer schwere Menschenrechtsverletzungen, eine Unterdrückung der Bürger- und Meinungsfreiheit; so sind zum Beispiel auch seit länge-

rer Zeit Kollegen der christlichen Gewerkschaften wegen ihrer Gesinnung in Haft.

Haben Sie die Gelegenheit des Besuches des nicaraguanischen Vizepräsidenten Sergio Ramirez benützt, um auf diese höchst bedenkliche Situation aufmerksam zu machen?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Ich habe — wie bei allen derartigen Kontakten mit Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen, in denen ungerechtfertigte Inhaftierungen stattfinden — natürlich darauf hingewiesen.

Aber ich habe darüber hinaus — ich möchte das mit aller Vorsicht doch hier öffentlich sagen — besonders auf einen Punkt Wert gelegt, nämlich darauf, wie die weitere Entwicklung — ohne daß wir uns einmischen wollen in innere Angelegenheiten eines anderen Landes — gesehen wird. Für mich war das sehr wesentlich.

Folgende Feststellung möchte ich noch treffen: Wir wollen mit unserer Hilfe auch zu einer demokratischen Entwicklung Nicaraguas beitragen. Für mich war es sehr wesentlich, daß Vizepräsident Ramirez erklärt hat: Die kommende neue Verfassung soll im Konsens mit allen politischen Kräften des Landes, auch wenn sie jetzt nicht im Parlament vertreten sind, auch deshalb, weil sie nicht kandidiert haben, erarbeitet werden.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Mag. Kabas, bitte.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen: Wie vergleichen Sie die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs an Nicaragua mit denen an andere Staaten, zum Beispiel an Kenia?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich sehe jetzt nur kurz nach, ob ich Detailinformationen finde. (*Bundesminister Mag. Gratz blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.* — Abg. Dr. Lichal: Eine „spontane“ Zusatzfrage ist das: Die Antwort liegt schriftlich vor! Sie können ja nichts dafür, aber der Kabas ...!) Lieber Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen, wenn Sie mich nach anderen Staaten fragen, das auch sagen. Ich schaue nämlich in der Liste nach, wie hoch die Zusagen jeweils sind.

Bundesminister Mag. Gratz

Zur Erläuterung: Es geht nicht um eine Geldsumme, die ausbezahlt wird, sondern um einen Kreditrahmen für den Bezug österreichischer Waren oder Leistungen. Dieser beträgt für Kenia 100 Millionen Schilling.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Hesele, bitte.

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Bundesminister! Österreich hat sein Verhalten bei der Beurteilung von Entwicklungsprojekten immer mit den sogenannten *likeminded countries* abgestimmt. Solche Länder haben ja bisher Entwicklungshilfe an Nicaragua geleistet.

Meine Frage in diesem Zusammenhang: Setzen andere vergleichbare Länder ihre Entwicklungshilfe an Nicaragua fort?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Nach den Informationen, die uns vorliegen, haben die Niederlande eine sehr kräftige Entwicklungshilfe gerade in den letzten Wochen an Nicaragua beschlossen, die skandinavischen Staaten haben das gleiche getan, alle größenordnungsmäßig mehr als Österreich; die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls. Auch die Europäischen Gemeinschaften haben ein Entwicklungshilfe-Zusammenarbeitsabkommen mit Nicaragua abgeschlossen.

Alle diese Staaten sind von einem Motiv für diese Entwicklungshilfe beherrscht: Sie wollen einem Staat helfen bei einer wirtschaftlichen Entwicklung, die zum Abbau der sozialen Spannungen beiträgt. Sie wollen einem Staat helfen, bei dem es sicher einige Entwicklungsmöglichkeiten gibt, aber sie wollen helfen, daß diese Entwicklung in Richtung der Demokratie geht.

Präsident Dr. Stix: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich respektiere Ihren Standpunkt, daß bei der Zuweisung der Entwicklungshilfe primär die Menschen und ihr Schicksal betrachtet werden. Ich hätte gerne von Herrn Kollegen Kabas gehört, daß er Nicaragua nicht mit Kenia, sondern etwa mit El Salvador verglichen hätte, denn ich muß Ihnen sagen: Hier scheiden sich die Geister, Herr Bundesminister.

Ich möchte Sie aber folgendes fragen: Ist

Ihnen bekannt, Herr Bundesminister, daß vor kurzem der spanische Außenminister und der Außenminister Portugals sich sehr kritisch zu Nicaragua geäußert haben? Ich glaube, es steht außer Zweifel, daß beide ein sehr großes Nahverhältnis zu Lateinamerika haben.

Vor kurzem hat Ministerpräsident Soares, immerhin auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, in einer mexikanischen Zeitung in einem Interview gemeint, Nicaragua sei mit Kuba zu vergleichen. Und er hat hinzugefügt, Nicaragua sei in einem Prozeß der politischen Radikalisierung nach kubanischem Muster und stelle eine Bedrohung Lateinamerikas dar.

Felipe González, der spanische Ministerpräsident, ebenfalls Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, hat sich ähnlich ausgedrückt. Er hat gemeint, die Sandinisten seien davor zu warnen, die Dinge auf die Spitze zu treiben, und er hat gegenüber Daniel Ortega gemeint ...

Präsident Dr. Stix: Bitte, Ihre Frage, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Blenk (*fortsetzend*): Die Frage kommt, Herr Präsident. — González meinte, das sandinistische Regime mache Nicaragua zu einem zweiten Kuba.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Werden Sie diese fast als authentisch anzusehenden Bewertungen der politischen Entwicklung Nicaraguas bei der künftigen Haltung der österreichischen Politik berücksichtigen?

Präsident Dr. Stix: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Mag. Gratz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir berücksichtigen alle Bewertungen. Es ist aber interessant, daß sich diese Bewertungen unter Umständen gar nicht mit dem vergleichen lassen, was etwa in unserem europäischen Denkschema vorausgesetzt wird. Wie Sie sagen: Auf der einen Seite haben Funktionäre der Sozialistischen Internationale ernste Bedenken, auf der anderen Seite Funktionäre der Europäischen Gemeinschaften und der Bundesrepublik Deutschland nicht in der ... (*Abg. Dr. Blenk: Ich mußte Spanien und Portugal erwähnen!*)

Ich weiß, Herr Abgeordneter. Jetzt gibt es einmal einen Punkt, wo ich das Gefühl habe, daß wir grundsätzlich gar nicht in Streit kommen, denn es geht doch in Wirklichkeit

Bundesminister Mag. Gratz

darum: Erstens soll man an Entwicklungshilfe keine politischen Bedingungen unmittelbarer Art knüpfen, weil wir es ... (Abg. Dr. Blenk: Was ist bei El Salvador, Herr Bundesminister?)

Ihnen kann man sicher nicht vorwerfen, daß wir die Fragen vorher abbesprochen haben. Ich kann Ihnen dennoch über El Salvador Auskunft geben, weil ich die Unterlagen mithabe. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Herr Abgeordneter! In El Salvador hat es ein Dorfprojekt für Flüchtlinge gegeben, und ich möchte deutlich erklären, daß wir, weil wir für eine soziale Entwicklung und für eine demokratische Entwicklung in der ganzen Region eintreten, Anfragen bezüglich El Salvador grundsätzlich ebenso positiv beurteilen würden. Ich kann Ihnen das als Person und namens des Amtes sagen, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Blenk: Seit Jahren wird das anders gehandhabt! Das wissen Sie genauso gut!)

Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen zur Politik meines Amtes im Rahmen der Entwicklungshilfe nur sagen, daß es Entwicklungszusammenarbeit mit allen Ländern der zentralamerikanischen Region geben soll, etwa mit Costa Rica derzeit Gespräche über ein Kleinkraftwerk zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur.

Die Linie Österreichs ist wirklich, ich möchte das noch einmal feststellen, Entwicklungshilfe nicht gegen irgendeinen Staat, sondern Beitrag zur Entwicklung in einer Region der Welt, mit der sich ja nicht ohne Grund die Europäischen Gemeinschaften auch beschäftigen — Kontakte mit dem Contadora-Prozeß —, Beitrag zur Entwicklung in einer Region der Welt, von der wir alle wünschen, daß sie endlich nach so langen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten von Diktaturen, Spannungen und Umstürzen sozial gerecht und politisch demokratisch wird.

Präsident Dr. Stix: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident Dr. Stix: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Antrag 153/A der Abgeordneten Dr. Feurstein und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 22. März 1961 betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste geändert wird;

dem Verfassungsausschuß:

Antrag 154/A der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Kollegen betreffend Objektivierung der Postenvergabe im Bundesdienst.

Fristsetzungsanträge

Präsident Dr. Stix: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß die Abgeordneten Dr. Rieder und Grabher-Meyer beantragt haben, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 146/A betreffend ein Rechtsanwaltsprüfungsgesetz sowie über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter geändert wird (552 der Beilagen), eine Frist bis 23. Oktober 1985 zu setzen.

Weiters gebe ich bekannt, daß der Abgeordnete Dr. Lichal beantragt hat, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über die Petition Nr. 4 betreffend das Problem der steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen eine Frist bis 30. Oktober 1985 zu setzen.

Gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung werden die gegenständlichen Anträge nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Ferner ist beantragt, gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung umgehend eine Debatte über den zweitgenannten Fristsetzungsantrag des Abgeordneten Dr. Lichal betreffend die Petition Nr. 4 durchzuführen.

Nach dieser Bestimmung kann der Nationalrat auf Antrag eines Abgeordneten beschließen, daß über Anträge zur Geschäftsbehandlung — und als ein solcher muß der Antrag auf Fristsetzung jedenfalls angesehen werden — eine Debatte stattfindet.

Ich lasse daher zunächst darüber abstimmen, ob über diesen Fristsetzungsantrag eine Debatte stattfinden soll.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Präsident Dr. Stix

Wir gehen daher in die Debatte ein.

Gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung beschränke ich die Redezeit in dieser Debatte auf 10 Minuten.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lichal. Ich erteile es ihm.

10.08

Abgeordneter Dr. **Lichal** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Am 17. Mai dieses Jahres habe ich mit den Abgeordneten zum Nationalrat Franz Stocker und Johann Wolf dem Herrn Präsidenten Benya eine Petition, unterschrieben von 7 279 Betriebsräten und Personalvertretern, betreffend steuerliche Entlastung überreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Petition ist eigentlich eine Bitte an dieses Hohe Haus, an das Parlament, an die Volksvertretung, sich mit einer dringenden, drückenden Frage zu beschäftigen. Ich bin sehr überrascht gewesen — und ich glaube, mit mir alle Arbeitnehmer in diesem Staate, insbesondere aber diese 7 300 Unterzeichner —, daß die Regierungsmehrheit eine Diskussion, eine Behandlung im Hohen Hause abgelehnt hat.

Das war der Grund dieses Fristsetzungsantrages, weil gerade die Frage der Steuerproblematik für alle Österreicher von eminenter Bedeutung geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da eine so große Anzahl von Betriebsräten, von gewählten Arbeitnehmervertretern diesen Wunsch an den Nationalrat herangetragen hat, wundert es mich wirklich — und ich spreche alle Kollegen aus der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion damit an —, daß Ihnen hier in dieser Frage die Interessen der Genossen in der Regierung wichtiger geworden sind als die Interessen der Genossen im eigenen Betrieb und in der eigenen Dienststelle.

Daß Sie als Abgeordnete hier sogar die Diskussion verweigern wollen, ist eigentlich ein Zustand, der für diese Arbeitnehmer, die eine Bitte an das Parlament gerichtet haben, doch sehr überraschend kommen muß, zumal die Situation in der Steuerfrage ja wirklich eine immer drückendere wird.

Wenn auch hundertmal der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister erklärt

haben, wir können es uns nicht leisten, so möchte ich sagen: Bitte man kann sich in diesem Staate sehr viel leisten. Man kann sich ein Konferenzzentrum leisten, das sehr viel Geld, das Milliarden verschlingt. *(Ruf bei der SPÖ: Eine Landeshauptstadt!)*

Man wird nachdenken müssen, ob die verstaatlichte Industrie wieder eine Finanzspritze benötigt, doch für die Arbeitnehmer, für eine Steuererleichterung für die kleinen Einkommensempfänger, dafür ist in diesem Staate unter einer sozialistisch-freiheitlichen Regierung kein Geld vorhanden, und das ist äußerst betrüblich.

Meine Damen und Herren! Die Lohnsteuer — und bitte hören Sie mir da vielleicht zu — ist vom Jahre 1982 auf 1983 um 3,8 Prozent gestiegen, von 1983 auf 1984 um 8,8 Prozent, von 1984 auf 1985 um 10,4 Prozent. Wenn nicht bald etwas passiert, dann dreht sich diese Steuerschraube ja immer schneller. Ja was wollen Sie denn? Es waren im Jahre 1975 erst 27 Milliarden Schilling ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ja Sie können lachen. Sie betrifft es ja nicht, aber denjenigen mit 8 000 S Einkommen wird es sehr betreffen, wenn sich diese Steuerschraube weiterdreht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Für Sie ist das ein lächerliches Thema. Sie werden es sich schon richten.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich heute hier meine Sorge ausspreche, dann spreche ich im Namen vieler Österreicher und ich vertrete als Gewerkschafter der christlichen Fraktion auch diese Anliegen der kleinen und kleinsten Einkommensempfänger, von denen Sie sich als Sozialisten schon lange entfernt haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hochmair: Sie haben überhaupt keine Ahnung! — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steuerfrage im Zusammenhang auch mit dem Steuerreformkonzept der Österreichischen Volkspartei und dieser Petition der 7 300 Betriebsräte und Personalvertreter muß ganz einfach in diesem Hause behandelt werden.

Ich hoffe doch, daß zumindest noch soviel demokratischer Geist vorhanden ist, daß man eine solche Diskussion über eine Petition, eine Diskussion über eine Bitte von gewählten Vertretern, auch abführt.

Da man eine solche Steuerreform sicher nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben und nicht erklären kann, bis zum

Dr. Lichal

Jahre 1988 findet gar nichts statt, denn dann steigt die Einnahme der Lohnsteuer weiter um 30 Milliarden Schilling und würde sich gegenüber dem Jahre 1975 mehr als verdreifachen, daher muß eine solche Debatte geführt werden, und ich darf Sie bitten, dem Fristsetzungsantrag, den ich eingebracht habe, die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 10.14

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny.

10.14

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ein bekannter englischer Politiker hat einmal gesagt: Wenn einem Politiker nichts mehr einfällt, dann verlangt er eine Steuersenkung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier niemandem etwas unterstellen, aber die ÖVP hat sich in letzter Zeit ja wirklich nicht durch sehr großen Einfallsreichtum ausgezeichnet. *(Abg. Graf: Benya hat es auch verlangt! — Abg. Dr. Höchtl: War das eine Kritik an Benya?)* Darauf werde ich noch kommen, keine Angst! *(Abg. Graf: Ein Rohrkrepierer!)*

Also, wie gesagt, durch sehr großen Einfallsreichtum haben Sie sich ja wirklich in letzter Zeit nicht ausgezeichnet. *(Abg. Dr. Blenk: Ich verstehe, warum die Gewerkschafter Redeverbot haben!)*

Um das gleich zu sagen: Sie haben offensichtlich noch immer nicht den Unterschied erfaßt zwischen den Notwendigkeiten einer politischen Diskussion im politischen Rahmen, den Aufgaben einer politischen Partei und den Aufgaben einer Gewerkschaft als Interessenvertretung. Das sind zwei Dinge, die sauberlich auseinanderzuhalten sind. Genauso, wie das Präsident Benya tut, und genauso, hoffe ich auch, wird das von Ihnen gesehen. *(Abg. Dr. Blenk: Wir haben die Gewerkschaftsmeinung dazu gehört!)* Denn es ist nichts gefährlicher, als hier eine Verquickung vorzunehmen, aus der heraus natürlich dann keine klaren Konsequenzen zu ziehen sind.

Ich möchte daher ganz deutlich feststellen: Es ist ganz klar, eine Steuersenkung ist immer eine attraktive Forderung *(Abg. Dr. Blenk: Wirtschaftsspitzenfunktionär Nowotny!)*, aber wenn wir heute hier einen Fristsetzungsantrag vor uns liegen haben, so muß man dem doch gegenüberstellen, daß

eine solche Forderung einer gründlichen seriösen Diskussion bedarf.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur drei Punkte ganz kurz anführen:

Erstens: Es ist völlig falsch, wie es von Ihnen geschehen ist, Steuerquoten isoliert zu betrachten. Was ich in Wirklichkeit machen muß, ist, daß ich Steuern, Beiträge, Beihilfen und Transferzahlungen natürlich gemeinsam sehe; gerade in Österreich, wo wir ja ein groß ausgebildetes System verschiedener Beihilfen haben.

Wenn ich das zusammen sehe und auf diese Weise Nettosteuerquoten berechne, dann sehen Sie ein völlig anderes Bild.

Es ist vor kurzem eine Untersuchung der OECD erschienen, aus der hervorgeht, daß für einen durchschnittlichen Einkommensbezieher in Österreich mit zwei Kindern diese Nettosteuerquote 7,8 Prozent beträgt, in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel 21 Prozent, auch in der Schweiz 11,7 Prozent, und nur in ganz wenigen Ländern wird der österreichische Wert unterschritten, zum Beispiel in Frankreich. In Japan ist er etwa gleich. Das sind doch die wahren Dinge.

Sie, Herr Kollege Lichal, haben von den kleineren und mittleren Einkommen gesprochen. *(Abg. Dr. Lichal: Vom Lohn bleibt nichts mehr!)* Es ist doch ganz eindeutig, gerade die kleinen und mittleren Einkommensbezieher profitieren natürlich vor allem davon, daß wir eine ganze Reihe von direkten Beihilfen haben. Diese direkten Beihilfen von der Familienbeihilfe bis zur Wohnbeihilfe außer acht zu lassen, das ist einfach falsch. Daher ist eine relevante Diskussion nur über Gesamtsteuern plus Beihilfen zu führen, und das, glaube ich, muß man sehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zweiter Punkt: Steuerpolitik kann man natürlich sinnvollerweise nur gesamtwirtschaftlich sehen. Da muß man halt ganz einfach zur Kenntnis nehmen, daß eine Steuersenkung ja nur zwei Folgen haben kann: Entweder sie erhöht das Defizit. — Bitte schön, ich habe von Ihnen bis jetzt noch nie gehört, daß Sie für eine Defiziterhöhung eingetreten wären. — Oder aber ich senke die Steuern und senke gleichzeitig auch die öffentlichen Ausgaben. Und da muß man ja halt sehr deutlich sehen: Erstens hat das unmittelbar beschäftigungspolitisch negative Effekte. Zweitens ist das offensichtlich auch keine Politik, die von der ÖVP verfolgt wird. *(Zwi-*

Dr. Nowotny

schenruf des Abg. Dr. Blenk. — Gegenruf des Abg. Ruhaltinger.)

Wenn ich mir nur die Ereignisse der letzten Wochen Revue passieren lasse, so muß ich sagen: Es hat erst vor kurzem in diesem Haus der Herr Präsident Sallinger wieder einmal ein Mittelstandsgesetz gefordert. Offensichtlich etwas, was zusätzliche Ausgaben bringt, und zwar nicht zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen, sondern für ganz andere Gruppen.

Wir haben gerade hier wieder zusätzliche Subventionsforderungen von der Landwirtschaft zu diskutieren gehabt, die noch dazu in einem Stil vorgebracht wurden (*Abg. Dr. Blenk: Jetzt kommt er gleich auf die verstaatlichte Industrie!*), der dem österreichischen Stil völlig widerspricht (*Abg. Gurtner: Waren Sie bei den Verhandlungen dabei? — Sie waren nicht dabei!*), nämlich mit direkten Zwangsmaßnahmen, mit direkten Erpressungen, um das ganz deutlich zu sagen, und einer Form, in der das sicherlich die Arbeiterschaft in Österreich nie gemacht hat, denn die Arbeiterschaft in Österreich hat, um Forderungen durchzusetzen, nie volkswirtschaftlich wichtige Projekte verhindert, und genau das tun Sie nämlich. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es sind Milliarden-Investitionen, die leichtfertigerweise verhindert werden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Dritter Punkt. Ich denke nur an die Forderung Ihres Vorsitzenden Mock auf ein Müttergehalt mit Kosten von schlichten 8,8 Milliarden Schilling und so weiter. Ich könnte eine lange Liste von Dingen aufstellen, die allein in letzter Zeit als zusätzliche Ausgabenwünsche der ÖVP genannt wurden. (*Abg. Dr. Höchtl: Kollege Nowotnys Methode, von etwas anderem zu reden! Ja nicht zur Steuersenkung reden!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie heute hier einen Fristsetzungsantrag für eine Steuersenkung bringen, so muß man doch deutlich sagen: Es geht einfach nicht, die Steuern senken zu wollen (*Abg. Dr. Blenk: Da wird sich Ihre Gewerkschaft aber freuen, wenn Sie so schön argumentieren!*), gleichzeitig Ausgabenwünsche zu haben und drittens das Defizit zu beklagen. Ich würde meinen, die Gesetze der Logik sollten auch für die ÖVP gelten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Drittens — weil Sie gerade den Bereich der

Gewerkschaft angeführt haben —: da gibt es doch einen wesentlichen gesellschaftspolitischen Aspekt. Gerade aus der Sicht einer Partei, die sich speziell für die Arbeitnehmerinteressen einsetzt, ist die Frage zu stellen: Was sind aus dieser Sicht heute die wichtigsten wirtschaftspolitischen Anliegen Österreichs? Da muß man ganz deutlich sagen: Das wichtigste wirtschaftspolitische Problem, mit dem wir zu kämpfen haben, ist die Frage der Arbeitsplatzsicherung. Das ist auch die Aufgabe, der sich die Gewerkschaften und die Sozialistische Partei in Österreich erfolgreich gewidmet haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie können ja nicht ignorieren, daß wir weltweit eine Situation haben, wo wir über 30 Millionen Arbeitslose haben, wo wir in unserem Nachbarland Deutschland eine Arbeitslosenrate von über 9 Prozent haben, wo gerade heuer wieder die Arbeitslosenzahl um 100 000 über der Zahl liegt, die ursprünglich erwartet wurde. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist eine gute Theorie für die Lohnerhöhungen! Da können Sie nicht mehr verlangen!*) In Industrieländern wie in den Niederlanden gibt es 18 Prozent Arbeitslose. In Belgien sind es 19 Prozent, in Großbritannien 13 Prozent. In vielen dieser Staaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent.

Das sind doch wirklich die Anliegen, die gerade die unselbständig Beschäftigten beschäftigen. Das sind doch wirklich die ernstesten Probleme.

Es ist völlig richtig, daß sich sowohl Gewerkschaft wie Sozialistische Partei speziell auf dieses Problem der Beschäftigungssicherung stützen und dafür ihre spezielle Verantwortung sehen.

Ich möchte auch ganz deutlich sagen: Natürlich hat eine Steuersenkung eine Attraktivität für bestimmte Kreise, und je höher ihr Einkommen ist, desto mehr werden sie von einer Steuersenkung profitieren. Das liegt ja in der Natur von Steuersenkungen. (*Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Die Kleinen bräuchten die Steuersenkung!*)

Aber aus unserer Sicht ist die Priorität eindeutig bei einer Politik der Beschäftigungssicherung zu sehen. Wir sind sicherlich nicht bereit, einen Weg zu gehen, der in Richtung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft geht, wo zwei Drittel ein gutes Einkommen beziehungsweise eine Beschäftigung haben und ein Drittel mehr oder weniger aus der Gesellschaft abgeschrieben wird.

Dr. Nowotny

Diese Politik werden wir sicherlich nicht mitmachen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das heißt insgesamt: Eine Steuerreform ist sicherlich etwas, wozu wir stehen, was wir als permanenten Prozeß sehen und was ja auch laufend geschieht. Denken Sie an die Maßnahmen, die bereits gesetzt wurden, von der Gewerbesteuer bis zur Körperschaftsteuer, denken Sie an die Vielzahl von Maßnahmen, die im neuen Abgabenänderungsgesetz kommen. Wir haben einen permanenten Prozeß der Steuerreform, bis hin zur administrativen Erleichterung.

Zweitens möchte ich feststellen: Es gibt von unserer Partei aus keine prinzipielle Ablehnung einer Lohnsteuersenkung, selbstverständlich nicht, aber es geht darum, den volkswirtschaftlich richtigen Zeitpunkt dafür zu finden. *(Abg. Dr. Lichal: Das können Sie nicht!)*

Derzeit liegt die Priorität eindeutig bei der Frage der Beschäftigungssicherung. Diese Priorität werden wir weiter verfolgen, das ist für uns keine Frage eines parteipolitischen Taktierens, das ist für uns eine Frage der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung. Aus dieser gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus werden wir Ihren Fristsetzungsantrag ablehnen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.24

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. *(Abg. Dr. Lichal: Das ist der Applaus für die Steuererhöhung! Jedes Jahr eine Steuererhöhung ohne Gesetz! Da applaudieren Sie! — Weitere Zwischenrufe.)* Ich entnehme der Lautstärke mit Freude, daß die Kollegen alle gut ausgeruht sind. Aber wir haben noch einen langen Tag vor uns. Am Wort ist der Redner, bitte.

10.25

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Es ist natürlich immer wieder ein lohnendes Thema, eine Steuersenkung irgendwelcher Art zu verlangen. Solange es Gesellschaften gibt, solange es überhaupt Steuern gibt, ist dieser Wunsch verständlich, wenn man ihn isoliert betrachtet vom Standpunkt desjenigen, der Steuern bezahlen muß. Isoliert betrachtet auch deshalb, wenn man nämlich unberücksichtigt läßt, was nun der Staat mit den Steuergeldern macht und welche Forderungen sonst noch an den Staat gerichtet werden, die er auch für dieselbe Gesellschaft, die Steuern bezahlen muß, zu erfüllen hat.

Ich glaube, es ist gegenwärtig durchaus so, wie es der Herr Bundeskanzler vor zwei Tagen in seinem Wirtschaftsbericht erklärt hat, als er nämlich gemeint hat:

„Wann immer dies aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen notwendig und aus politischer Sicht vertretbar war, hat die Bundesregierung eine Steuersenkung durchgeführt. Dies war in den Jahren 1971, 1973, 1975, 1979 und 1982/83 der Fall. Heute aber stehe ich nicht an festzustellen, daß für mich eine Steuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vertretbar ist. Sie würde den Staat, und zwar nicht nur den Bund, sondern auch die Länder und die Gemeinden, einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten und dem einzelnen Bürger vielleicht eine Steuerersparnis von 100 bis 200 S im Monat bringen. Dieser kleine erreichbare Steuervorteil des einzelnen steht in keinem Verhältnis zu dem, was der Staat durch den konzentrierten Einsatz dieser Gelder zu Zwecken der Budgetkonsolidierung und zur Konjunktursteuerung und damit für die soziale und wirtschaftliche Absicherung des einzelnen Bürgers zu leisten imstande ist.“

Besonders wichtig darin ist ja auch der Hinweis, daß es nicht nur den Bund Steuerausfälle kostet, sondern auch die Länder und die Gemeinden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Opposition! Ich war vor einigen Wochen beim Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck. Ich habe dort in vielen Wortmeldungen feststellen können, wie sehr die Gemeinden und gerade die Gemeinden angewiesen sind auf mehr Steuereinnahmen, auf mehr Mittel, um ihre desolaten Budgetsituationen erstens zu verbessern, zum zweiten die vielfältigen Aufgaben, die zusätzlich auf die Gemeinden zugekommen sind, zu bewältigen.

Ich habe dort wenig Verständnis dafür gefunden, als ich in einem Beitrag auch gefordert habe, daß man im Rahmen einer Steuerreform darüber nachdenken muß, ob die Einnahmen der Gebietskörperschaften tatsächlich noch gerechtfertigt sind oder nicht.

Es wurde mir überall gesagt, daß im Gegenteil die Gemeinden trotz des besseren Finanzausgleiches, der in den Verhandlungen mit dem Finanzminister zustande kam und besonders den Gemeinden Mehreinnahmen gebracht hat, wenig Verständnis dafür gefunden haben, wenn man Steuersenkungen gefordert hat, weil natürlich diese Gebietskör-

Grabher-Meyer

perschaften genau wissen, daß dann, wenn der Bund Steuerausfälle hat, diese selbstverständlich mindestens zu einem Drittel auch die Gemeinden treffen würden.

Ich habe kein Verständnis gefunden für eine Abschaffung der Lohnsummensteuer, für eine Senkung der Getränkesteuer, für irgendwelche Steuersenkungen, weil die Gemeinden gesagt haben, sie haben nichts mehr zu vergeben, sie haben nichts mehr zu verschenken, sie brauchen jeden Schilling, um ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Dort hat es geheißen: Die Gemeinden stehen dem Bürger am nächsten, viel näher als der Bund, viel näher als die Länder.

Ich verstehe auch den Herrn Finanzminister, der unter dem Eindruck der Verhandlungen, die er damals geführt hat mit den Ländern und mit den Gemeinden, unter dem Eindruck der Finanzausgleichsverhandlungen, sagte — ich zitiere aus dem Wirtschaftsbericht —:

„Ich mußte aus der mir übertragenen Verantwortung heraus erklären, daß es 1985 und 1986 aus Budgetgründen — das heißt im Klartext, weil wir sie uns nicht leisten können — keine Tarifsenkung bei der Lohn- und Einkommensteuer geben kann. Ich habe aber nicht gesagt, daß wir keine Steuerreform machen können.“

Meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Opposition! Ich wiederhole das, weil Sie diese Worte entweder schon wieder vergessen oder verschwitzt oder gar nicht gehört haben.

Wir Freiheitlichen meinen, daß diese Worte deutlich genug sind, aber immerhin erfüllt es uns mit Genugtuung, daß der Herr Finanzminister auch folgendes gesagt hat — und ich zitiere —:

„Wir werden auch im Jahre 1985 an der weiteren Verbesserung unseres Steuersystems arbeiten und dies im Rahmen der von uns gesetzten Vorgaben tun, nämlich das Steuersystem sozial möglichst gerecht, möglichst einfach und möglichst leistungsfördernd zu gestalten.“

Das ist eine starke Annäherung an unser liberales Steuercredo. Wir werden diese Bestrebungen unterstützen. Es wird einen arbeitsreichen parlamentarischen Herbst geben.

Wir sind zur aktiven Mitarbeit bereit, nicht

aber — so scheint es — die Österreichische Volkspartei. Sie will mit ihrem heutigen Fristsetzungsantrag nichts anderes, als ein klein-kariertes parlamentarisches Hase-und-Igel-Spiel betreiben. Am Mittwoch hat sie gehört, daß wir auch 1985 das Steuersystem verbessern wollen. Also muß sie am Freitag noch schnell einen Fristsetzungsantrag zur Steuerpetition der Gewerkschafter stellen, nur um zu beweisen: Wir sind auch schon da, wir sind auch schon am Ziel.

Der konstruktiven Arbeit dient das meiner Ansicht nach sehr wenig.

Wir werden — und das möchte ich hier versprechen — diese Petition bestimmt der parlamentarischen Behandlung unterziehen. Wir werden sie aber nicht vorziehen, sondern einbeziehen in die steuerliche Gesamtstrategie, die über eine ganze Legislaturperiode reicht.

Die Petition verdient genausoviel Aufmerksamkeit wie andere Steuermaterien. Aber wir müssen sie miteinbeziehen in die Gesamtüberlegungen, die nicht nur von den ÖAAB-Betriebsräten kommen, sondern es geht dabei auch um Überlegungen, die vom Städtebund, vom Gemeindebund, von den Ländern kommen. Es geht um jene Gruppen, die wir auch zu berücksichtigen haben (*Abg. Dr. Lichal: Und deshalb drehen Sie das ab!*), die Unternehmer, die Gewerbetreibenden. Herr Kollege Lichal! Es geht nicht nur um die Gewerkschafter, sondern wir müssen auch jene Bereiche berücksichtigen, in denen es darum geht, wichtige Aufgaben des Staates zu erledigen, sei es beim Umweltschutz, sei es im Wirtschaftsbereich, sei es überall dort, wo auch berechnete Wünsche an den Bund hergetragen werden.

Dazu bekennen wir uns Freiheitliche. Eine Fristsetzung lehnen wir in diesem Zusammenhang jedenfalls ab. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{10.32}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel.

^{10.32}

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es kommt ja relativ selten vor, daß die Opposition einen Fristsetzungsantrag einbringt, um im Parlament etwas überhaupt behandeln zu können. Da muß schon etwas passiert sein, werden manche vermuten, und das ist auch der Fall.

Es ist uns ganz einfach die Geduld gerissen, daß eines der wichtigsten Themen (*Rufe bei*

Dr. Schüssel

der SPÖ: Ach so!), die die Öffentlichkeit wirklich bewegen, nämlich die Frage einer Steuersenkung, parlamentarisch von Ihnen abgewürgt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben bekanntlich verlangt, daß die Petition, die von 7 000 Betriebsräten unterstützt wird, auf die Tagesordnung des Finanzausschusses gesetzt werde. In der gestrigen Präsidiatale hat es ein Njet dazu gegeben. Sie wollen keine Debatte.

Wenn der Abgeordnete Nowotny dann sagt, er bekenne sich zu einer gründlichen Diskussion, und am Beginn einer solchen Diskussion ein Maulkorb steht, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir zu ungewöhnlichen Mitteln der Geschäftsordnung greifen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Nowotny sagt: Wem nichts einfällt als Politiker, der verlangt... *(Abg. Wille: Ich habe nicht „njet“ gesagt!)* Sie haben gesagt: „Nein“, okay, ich ziehe das „Njet“ zurück. Gut! *(Abg. Wille: Erstens bediene ich mich der deutschen Sprache, zweitens haben wir den Vorschlag gemacht, es mit dem Abgabenänderungsgesetz zu erledigen! — Abg. Graf: Da haben Sie recht, aber es kommt auf dasselbe heraus!)* Sprachlich haben Sie recht, inhaltlich nicht, Herr Abgeordneter Wille!

Herr Abgeordneter Nowotny hat gemeint: Wem als Politiker nichts einfällt, der verlangt eine Steuersenkung. Da muß ich wirklich sagen: Wenn der sozialistischen Fraktion, vor allem den sozialistischen Gewerkschaftern zu den Argumenten von Robert Lichal nichts einfällt, als den Abgeordneten Nowotny ans Pult zu schicken und sich selbst in Schweigen zu hüllen, dann ist es traurig bestellt. Wo ist denn bitte der Klubobmann Wille zu diesem Thema, Herr Prechtel, Herr Ruhaltner, Herr Teschl, der lange Zeit Vorsitzender der Gewerkschaftsbundsteuerkommission war? Wo reden sie hier? Sie schicken den armen Nowotny her *(Rufe bei der ÖVP: Arm? — Heiterkeit)* und lassen ihn einen Eiertanz aufführen. *(Abg. Graf: Arm ist er nicht! Es geschieht ihm recht! — Heiterkeit.)*

Ein zweites: Sie haben ganz einfach einige sprachliche Fehlleistungen hier geliefert, die ich schon aufzeigen möchte.

Zunächst Herr Abgeordneter Grabher-Meyer. Er hat gestern auch ein beneidenswertes Gustostück von Liberalismus geboten.

Gestern haben wir gehört, was Sie unter

Liberalismus bei Privatisierungen verstehen. Sie sind ans Rednerpult gekommen und haben Wort für Wort ein Pamphlet des TUC, des englischen Gewerkschaftsbundes, vorgelesen.

Jetzt weiß jeder: Der britische Gewerkschaftsbund ist weit weg von der Realität des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Doch Sie stellen sich her und lesen als Ihre Worte, Ihre Sätze ein solches Pamphlet vor. — Wahrer Liberalismus, Herr Kollege. *(Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.)*

Heute stellen Sie sich her und sagen: Liberal ist, wer keine Steuersenkung macht. Also da haben Sie wirklich sehr viel in der Zwischenzeit vergessen, in den zwei Jahren, in denen Sie an den Machttöpfen zu naschen hatten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Nowotny hat auch etwas Interessantes gesagt: Nein zu einer Steuersenkung, aber ja zu einer Steuerreform.

Freunde, hört genau hin! Was ist denn dann eine Steuerreform, wenn sie keine Steuersenkung ist? — Wahrscheinlich eine Steuererhöhung. Ich meine, das sollte die Öffentlichkeit wissen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben sich damit distanziert von der eigenen Regierungserklärung. Sie haben sich damit, meine Herren von der Linken und von der Freiheitlichen Partei, distanziert — ich habe mir das extra mitgenommen — vom eigenen Koalitionspakt, wo noch steht:

„Angestrebt wird eine Steuerreform mit dem Ziel, ein sozial gerechtes, einfaches und leistungsförderndes Steuersystem zu schaffen.“

Ja wo ist es denn? Vertagt, auf die lange Bank, jenseits dieser Gesetzgebungsperiode, geschoben.

Zweitens haben Sie damit nicht zur Kenntnis genommen, daß in der Öffentlichkeit großer Unmut herrscht. Ich darf Ihnen hier ganz wenige Ziffern nennen — ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen —: Die Steuerbelastung der Masseneinkommen betrug 1980 etwas über 11 Prozent, heute sind es bereits über 12 Prozent, wenn nichts geschieht, werden es 1988 bereits 14 Prozent sein. Das heißt, in den letzten fünf Jahren ist die Steuerbelastung prozentuell um 1 Prozent gestiegen und wird in den nächsten drei Jahren um 2 Prozent steigen, sich also im Zuwachs verdoppeln.

Dr. Schüssel

Das läßt Sie völlig kalt, meine Damen und Herren von der Linken und von der Freiheitlichen Partei? — Das verstehen und akzeptieren wir einfach nicht.

Weiters akzeptieren wir auch nicht, daß der Finanzminister mit der Progression alljährlich sein Körbergeld macht, nicht zu knapp bemessen. In einem Zwischenruf hat Robert Lichal darauf hingewiesen. Jährlich gibt es entgegen Ihren Zusagen eine stille Steuererhöhung, ohne daß das Parlament die Möglichkeit hat, dazu ja oder nein zu sagen. Jährlich gibt es durch die Progression Steuermehreinnahmen für das Budget, die nicht vom Parlament genehmigt sind. Bis zum Ende dieser Periode werden das über 20 Milliarden Schilling sein.

Da behaupten Sie, es gebe keinen Spielraum für eine Steuersenkung. Meine Damen und Herren! Das ist einfach falsch. Da lügen Sie sich und die Öffentlichkeit in den Sack. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man sieht es ja auch bei den Steuereinnahmen, bei den Steuermehreinnahmen dieses Jahres. Gegenüber dem Budgetvoranschlag für 1985 wird wahrscheinlich die Einkommensteuer um 2 Milliarden stärker steigen, die Lohnsteuer um 2 Milliarden und die Körperschaftsteuer um 1,5 Milliarden.

Da sagt der Finanzminister: Es wird keine Steuererhöhungen geben. — Es gibt sie, täglich, monatlich, jährlich, ohne daß das Parlament dazu je zugestimmt hat.

Aber auch in den Betrieben, Herr Abgeordneter Grabher-Meyer ist das Thema „Steuersenkung“ das Thema Nummer eins. Der Wirtschaftsbund hat eine Unterschriftenaktion im Herbst gemacht, und über 100 000 Unternehmer — das ist jeder zweite Betrieb — haben bereits eine Unterschrift daruntergesetzt.

Doch Verständnis haben wir weder bei Ihnen noch bei der Sozialistischen Partei gefunden. Man kann nicht, Herr Abgeordneter, von Eigenkapitalstärkung reden und eine Steuerreform verweigern, das geht nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend: Kommen Sie uns nicht mit der faulen Ausrede, es gebe kein Geld! Ich nenne Ihnen konkrete Beispiele: Es war das Geld da, um die direkte Wirtschaftsförderung von 1970 von 1 Milliarde auf heute 18 Milliarden zu erhöhen. Da hat es das Geld gegeben, obwohl niemand darum gebeten hat. Das hat niemand wirklich verlangt.

Ich sage Ihnen noch ein Beispiel: Es ist Geld vorhanden gewesen und noch immer vorhanden, um entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen einigen wenigen Großen Milliarden geschenke an Steuergeldern zu machen, und zwar nicht die Direktsubventionen bei General Motors und sonstwo; das haben wir genügend hier kritisiert. Es kommt ja noch etwas dazu: Entgegen den klaren Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes und der BAO wurden etwa General Motors zusätzlich zu der Subvention von 2,6 Milliarden Schilling die völlige Steuerfreiheit dieser Subvention und die volle Abschreibbarkeit der Gesamtinvestition inklusive Subvention gewährt. Allein das ist ein Steuergeschenk in Milliardenhöhe!

Jetzt will OKI dasselbe noch einmal haben. Wahrscheinlich werden sie es kriegen, soweit ich Ihre Politik der offenen Hand kenne.

Das heißt, es gibt das Geld für gewisse Günstlinge, für gewisse Betriebe, denen Sie es geben wollen. Kommen Sie uns daher nicht mit der Ausrede, das Geld für eine Steuersenkung sei nicht vorhanden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es fehlt nicht am Geld, es fehlt am politischen Willen, und das soll der Steuerzahler wissen. Deshalb zwingen wir Sie heute dazu, Farbe zu bekennen bei diesem Fristsetzungsantrag. *(Beifall bei der ÖVP.) 10.40*

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über den Fristsetzungsantrag ist hiermit geschlossen.

Wie ich bereits bekanntgegeben habe, wird der vorliegende Antrag gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident Dr. Stix: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 3 bis 5 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über alle drei Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

8850

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Präsident Dr. Stix

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 152/A der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1985 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1985) (686 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Bevor ich dem Berichterstatter zum 1. Punkt das Wort gebe, erteile ich dem Abgeordneten Mag. Kabas einen Ordnungsruf wegen des Ausdruckes „schmutzige Fieberträume“ während der Behandlung der mündlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Lichal.

Nun gelangen wir zum 1. Punkt der Tagesordnung: Marktordnungsgesetz-Novelle 1985.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Windsteig. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Windsteig**: Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In dem relativ umfangreichen schriftlichen Bericht sind einige wenige, allerdings nicht sinnverändernde Fehler enthalten, die in dem uns zugehenden gedruckten Werk sicherlich nicht mehr vorkommen werden.

Ebenso gibt es im vorliegenden Gesetzentwurf einige wenige Fehler, die durch einen Abänderungsantrag aller drei Parteien beseitigt werden sollen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung vom 26. Juni 1985 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich mehrere Abgeordnete.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf einige kurze Bemerkungen:

Im Frühjahr 1985 zeichnete sich ein ständig steigender Finanzierungsbedarf für die Absatzverwertung der Milchüberschüsse, der aus Absatzförderungsbeiträgen der Milcherzeuger sowie aus Mitteln des Budgets aufzubringen ist, ab. Mangels Finanzierungsaufkommens des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages entstand eine immer größer werdende Finanzierungsbelastung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages. Die Ursachen

für diese Entwicklung lagen im rückläufigen Inlandsabsatz und nicht zuletzt darin, daß seit Einführung des Richtmengensystems im Marktordnungsgesetz durch verschiedene Maßnahmen mehr Einzelrichtmengen an die milcherzeugenden Betriebe verteilt wurden, als an Gesamtrichtmenge zur Verfügung steht.

Ziel der Marktordnungsgesetz-Novelle 1985 ist die Stilllegung von höchstens 100 000 Tonnen Lieferkapazität der milcherzeugenden Betriebe, wobei diesen eine Prämie für die Aufgabe ihrer Einzelrichtmenge gewährt wird. Die Prämie ist in zehn gleichen Jahresraten an die milcherzeugenden Betriebe zu überweisen. Die Ablöse von Einzelrichtmengen durch staatlich gewährte Prämien wurde auch bereits im Ausland — insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien — erfolgreich praktiziert und führte zu einer raschen und wirksamen Rücknahme von Milchmengen.

Durch die geplante Maßnahme soll eine umgehende und spürbare Entlastung der Finanzierung der Exportüberschüsse erreicht werden. Sicherlich sind begleitende Maßnahmen, wie die Almmilchregelung und die Neu-lieferantenregelung, erforderlich.

Die Milchlieferverzichtsprämie wird für folgende Zwecke gewährt:

Aufgabe der bisherigen Einzelrichtmenge des milcherzeugenden Betriebes,

Einstellung jeglicher Milcherzeugung und Milchlieferung durch den bisher milcherzeugenden Betrieb.

Die Milchlieferverzichtsprämienaktion wird jährliche Kosten für die Dauer von zehn Jahren im Ausmaß von zirka 100 Millionen Schilling, insgesamt somit zirka 1 Milliarde Schilling, verursachen.

Angesichts der internationalen Entwicklung auf den Milchexportmärkten — stagnierende oder sinkende Preise für Milchprodukte — sowie des österreichischen Preisniveaus für diese Produkte wird die Milchlieferverzichtsprämienaktion eine wesentliche Entlastung für die Exportfinanzierung, die eine Entlastung von zirka 10 Groschen für den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag bedeutet, mit sich bringen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle

Windsteig

dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

10.47

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir absolvieren heute die 100. Plenarsitzung, und ich weiß nicht, ist es ein gutes oder ein schlechtes Omen, daß bei dieser 100. Plenarsitzung ein sehr wesentlicher Bereich der Land- und Forstwirtschaft zur Diskussion kommt.

Gemeinsam haben die Parteien einen Antrag eingebracht, der die Milchmarktordnung verändern sollte, weil es gewisse Probleme und Schwierigkeiten gibt und sicher auch noch weiter geben wird. Ich möchte dazu auch bemerken, daß, obwohl wir diesen Antrag gemeinsam tragen, die Probleme, die sich in diesem Zusammenhang auftun, nicht zur Gänze bewältigt werden konnten.

Es wird auch in Zukunft notwendig sein, daß wir uns im Interesse unserer Bauernschaft in einer sachlichen Form mit diesen Problemen beschäftigen, und ich möchte alle Fraktionen ersuchen, daß sie mithelfen, diese anstehenden Probleme in der nächsten Zeit zu verändern, zugunsten, wie ich schon gesagt habe, der bäuerlichen Menschen.

Marktordnungsverhandlungen waren seit eh und je immer sehr schwierig. Die Emotionen werden immer sehr groß. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich diesmal deshalb eine Aussage machen möchte, weil diese Emotionen nicht von der Bauernschaft, sondern von der Regierungspartei hochgespielt worden sind. Es wurden Aussagen getätigt — Aussagen, die die Arbeit sehr erschwert haben —, die weit höher in der materiellen Situation gelegen sind als jene, die heute gemeinsam beschlossen werden. Es ist Ihnen sicher klar, daß die Verhandlungen immer erschwert werden, wenn man die Latte vorerst hoch setzt und sich dann schön langsam herunterhantelt.

Ich möchte auch sagen, daß diese Diskussion um die 100 000 Tonnen Milchverzichts-

prämie, wie es heißt, in erster Linie von der Regierung selbst in die Öffentlichkeit getragen wurde, wir aber selbstverständlich, weil wir die Situation kennen, bereit waren, darüber zu reden und einen Weg zu suchen. Es war nicht einfach, diesen gemeinsamen Weg zu finden, weil es um die Existenz vieler bäuerlicher Menschen geht.

Wir haben zur Zeit rund 120 000 bäuerliche Betriebe, die sich mit der Milchproduktion beschäftigen, und diese Betriebe sind nach wie vor — ich möchte das mit aller Offenheit sagen — der Auffassung, daß die Milchmarktordnung 1978 mit den darauffolgenden Änderungen ihnen nicht die Möglichkeit der freien Produktion gewährleistet. Viele sind sogar der Auffassung, daß man einen Weg gegangen ist, der der leichteste sei, um so seitens des Bundes Einsparungen zu erreichen.

Ich möchte aber auch sagen, daß diese Diskussion deshalb so schwierig war, weil man weiß, daß die Entwicklung in der Produktion und überhaupt die Milchproduktion sich in einem Bereich befindet, der als klein- und mittelbäuerlich zu betrachten ist. Wir haben Durchschnittslieferwerte von 20 000 Kilogramm pro Jahr.

Wer sich mit der Problematik Milch, Milcherzeugung und Rinderhaltung auseinandersetzt, weiß, daß das kleinere und mittlere Betriebe sind und daß es sehr schwer ist, diesen Betrieben klarzumachen, daß sie noch weniger produzieren dürfen, weil etliche dieser Betriebe ausschließlich von der Milchproduktion leben. Sie alle wissen ja auch, daß gerade die Rinderhaltung und die Milchproduktion nicht die Fünf- oder Sechstageswoche verlangt, sondern daß tagtäglich, Sonn- und Feiertag, zumindest einer der Familie die Stallarbeit zu verrichten hat. Ich glaube, daß wir auch verpflichtet sind, diesen bäuerlichen Menschen — Bäuerinnen, Bauern oder Mitarbeitern — den herzlichsten Dank für ihre Einstellung auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Diskussion ist aber auch deshalb notwendig geworden, weil man die Situation erkannt hat: auf der einen Seite die Bedürfnisse seitens der Bauern, mehr Richtmengen zu bekommen, auf der anderen Seite haben wir festgestellt, daß im Inland mehr konsumiert werden müßte. Ich habe hier auch das Stenographische Protokoll aus dem Jahr 1978, wo der Herr Bundesminister, der derzeit verhindert ist, weil er mit dem Finanzminister und mit den Finanzreferenten ein Gespräch führt, an die Österreicher appelliert, sie mögen Milch und Milchprodukte konsumie-

Deutschmann

ren. Erst dann, wenn der Inlandskonsum und der Inlandsabsatz gegeben sind, wird diese Neuordnung voll zum Tragen kommen. Leider haben wir festgestellt, daß es Einbrüche in der Inlandsvermarktung gegeben hat. Leider Gottes haben sich zusätzlich Schwierigkeiten im Export ergeben, und letzten Endes haben sich Schwierigkeiten beim Import ergeben. So ist eine Summe von Faktoren zusammengekommen, die diese Situation heraufbeschworen haben.

Wir alle wissen, daß die Importe oder die Exporte keine Einbahnstraße sein können. Aber wir möchten die eine Bitte aussprechen: daß das Lebensmittelgesetz, welches für die Inlandsprodukte voll zur Anwendung kommt, sich auch auf die Importe ausdehnt und so dann letzten Endes die gleichen Qualitäten auf den Markt kommen. Das ist leider in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen, und wir sind der Auffassung, daß es möglich sein muß, hier gleiche Chancen zu schaffen, damit auch die Inlandsprodukte in vermehrtem Maß vom Konsumenten angenommen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich die österreichischen Milchproduzenten tagtäglich von neuem bemühen, beste Qualitäten herzustellen, um so auch das Ihre dazu beizutragen, daß das gesunde Nahrungsmittel Milch und daß Milchprodukte von den Konsumenten angenommen werden. Wir alle reden sehr stark von den heimischen Produkten. Die verschiedenen Werbespots — wir hören und kennen sie, ob es die Wirtschaft ist, die Industrie ist, auch die Landwirtschaft — versuchen, darauf hinzuweisen, daß durch den Ankauf von heimischen Produkten die Arbeitsplätze in Österreich gesichert werden. Ich glaube, daß wir das gleiche in unserem Bereich sagen wollen: Durch den Ankauf von Produkten aus der Landwirtschaft wollen wir erreichen, daß die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in Zukunft gesichert bleiben.

Ich möchte aber jetzt ganz grundsätzlich auf den gemeinsamen Antrag eingehen. Der Herr Landwirtschaftsminister hat in seinen ersten Erklärungen darauf hingewiesen, daß die Milchanlieferung in Zukunft gesenkt werden muß, weil sich — wie ich schon erwähnt habe — Schwierigkeiten auftun. Ich habe Ihnen auch schon aufgezeigt, daß es kaum möglich ist, Richtmengen zu senken, weil das ja gerade jenen große Probleme bringen würde, die mit kleinen Richtmengen zurecht kommen müssen. Es war jetzt der einzige Vorschlag in diesem Zusammenhang, daß

man eine Situation schafft, daß man Richtmengen — die Menge wurde vom Berichtstatter schon gesagt: 100 000 Tonnen — von jenen zurückkauft, die auf die Milchproduktion nicht so angewiesen sind, die eine andere Möglichkeit sehen, bestehen zu können, um hier eine Entlastung zustande zu bringen.

Ich möchte aber auch ganz deutlich darauf hinweisen — weil viele die Meinung vertreten, es ist halt wieder ein Gesetz oder eine Päckerei zustande gekommen, wo einzelne dann hineingedrängt werden —: Es ist dies ein Gesetz, welches wohl die Möglichkeit bietet, auf eine Milchlieferung zu verzichten, aber bitte, auf einer freiwilligen Ebene! Das heißt, daß bäuerliche Betriebe, die von der Milcherzeugung weggehen wollen, sich anmelden können und nach den Vorstellungen dieses Antrages in zehn Jahresraten etwas abgegolten bekommen; so könnte dies erleichtert werden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Es ist mir aber in diesem Zusammenhang wichtig, darauf hinzuweisen — wir haben das ja auch in den Ausschußberatungen besprochen —, daß es verschiedene Nachfolgeprobleme geben wird. Eines der wesentlichen Probleme, nämlich das Herausnehmen von 100 000 Tonnen, berührt die Kuhzahl. Es müßten in Österreich rund 35 000 Kühe einer anderen Verwertung zugeführt werden. Wir alle wissen, daß das gar nicht so einfach ist. Wir haben kaum Möglichkeiten im Export, sondern eher Schwierigkeiten, die Inlandsverwertung ist auch nicht in der Lage, diese 35 000 Kühe aufzunehmen. Ich möchte den Herrn Staatssekretär wirklich bitten, daß er dem Herrn Minister sagt *(Staatssekretär Ing. Murer nickt zustimmend)* — ich werde es ihm persönlich auch noch sagen —, daß wir im Zusammenhang mit dem Fleischexport die Zuladung von Kuhfleisch flexibler durchführen müssen, damit es nicht hier wiederum Schwierigkeiten gibt, die wir alle gemeinsam nicht wollen.

Ich glaube, daß es eine sehr wesentliche und notwendige Entscheidung des Ministeriums sein wird, in diesem Bereich eine Möglichkeit zu schaffen, damit letzten Endes die Herausnahme nicht zur Belastung eines anderen Bereiches wird.

Ich möchte aber auch sagen, daß in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer Alternativproduktion in Betracht zu ziehen sein wird. Wir können nicht der Auffassung sein, daß, wenn man jetzt 100 000 Tonnen Milch aus der Richtmenge herausnimmt,

Deutschmann

wenn man 35 000 Kühe aus dem Markt nimmt, somit über die Alternativen nicht geredet zu werden braucht. Wir brauchen Alternativen und wir werden uns sehr anstrengen müssen, gemeinsam einen Weg zu finden, damit nicht die Alternativen — ich meine hier insbesondere die Veredelungswirtschaft — uns zusätzlich Probleme auferlegen, die wir dann wiederum nicht bewältigen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das eine in das andere greift und daß es gar nicht so einfach ist, zu meinen, wir nehmen da etwas weg, und dann ist die Sache geklärt. Nein, der bäuerliche Betriebsleiter und die bäuerliche Familie brauchen ein Einkommen, sie suchen dann eine Alternative, und diese Alternative muß dann eben eine solche sein, daß sie nicht wiederum zur Belastung des Betriebes und der gesamten Entwicklung wird. Das ist meiner Meinung nach sehr wesentlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß wir in diesem gemeinsamen Antrag ein Problem bis dato auch nicht bewältigt haben, nämlich die Existenzsorgen unserer Jungbauern. Sehr oft wurde man darauf im Zuge der Verhandlungen angesprochen, und man hat gesagt: Na ja bitte, wenn mein Vater verzichtet, läuft das zehn Jahre lang, und wenn ich Hofübernehmer werde, wie soll ich dann einen Betrieb führen, wie soll ich ein Einkommen erreichen, das mir eine Familiengründung ermöglicht?

Wir haben dieser Situation in der Diskussion breiten Raum gegeben. Alle Fraktionen haben sich dieser Sache angenommen. Es wurde aber leider auch die Neubeginner-Regelung, die ja mit eingebaut wurde, nicht ganz bewältigt, weil es heißt; nur dann können welche neu beginnen, wenn Richtmengen frei werden. Wir alle wissen, daß Richtmengen zur Zeit nicht frei werden. Dieses Thema steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer agrarpolitischen Forderungen. Ich glaube, hier werden wir etwas tun müssen.

Im selben Zusammenhang wurde auch ein Vorschlag diskutiert, der ja nicht erst jetzt gekommen ist, sondern schon bei der großen Reform, bei der Neuordnung und bei all den Verhandlungen zur Milchwirtschaft: die Handelbarkeit von Richtmengen.

Wir haben die Meinung vertreten, daß in weiterer Zukunft, damit die Probleme nicht erstarren, eine Möglichkeit der Handelbarkeit von bestehenden Richtmengen gegeben sein muß. Wir haben das andiskutiert. Wir

haben die Meinung vertreten, es sollte diese unsere Vorstellung in den Ausschlußbericht kommen, daß wir im Laufe des Jahres Verhandlungen oder Gespräche über diese Problematik führen. Wir haben es nicht erreicht, daß man das in den Ausschlußbericht hineingibt. Wir haben aber — und das möchte ich ganz offen aussprechen — die Zusage erhalten, ich würde sogar sagen: Es ist ein Wunsch des Herrn Landwirtschaftsministers, daß sich die Bauernorganisationen mit diesem Thema beschäftigen, um dann die Vorschläge, die erarbeitet werden, doch auf der parlamentarischen Ebene zu behandeln. Ich möchte das deutlich sagen, weil wir der Auffassung sind, daß über dieses Thema Gespräche geführt werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist schade, daß ein Thema, das mit vielen Emotionen beladen ist, nicht bewältigt werden konnte, nämlich der Ab-Hof-Verkauf. Meine Kollegen werden dazu ja noch Stellung beziehen, ich möchte das nur anreißen und kurz sagen: Wir hätten ganz gerne eine brauchbare Lösung gefunden. An Vorschlägen hat es nicht gemangelt. Wir haben aber dann eingesehen, daß man der Auffassung war, man müßte das im Rahmen des Gesamtsystems sehen, um hier unseren Vorstellungen nachzukommen. Ich möchte anmerken: Auch das wird in der nächsten Zeit ein Teil unserer Gespräche sein müssen.

Wir haben ein Problem bewältigt, nämlich die — in der Öffentlichkeit so genannte — „Milchbeichte“. Hier hat nur der eine Mitteilung zu machen, der Milch ab Hof verkauft, und nicht jeder, egal, ob er verkauft oder nicht verkauft. Ein kleiner Fortschritt in einer Sache, die im Grunde genommen viel Ärger in unsere Betriebe gebracht hat.

Aber wir haben auch bei diesem Problem Hoffnung; wir haben ja Weggefährten in allen Fraktionen. Es waren ja alle der Auffassung, daß die Ab-Hof-Verkauf-Problematik einer Lösung zugeführt werden kann. Ich habe nur gemeint: Wenn alle der Auffassung sind, daß man in diesem Zusammenhang etwas tun sollte, müßte es auch möglich sein, etwas zu tun! Aber wie es eben ist, man täuscht sich halt hin und wieder, aber das erlebt man ja oftmals.

Ich möchte aber auf noch etwas hinweisen. Es ist meiner Meinung nach auch sehr notwendig, das zu sagen: In den letzten Wochen, als wir mit den Sozialpartnern verhandelt haben, haben ich und einige meiner Kollegen Sendungen im Rundfunk gehört, wo man gerade die bäuerliche Bevölkerung als jene

8854

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Deutschmann

hingestellt hat, die immer nach dem Schilling rufen. Es werde immer mehr für die Land- und Forstwirtschaft getan. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich brauche nicht darauf einzugehen, was sich heute in Österreich in vielen Bereichen tut, was der Bund in diesen Bereichen mit dem Steuerschilling tun muß, um da und dort Arbeitsplätze zu sichern.

Wir von seiten der Landwirtschaft waren immer der Auffassung: Jawohl, das ist richtig! Die Arbeitsplätze in der Industrie, im Gewerbe, im Handel sind genausoviel wert und müßten genausoviel wert sein wie die in der Landwirtschaft — aber umgekehrt genauso, bitte! Ich möchte das ganz offen aussprechen.

Damit man aber auch ein klein wenig die Relation — gerade auch im Bereich der Milch — erkennt, möchte ich Ihnen die Daten des Jahres 1970 und die des Jahres 1985 aus dem Voranschlag mitteilen:

Im Jahre 1970 hat man im Budget für die Milchproblematik 1 870,6 Millionen bei einer Budgetsumme des Bundes von 101 Milliarden Schilling gebraucht. Im Jahre 1985 sind 1 813 Millionen — um 3 Prozent weniger — bei einer Budgetsumme von 462 Milliarden Schilling vorgesehen. 101 zu 462 Milliarden — 1,8 Milliarden zu 1,8 Milliarden!

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß mit dem Märchen aufgeräumt werden kann, daß man von seiten des Bundes so viel mehr für diesen Bereich beisteuern muß. Es hat sich nichts geändert, im Gegenteil. *(Abg. Resch: Schöner wäre es, wir bräuchten gar nichts zuschießen!)* Sicher wäre das sehr schön. Ich glaube, da wären ja die Bauern die glücklichsten. Gerade durch die Neuformierung oder durch die Neuordnung sind ja der allgemeine und der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag die Hemmschuhe, die viele unserer Bauern verbittern. Wenn der Bauer über die Richtmenge hinaus Milch liefert, werden ihm 3,93 S bei 4,50 S Milchpreis abgeschöpft, meine sehr Geehrten! Wer läßt sich seine Arbeit so herabwürdigen? Der Bauer bekommt nur mehr 70 Groschen für einen Liter Milch. Das ist doch eine Situation, die wir alle gemeinsam auf die Dauer im Interesse der Erhaltung des bäuerlichen Berufsstandes nicht aufrechterhalten können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren... *(Abg. Weinberger: Aber das ist doch alles gemeinsam beschlossen worden!)* Herr

Kollege Weinberger! Ja, aber ich glaube, daß es notwendig ist — ich komme jetzt zu meinen Schlußsätzen, dann wird der Kollege Weinberger zufrieden sein. *(Abg. Graf: Ich glaube, er wird es trotzdem nicht sein!)* Herr Präsident, er wird zufrieden sein!

Ich bin der Auffassung, daß die Sorgen und die Probleme der Landwirtschaft nicht allein von der Landwirtschaft getragen werden sollen, sondern das sollen auch Ihre Sorgen und Ihre Probleme sein. Denn wir sind ja auch bereit, die Sorgen der anderen und die Probleme der anderen mitzutragen.

Wenn wir gemeinsam leidenschaftslos und sachlich erkennen, daß wir die Bauern brauchen, dann wird es auch möglich sein, daß wir in manchen Bereichen Verbesserungen zustande bringen, die nicht nur positiv für die bäuerlichen Menschen zu Buche schlagen, sondern allgemein für die gesamte Bevölkerung in Österreich von Nutzen sein werden.

Ich hoffe, Sie haben verstanden, was ich damit gemeint habe. Ich bin Optimist. Wir werden die offenen Fragen, die uns noch ins Haus stehen, auch in Zukunft so wie diesmal positiv erledigen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.15

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

11.15

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist unbestritten in diesem Haus, daß die Landwirtschaft ein wesentlicher, ja der wichtigste Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik ist. Und in diese Wirtschaftspolitik miteingebunden ist die Landwirtschaftspolitik, die von dieser Regierung immer in bester Weise gemacht wurde. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der Kollege Deutschmann hat darauf hingewiesen: Wir haben hier einen Antrag, den wir gemeinsam erarbeitet haben. Da er auf die heutige 100. Sitzung Bezug genommen hat, möchte ich folgendes sagen: Wir haben 1978 alle Neuland beschritten. Mit dieser Lösung beschreiten wir auch wieder erstmals Neuland. Und es wird niemanden in diesem Haus geben, der heute schon sagen kann, wie die Endkonsequenz aussieht. Wenn man 1978 gesagt hätte, daß wir 1985 in der Milchmarktordnung eine Milchliefervorzichtsprämie gemeinsam beschließen werden, das heißt auf deutsch gesagt, daß wir den Bauern sagen werden, sie sollen, sicher gegen eine entsprechende Prä-

Pfeifer

mie, die Produktion zurücknehmen, dann hätte es bestimmt ein Aufjaulen gegeben und dann wäre 1978 sicherlich keine gemeinsame Lösung zustande gekommen, weil man das für undenkbar gehalten hätte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch auf das Parallelproblem Milch, nämlich auf das Getreideproblem, hinweisen. Sie wissen, welche Sorgen wir alle auf diesem Sektor mit den Überschüssen haben. Ich glaube, es ist die Kernfrage auch heute wieder zu überlegen: Sind diese Marktordnungen — die ich in keinsten Weise in Frage stellen will — überhaupt aufgrund der Überschusssituation so noch zeitgemäß?

Lassen Sie mich das so sagen: Wir leben in einer Zeit, in der wir eingefahrene und gute Problemlösungen durch Gesetze der sechziger Jahre immer wieder dahingehend überprüfen müssen, ob wir mit ihnen auch Ende der achtziger oder der neunziger Jahre gemeinsam die Situation bewältigen können. Ich sage noch einmal: Ich bin der Meinung, daß wir die Marktordnungen brauchen. Aber wenn die Überschüsse immer ärger werden, wenn es so weit kommt, daß wir eigentlich immer wieder neue Marktordnungsbeschlüsse fassen und neue Verhandlungen führen müssen, daß wir, kaum ist ein Beschluß hinter uns, von der Problematik her gesehen genötigt sind, uns neuerlich zur Beratung über diesen Beschluß zusammenzusetzen, dann heißt das, daß wir von allen Seiten alle Fähigkeiten und Ideen brauchen werden, darüber nachzudenken, ob wir auch die Überschußproblematik, die belastend ist für den Produzenten, belastend ist für den Konsumenten und sicher auch belastend ist für den Staatssäckel, in den neunziger Jahren bewältigen können.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns in dieser Frage der Milchlieferverzichtsprämie die Dinge nicht leicht gemacht. Wir haben einen Kompromiß geschlossen, der schwer genug zu erreichen war. Ich möchte allen, die mitgearbeitet haben, diesen Kompromiß zu erreichen, danke sagen. Und ich möchte vor allen Dingen den Damen und Herren des Landwirtschaftsministeriums, darunter besonders dem Herrn Bundesminister, dem Herrn Staatssekretär und ihren Beamten, danken, denn die Legisten hatten es mit uns nicht leicht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Kaum war ein Vorschlag außer Streit gestellt, kam sofort eine halbe Stunde später eine neue Idee, und der Vorschlag wurde wieder verworfen, und es hieß dann für die Legisten: Kom-

mando zurück, warten Sie noch ein bisserl, es wird wieder etwas Neues überlegt!

Das sind die Marktordnungsverhandlungen, die immer schwieriger werden — ich darf das wiederholend sagen —, weil die Probleme der Überschüsse — und das ist, bitte, jetzt keine Ausrede — die Staaten der EG, die ab 1. Jänner 1986 zwölf sein werden, allmählich nicht nur ins Wanken bringen, sondern überhaupt in existentielle Probleme treiben werden. Diese Probleme müssen wir in der Drittländposition Österreichs gegenüber den EG lösen. Es werden auch in Zukunft sehr viele Gespräche über alle Fragen der Agrarpolitik, gesehen aus dem Blickwinkel der Produzenten sowie aus dem Blickwinkel der Konsumenten, zu führen sein; man wird die Probleme durchdenken müssen.

Ich möchte mich aber jetzt doch mit einigen Sätzen — es werden das noch Redner ausführen, vor allen Dingen wird dies Kollege Schöber als Redner unserer Fraktion noch tun — mit dieser neuen Situation aufgrund unseres gemeinsamen Antrages beschäftigen.

Kollege Deutschmann hat schon darauf hingewiesen: Neben den bekannten Lösungen, die wir versucht haben aufgrund der Milchlieferverzichtsprämie, aufgrund der Tatsache, daß nun 100 000 Tonnen aus der Produktion genommen werden sollen, haben wir das Problem, daß wir 35 000 Kühe ebenfalls irgendwo unterbringen müssen. Wir wissen ja, wie die Konsequenz ausschauen wird. Wir wissen: Wenn wir hier ein Problem zu lösen versuchen, taucht sofort eine konsequente Lösung in der Richtung auf, daß es neue Probleme gibt.

Zur Frage des Ab-Hof-Verkaufs, meine Damen und Herren: Ich weiß, daß es in diesem Hause in allen Fraktionen Kollegen und Kolleginnen gibt, die sicherlich mit Recht die Meinung vertreten, daß man den Ab-Hof-Verkauf wenn schon nicht freigeben, so zumindest wesentlich lockern sollte. Ich verrate hier kein Geheimnis, Sie kennen meine Meinung, ich habe bei allen Verhandlungen meinen persönlichen Standpunkt dargelegt: Wenn man den Ab-Hof-Verkauf bei Milch, sosehr er gewünscht, sosehr er von den Konsumenten verlangt wird, wesentlich lockert, dann muß man sich auch im klaren darüber sein, daß man dieses System dann wahrscheinlich wegwerfen kann.

Das sind Fragen, die all jene überdenken sollten, die, natürlich aus einer klaren Überlegung heraus, meine Damen und Herren, aber

8856

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Pfeifer

vielleicht auch ein wenig gedrängt von vielen Berufsgruppen, die Meinung offerieren, man sollte hier weiter gehen, etwas mehr in Richtung Gefälligkeit. Ich bin überhaupt ein Mann, der die Auffassung vertritt, daß sich jede Gefälligkeitspolitik, wo immer es sie gibt, ob in der Gemeinde, im Land oder im Bund, früher oder später rächt. Aber wenn wir in dieser Frage nachgeben, dann haben jene, die sagen: Wir wollen den Ab-Hof-Verkauf ausweiten, wir wollen ihn fast freigeben!, auch die Konsequenz zu tragen, die da lautet: Und was tun wir statt der Marktordnungen?

Meine Damen und Herren! Ich meine das sehr ernst, weil auch diese Fragen ja nicht einfach sind!

Die Problematik der Neulieferanten kennen Sie. Wir konnten sie nicht anders lösen als so, daß nur dann Zuteilungen an Neulieferanten möglich sind, wenn auch eine entsprechende freigewordene Richtmenge zur Verfügung steht. Anders wird es nicht gehen. Wir wissen sehr wohl, daß es eine Menge von Betrieben gibt, die eben nicht mehr — das ist heute schon gesagt worden — als 20 000 kg Richtmenge haben, und es gibt sehr viele Bauern, die echt davon leben. Aber natürlich gibt es auch sehr viele, die im Nebenerwerb sind und auch diese 20 000 kg Richtmenge haben.

Hohes Haus! Ich meine, daß wir mit dieser gemeinsam versuchten Lösung der Milchlieferverzichtsprämie — ich sagte es schon — einen ersten, neuen Schritt gesetzt haben. Wir können nur hoffen, daß wir in dieser Frage, mit einem Wort, Erfolg haben, denn Sie wissen — ich darf das noch einblenden —: Als wir 1978 die Kollegen von der Volkspartei — ich meine das in keinsten Weise vorwurfsvoll, es sei mir nur dieser Einwurf gestattet — gewarnt haben, doch von diesem Gedanken wegzugehen, daß man sich mit immer mehr Überlieferung in höhere Richtmengen einkaufen kann, wurde das ganz einfach von Ihrer Seite abgelehnt. Ich gebe zu, dieses neue Milchmarktmodell war für alle Neuland, aber wir mußten dann diese Fehlentwicklung sehr bald gemeinsam korrigieren, denn wir konnten sehr rasch erkennen, daß, wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, dieses Modell überhaupt nicht mehr durchzuhalten ist.

Ich meine also, daß wir auf diesem Sektor jetzt einmal abzuwarten haben, wie sich die Neuregelung entwickeln wird, wie man von dieser neuen Regelung Gebrauch macht. Wir können nur wünschen, daß sie ein wichtiger Mosaikstein sein wird in dem Bemühen, die-

ses Problem durch die neue Möglichkeit, die wir gemeinsam in diesem Antrag aufgezeigt haben, zu einer Lösung zu bringen.

Ich möchte jetzt abschließend noch einen gemeinsamen Abänderungsantrag einbringen:

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen zum Initiativantrag 152/A betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1985 geändert wird, in der Fassung des Ausschußberichtes 686 der Beilagen.

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

1. Im Artikel II Z 4 ist im § 71 Abs. 5 Z 2 der Ausdruck „110 Tagen“ durch „120 Tagen“ zu ersetzen.

2. Im Artikel II Z 7 (§ 77 Abs. 5) ist im letzten Satz vor dem Ausdruck „Abs. 2“ das Wort „Die“ zu ergänzen.

3. In der Einleitung zu Z 3 der Anlage zu Artikel III ist im zweiten Klammerausdruck das Wort „vom“ durch „von“ zu ersetzen.

4. In Z 5.2 der Anlage zu Artikel III ist der Ausdruck „(Abs. 1 Z 4)“ durch „(Art. III Abs. 1 Z 4 der Marktordnungsgesetz-Novelle 1985)“ zu ersetzen.

5. Im letzten Satz der Z 8 der Anlage zu Artikel III ist der Ausdruck „gemäß Abs. 1 Z 1“ durch „gemäß Art. III Abs. 1 Z 1 der Marktordnungsgesetz-Novelle 1985“ zu ersetzen und nach den Hinweisen auf die §§ 16 und 75 jeweils der Ausdruck „MOG“ zu ergänzen.

6. Im letzten Satz der Z 10 der Anlage zu Artikel III ist der Ausdruck „und allfällige Abgaben von Milch“ durch „und allfälligen Abgabe von Milch“ zu ersetzen, und zwischen den Worten „vorzulegen“ sowie „und es ist“ ist ein Beistrich zu setzen.

Herr Präsident! Soweit die Verlesung dieses Abänderungsantrages. Ich ersuche, ihn in die weitere Diskussion einzubeziehen.

Meine Fraktion wird diesem gemeinsamen Antrag und dem Bericht gerne die Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 11.29

Präsident

Präsident: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Alois Huber.

11.30

Abgeordneter Alois **Huber** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Bevor ich mich mit der heute zu beschließenden Novelle zum Marktordnungsgesetz befasse, muß ich mich zum besseren Verständnis der nichtbäuerlichen Bevölkerung mit den Ursachen, die solche Maßnahmen, wie wir sie heute beschließen werden, notwendig machen, befassen.

Als nach dem Weltkrieg der Hunger zu bannen und der Wiederaufbau zu bewältigen war, hat sich die Bauernschaft sehr wohl am Wiederaufbau tatkräftig beteiligt, vor allem aber den Hunger gebannt.

Es mag zu diesem Zeitpunkt sicherlich richtig gewesen sein, die Preise für Lebensmittel niedrig zu halten, um möglichst viel vom Einkommen zur Abdeckung der übrigen Bedürfnisse — diese waren sicherlich nicht klein — zur Verfügung zu haben. Nur hat sich dieser Umstand als ein Dauerzustand erwiesen. Somit muß sich die Bauernschaft schon beinahe 40 Jahre lang mit den sogenannten volkswirtschaftlich kalkulierten Preisen abfinden. Es ist dies keine Erfindung der SPÖ oder der sozialistisch-freiheitlichen Regierung, sondern längst vorher — noch in Zeiten der großen Koalition und später der ÖVP-Alleinregierung — wurde diese Maßnahme praktiziert.

Mir ist noch zu gut der Spruch aus der damaligen Zeit in Erinnerung: „Mehr erzeugen, um besser leben zu können!“ Und fürwahr: Die Bauernschaft hat diesem Spruch Folge geleistet, besser ausgedrückt: sie mußte ihm Folge leisten, weil ihre Erzeugerpreise stets niedrig gehalten wurden und letzten Endes auch heute noch niedrig gehalten werden, mit nur geringfügigen Erhöhungen.

Der Objektivität halber sei beigelegt, daß sich die Regierung sehr wohl bemüht, und zwar in Form von Subventionen und Beihilfen, daß sich auch die Länder bemühen, auch in Form von Förderungen, diesem Umstand gerecht zu werden.

Der Bauernschaft sind aber dennoch durch ihre Erfordernisse — Produktionsmittel, Bedarfsartikel, Kosten für Maschinen und

Baulichkeiten, aber auch Abgaben und Steuern, vor allem aber auch die Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung — die Ausgaben davongerannt. Um aber trotzdem einigermaßen das Auslangen zu finden, ist uns nur der Ausweg der Mehrproduktion übriggeblieben. Dabei ist der Bauernschaft das Gesetz der freien Marktwirtschaft, das besagt, daß Angebot und Nachfrage den Preis regeln, auf den Kopf gefallen.

Etliche Beispiele für meine Behauptung: Preis für Schweine, lebend, per Kilogramm, im Jahre 1955 13,50 S; im Vergleich dazu kostete eine Facharbeiterstunde im Jahre 1955 ebenfalls 13,50 S. Preis für Schweine, lebend, per Kilogramm, im Jahre 1985, 20 S; eine Facharbeiterstunde kostet heute dagegen 250 S bis 300 S.

Im Jahre 1968 kostete eine Mechanikerstunde 55 S, wofür man zur Begleichung 25 Liter Milch benötigte. Im Jahre 1981 kostete die Mechanikerstunde 340 S, zur Begleichung waren aber nicht mehr 25 Liter Milch, sondern 80 Liter notwendig.

Ich gebe zu, daß zur Überschusssituation natürlich auch Züchtung, Chemie und Kunstdünger beigetragen haben und daß sie somit die Situation weiter verschärft haben.

Um die Überschusssituation bei der Milch besser in den Griff zu bekommen, hat man im Jahre 1978 die sogenannte Kontingentierung eingeführt. Wie aber die Entwicklung zeigt, hat die Kontingentierung nicht richtig gegriffen.

Es ist auch nicht vom Verursacherprinzip ausgegangen worden, sondern eigentlich genau vom Gegenteil. Das möchte ich auch heute hier ganz dezidiert feststellen. Man hat nämlich jene Lieferanten, die sicherlich für den Überschuß gesorgt haben, mit den hohen Kontingenten betraut, und jene, die sich eigentlich im Rahmen gehalten haben, befinden sich förmlich auf dem besten Wege, von dem Erwerbszweig Milchwirtschaft ausgeschlossen zu werden.

Darüber hinaus hat man aber auch noch die Möglichkeit des Einkaufes durch Überlieferung geboten. Ich erlaube mir eine Zahl aus dem Jahr 1977 zu nennen, als wir einen Überschuß von 250 000 Tonnen hatten, der immerhin ein Exporterfordernis von 1 300 Millionen verlangte. Im Jahre 1984: Überschuß von 500 000 Tonnen, aber ein Exporterfordernis von 2 900 Millionen!

8858

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Alois Huber

Ich möchte nun die Steigerungen in Erinnerung rufen: Im Jahre 1970 betrug das Exportfordernis 307 Millionen, 1975 bereits 619 Millionen, 1980 1 496 Millionen, 1984 bereits 2 520 Millionen; ich erlaube mir die Feststellung, daß in diesen Zahlen die Inlandsverbilligungsaktionen nicht enthalten sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das sind gewaltige Stützungsaufkommen, die vom Staat — sprich vom Steuerzahler — und von den Milchbauern, und zwar durch die Absatzförderungsbeiträge, aufgebracht werden müssen. Allein der Export von 100 000 Tonnen erfordert einen Aufwand von 500 Millionen Schilling!

Ich möchte hier auch die beiden Exportfirmen ÖHEG und ÖMOLK erwähnen. Sie haben es aus finanzieller Sicht betrachtet eigentlich nicht schwer, denn das, was vom viel niedrigeren Weltmarktpreis auf den Inlandspreis fehlt, zahlen der Staat und die Milchbauern dazu. Ich stelle fest, daß dadurch der Inlandsabsatz vernachlässigt wird und auf alle Fälle zu intensivieren ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wochenlang haben Vertreter aller Parlamentsparteien einschließlich des Milchwirtschaftsfonds und der Sozialpartner darum gerungen, wenigstens einen Anfang zu finden, die schwierige Lage des bäuerlichen Berufsstandes, bei der Milch beginnend, durch Zurücknahme der Produktion bei angemessener finanzieller Abgeltung zu verbessern.

Es wird sicherlich abzuwarten sein, wie sich der Rückkauf von 100 000 Tonnen Milch durch den Staat auswirken wird. Bei einem brauchbaren Ergebnis — dieses nehme ich an und setze ich voraus — kann dies zu einem neuen Weg führen, die Schwierigkeiten des bäuerlichen Berufsstandes wieder in den Griff zu bekommen.

Hohes Haus! Zur Regelung durch die Marktordnungsgesetz-Novelle 1985 möchte ich feststellen, daß dies einen brauchbaren Kompromiß darstellt. Ich will besonders hervorheben, daß die erste Stufe mit einer Jahreslieferung bis zu 20 000 Liter, Prämiensatz 1,20 S pro Liter, den kleinen und mittleren Lieferanten weitestgehend entgegenkommt. Da aber auch die Lieferanten mit einer größeren Menge die erste Stufe ebenfalls mit 20 000 Liter und ebenfalls mit 1,20 S abgegolten erhalten, war man bemüht, dem Gleichheitsgrundsatz im bestmöglichen Sinne Rechnung zu tragen. Für die zweite Stufe ab 20 000

bis 40 000 Liter werden 80 Groschen gewährt, und die dritte Stufe über 40 000 Liter wird unbegrenzt mit 50 Groschen abgegolten. Der Beteiligte muß sich für den Zeitraum von zehn Jahren verpflichten, weder Milch noch Milchprodukte zu erzeugen beziehungsweise auf den Markt zu bringen, wobei der Beteiligte auch eine Kontrolle durch den Milchwirtschaftsfonds zur Kenntnis nehmen muß.

Wer sich zum Milchlieferverzicht entschließt, muß sein gesamtes Kontingent mit den festgelegten Stufen aufgeben. Es ist jedoch Mutterkuh-Haltung zum Zwecke der Kälbermast und der Kälberaufzucht gestattet. Für Almen, die als solche ausgewiesen sind, gibt es eine Sonderregelung für 20 000 Tonnen Milch mit gewissen Auflagen, die jedoch nicht in der Kontingentierung inbegriffen sind.

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Die freiheitliche Fraktion wird dieser Novelle zum Marktordnungsgesetz die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.39

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Murer.

11.40

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. **Murer:** Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident Deutschmann hat vorher erwähnt, daß wir heute die 100. Plenarsitzung haben. Ich glaube, daß wir uns sehr freuen können, daß es in der 100. Plenarsitzung gelungen ist, einen Dreiparteienantrag der Bauernorganisationen zustande zu bringen, durch den das Angebot der Bundesregierung angenommen wird, in zehn Jahren mehr als 1 Milliarde Schilling für eine Rückkaufaktion von etwa 100 000 Tonnen Milch zur Verfügung zu stellen, und hier im Parlament heute auch beschlossen wird.

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Wortmeldung all jenen Kritikern, egal von welcher Seite diese kommen, ob von den Berufsvertretungen, den Sozialpartnern oder von sonstwo, die meinen, daß es sich da um arbeitsloses Einkommen handelt, widersprechen. Der Rückkauf von 100 000 Tonnen Milch stellt einen sehr hohen Wert dar. Jene Nebenerwerbsbauern — kleinere, mittlere oder auch Vollerwerbsbauern, die an dieser Rückkaufaktion teilnehmen, verzichten auf einen wesentlichen Rohertrag, ausgedrückt im bestehenden Milchpreis; sie bekommen dadurch einen wesentlich kleineren Betrag.

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. Murer

Es handelt sich also hiebei um kein arbeitsloses Einkommen, wie das in den letzten Wochen immer wieder behauptet wurde, sondern um einen ganz gezielten Vorschlag der Bundesregierung, der heute auch zur Beschlußfassung kommt.

Warum wurde das eigentlich notwendig? Die Damen und Herren Abgeordneten, die im Jahre 1984 bei den Marktordnungsverhandlungen dabei waren, haben ja damals schon gemerkt, daß der Wunsch der Verhandler da war, diese Rückkaufaktion einzuleiten. Es wurde dies deshalb notwendig, weil erstens eine immer teurere Exportfinanzierung notwendig war — vergangenes Jahr etwa 2,8 Milliarden Schilling für Milchexporte, die sicherlich in diesem Jahr das gleiche Ausmaß wieder erreichen, wenn nicht übersteigen werden —, zweitens das Auseinanderklaffen zwischen der Gesamttrichtmenge und der Summe der Einzelrichtmengen ein sehr vordergründiges Problem war, das uns dazu veranlaßt hat, diese Aktion seitens der Bundesregierung vorzuschlagen, und zwar deshalb, weil diese 100 000 Tonnen vor allem zu Lasten des Grundlohnes aller Milchlieferanten in Österreich gegangen sind. Und das konnten wir nicht mehr verantworten! Wir konnten dieses System, durch das alle Milchlieferanten gleich belastet wurden, und zwar über den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, nicht mehr verantworten.

Ein dritter und wesentlicher Grund ist aber, daß wir, da wir den zweiten Schritt eingeleitet haben, von einer gewissen Überschusssituation zu einer Entlastung kommen.

Ich bin auch der Meinung — das wurde auch in den Verhandlungen sehr deutlich ausgedrückt —, daß man im Herbst bei weiteren Verhandlungen innerhalb der Bauernorganisationen überlegen sollte, ob wir nicht zu einem denk- und durchführbaren Modell kommen können, bei dem wir weiterhin die Überschusssituation im Milchbereich mit den entscheidenden alternativen Möglichkeiten dazu führen können, auch eine wirksame Preisgestaltung in der Zukunft für unsere Landwirtschaft noch ermöglichen zu können, daß es nicht so geht wie zurzeit in der EG beziehungsweise vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, wo von Preissteigerungen keine Rede mehr ist, sondern nur mehr von Null- bis Minuspreisrunden.

Im Prinzip sind die Überschusssituation und die Verwertung dieser Produkte das eigentliche Problem der heutigen gesamteuropäischen Landwirtschaft.

Wenn wir mit viel Mut diese Situation und diese Marktordnungsmodelle liberalisieren, sodaß wir die Bauern von diesem Korsett, das man ihnen angelegt hat, schrittweise befreien, dann meine ich, daß es für die durchschnittlich rationell gut geführten Vollerwerbsbetriebe in Österreich eine sehr gute Fortentwicklung geben kann und daß daher auch sichergestellt ist, daß unsere Jungbauern in Österreich mit ihren Familien eine gute Zukunft haben können.

Der Absatzrückgang wurde vom Herrn Präsidenten Nationalrat Deutschmann angesprochen. Der Absatzrückgang im Inland ist sicher eines der Hauptprobleme, das wir im Zusammenhang mit der Milchmarktordnung sehen müssen. Nur darf man, glaube ich, das nicht so einäugig sehen, wie es manche leider Gottes noch tun, indem man meint, die Regierung soll diesen Absatz ganz einfach sichern und wir im genossenschaftlichen Bereich oder im Verwertungsbereich müssen nicht noch mehr Anstrengungen unternehmen, als es vielleicht zurzeit geschieht.

Ich glaube, daß der Inlandsabsatz und die Steigerung des Inlandsabsatzes wesentlich mehr im Vordergrund stehen müssen als die Exportmöglichkeit, die zurzeit gegeben ist. Ich habe mir nur eine Ziffer herausgeschrieben betreffend den Weltmarkt, mit dem wir konkurrieren müssen. Die Bauern und die Verwertungsorganisationen sind einer großen Konkurrenz ausgesetzt, die wir sehr bald nicht mehr bewältigen können, wenn wir nicht mit dem Abbau der Überschussproblematik zu Rande kommen und gleichzeitig Alternativen setzen.

Die Mindestpreise im Rahmen des GATT wurden erst kürzlich gesenkt und werden, wie ich jetzt in Rom vom Landwirtschaftsminister Pandolfi erfahren habe, höchstwahrscheinlich noch weiter gesenkt werden. Zurzeit sind sie von 27 auf 21 S gesenkt, sodaß sich heute bereits jede Kilogrammstützung, im Butterbereich zum Beispiel, zwischen 40 und 50 S bewegt.

Jeder Abgeordnete kann sich auch vorstellen, was passieren wird, was auf uns zukommt, wenn die EG zusätzlich zu den protektionistischen Maßnahmen der USA die Weltmärkte weiter unter Druck setzt, daß die Stützungsmittel von Bauern und vom Staat noch wesentlich erhöht werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, gerade das können wir uns weder vom Staat noch von den Bauern her in

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. Murer

Zukunft leisten, und deshalb werden wir alle gemeinsam mit der Bundesregierung die nächsten Schritte setzen, damit wir zu einem sehr guten System kommen können, wo Staat und Bauer gemeinsam für eine gute Weiterentwicklung unserer Familienbetriebe Sorge tragen werden.

Ich möchte ein Problem zum Absatzrückgang noch aufwerfen. Ich möchte hier besonders die Schulkinder, die Schulmilchaktion ansprechen. Wir haben in Österreich etwa 30 Prozent der Schulkinder in der Schulmilchaktion. Ich glaube, gerade das ist für unsere Eltern, für die Elternvereine, für die Schulkarte sowie für die Genossenschaftsvertreter eine sehr wichtige Aufgabe. Wir könnten, wenn wir uns bemühen und es zuwege bringen, durch Zusammenfinden und Zusammensetzen von Elternvereinen, Schulkarten und Genossenschaftsvertretern eine wesentliche Inlandsabsatzsteigerung zustande bringen. Ich glaube, daß es nicht Endstation sein kann, wenn nur 30 Prozent der Schulkinder an dieser Schulmilchaktion teilnehmen, sondern man könnte zumindest weit über 50 Prozent hinauskommen, um zu einer Inlandsabsatzsteigerung von etwa 30 000 bis 40 000 Tonnen zu kommen. Ich habe einige Genossenschaftseinzugsgebiete als Vergleich anzubieten. Es gibt Genossenschaftseinzugsgebiete, die sich mit den Elternvereinen und mit den Schulkarten sehr bemüht haben, wo bis zu 80 Prozent der Schulkinder im Bereich des betreffenden Genossenschaftsverbandes an dieser Aktion teilnehmen. Wir haben halt auch, wie überall im Leben, hier große Lücken drinnen, da es Genossenschaftsbereiche gibt, die nur bis zu 20 Prozent oder sogar noch weniger Schulkinder in ihrem Verband haben.

Mit Produktfindung, Werbung, der entsprechenden Ausstattung von Möglichkeiten der Direktabgabe, mit Konsumentenwerbung wird es uns in der Zukunft gelingen können, diese Absatzsituation im Inland weiter zu steigern.

Wenn durch die Aktion 30 000 bis 35 000 Kühe auf den Markt drängen werden, so wird das sicherlich zunächst eine starke zusätzliche Belastung für das Budget bringen, nur glaube ich, man kann davon ausgehen, daß dafür aber auch 30 000 bis 35 000 Kühe von der Entlastung insofern betroffen sind, als sie nicht mehr nächstes Jahr auf dem Markt aufscheinen, womit auch der Kälbermarkt eine gewisse Entlastung bringen wird.

Zu den alternativen Möglichkeiten möchte ich nur das wiederholen, was wir bei den

Besprechungen angeregt haben und was auch der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft angeregt hat, nämlich daß über die Handelbarkeit innerhalb dieses Systems im Herbst weitergeredet werden soll, daß über eine gut durchdachte Systemänderung beim Ab-Hof-Verkauf Überlegungen angestellt werden sollen und daß wir zu Produktionsalternativen in Österreich gelangen sollen, was vor allem für die ackerbaulichen Regionen Österreichs wichtig ist, mit starken ökologischen Ansätzen.

Ich glaube auch hier sagen zu können, daß die Bundesregierung sicher bereit ist, im Bereich des Eiweißfutterpflanzenanbaus — in diesem Bereich importieren wir jährlich entsprechend 250 000 Hektar — mehr zu tun als bisher, daß wir nicht 20 000 Hektar, wie wir es vorhaben, sondern vielleicht 40 000 oder 50 000 Hektar mit einer höheren Fruchtfolgeprämie pro Hektar ausstatten werden. Ich glaube, da können wir auch mit den Bauernvertretern der Opposition zu einem Konsens kommen. Ich halte das für eine sehr wichtige, rasch auszubauende Möglichkeit, vor allem weil sie bodenschonend, stark ökologisch ausgerichtet und sehr sinnvoll ist.

Hohes Haus! Ich möchte Ihnen abschließend auch noch berichten, weil es im Zusammenhang mit dem Milchmarkt, mit dem Viehexport steht, daß ich mich sehr freue, daß ich jetzt vor zwei Tagen in Rom mit Beamtenvertretern des Handelsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums, vor allem in Vertretung des Landwirtschaftsministers und des Vizekanzlers, einen, so glaube ich, doch schönen Erfolg erreicht habe, nämlich daß ich die Gefahr, daß ab 1. Juli die Zuchtrinderexporte nicht mehr möglich sein können, abwenden und zumindest so weit gut ausverhandeln konnte, daß erstens die italienische Seite zugestimmt hat, daß diese sehr strengen nationalen Importbestimmungen, die uns sehr hart getroffen hätten, ab 1. Juli nicht in Kraft treten — sie werden auf unbestimmte Zeit verschoben —, und zweitens konnte ich aushandeln, daß die Tierzuchtexperten — Vertreter der Handelskammer, Vertreter der Präsidentenkonferenz und des Landwirtschaftsministeriums — am Montag um 17 Uhr in Rom im Landwirtschaftsministerium mit den dortigen Experten gemeinsam einen Weg suchen werden, daß es zu einem günstigen, guten Kompromiß kommt, daß unsere Zuchtrinder auch in der Zukunft weiter nach Italien exportiert werden können. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.54

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gurtner.

Gurtner

11.54

Abgeordneter Gurtner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich mich mit meinem Thema befasse, ganz kurz auf die Ausführungen des Abgeordneten Pfeifer eingehen, der zur Einleitung seiner Rede die Frage gestellt hat, ob die Marktordnung in der Form, wie wir sie jetzt haben, noch zeitgemäß ist.

Man kann über alles reden, nur: Bevor wir diese Marktordnung in Frage stellen, müssen wir, glaube ich, etwas Besseres haben; deshalb wird in Zukunft doch die Marktordnung in der jetzigen Form Sicherheit im Bereiche der Produktion und des Absatzes geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in acht zum Teil sehr schwierigen Verhandlungsrunden ein Ergebnis, eine Dreiparteieneinigung zur Novellierung der Milchmarktordnung erreicht, die wir heute hier im Plenum diskutieren. Ich möchte nur einige Punkte, die mir als besonders wichtig erscheinen, ansprechen.

Noch einmal: Wieso ist es eigentlich zu dieser Änderung der Marktordnung, die doch erst vor einiger Zeit beschlossen wurde, gekommen?

Es ist schon angesprochen worden, daß im vergangenen Jahr die Milchlieferleistung leicht gestiegen ist, daß vor allen Dingen die Importe von Milchprodukten sehr stark zugenommen haben und daß der Absatz von Milchprodukten im Inland rückläufig war. Es zeichnete sich daher natürlich ein immer stärkerer und ständig steigender Finanzierungsbedarf dieser Milchüberschüsse ab. Da diese Exporte aus Absatzförderungsbeiträgen der Bauern und auch natürlich aus Mitteln des Bundes aufzubringen sind, entstand eine immer größere Finanzierungsbelastung. Dazu kommt noch, daß durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch einige Härtefallrunden, aber auch durch die Neulieferantenregelung, mehr Milchrichtmengen ausgegeben wurden, als auf der anderen Seite aus der Gesamtrichtmenge zur Verfügung stand.

Nach Berechnung des Milchwirtschaftsfonds beträgt der Überhang 100 000 Tonnen, die heute ja schon einige Male von meinen Vorrednern angesprochen wurden. Es war natürlich ein Hauptziel dieser Novelle, diese 100 000 Tonnen aus Budgetmitteln aufzukaufen und aus dem Markt zu nehmen.

Unser Wunsch, nämlich 130 000 Tonnen aufzukaufen, 100 000 Tonnen aus dem Markt zu

nehmen und 30 000 Tonnen Betrieben, die bei der letzten Härtefallrunde durch den Rost gefallen sind, zuzuteilen, wurde leider nicht berücksichtigt und massiv abgelehnt.

Wir hätten hier die Möglichkeit gehabt, diesen strukturschwachen Betrieben Hilfe anzubieten.

Zur Abstufung der Milchlieferverzichtsprämie, über die sehr lange verhandelt und zu der eigentlich gerade von Seite der Regierungsparteien bei jeder Verhandlung ein neuer Vorschlag eingebracht wurde, kann man jetzt doch sagen, daß durch die Einführung eines Sockelbetrages und durch eine sogenannte Einschleifregelung die Vernunft und die Gerechtigkeit gesiegt haben.

Ich muß auch feststellen — das geht in die Richtung von Herrn Staatssekretär Murer —, daß die Lieferverzichtsprämie in der Höhe von 100 Millionen Schilling 10 Jahre lang ganz sicherlich kein Geschenk des Bundes an die Bauern ist, sondern daß sich das Ganze durch die Einsparungen bei den Exportkosten absolut gut rechnet.

Durch die Neulieferantenregelung, die im Ministerentwurf nicht mehr vorgesehen war, ist es gelungen, ein praxisgerechtes System, das auch im Milchmarktsystem liegt, zu erreichen.

Für Betriebe, die im Vertrauen auf die alte Milchmarktregelung die Milchlieferung eingestellt haben, um als Neulieferanten eine höhere Milchliefermenge zu bekommen, hätte es nach dem Ministerantrag ebenfalls keine Möglichkeit mehr gegeben. Erst nach langen Diskussionen konnten wir uns auf eine Übergangsphase einigen. Allerdings käme es gerade bei jenen Bauern, die im Vertrauen auf das gültige Gesetz schon Investitionen getätigt haben, zu Härtefällen.

Einen ganz besonderen Stellenwert haben wir in den Verhandlungen mit Recht dem Inlandsabsatz als tragender Säule des ganzen Systems gewidmet. Denn die Aufkaufsaktion von 100 000 Tonnen Milchrichtmengen hat längerfristig nur dann einen Sinn, wenn es auch gelingt, den Inlandsabsatz zu stabilisieren, ja womöglich noch auszubauen. Vor allen Dingen gehört dazu die Weiterführung der sogenannten Inlandsverbilligungsaktionen gemäß § 9, jetzt heißt es § 11-Mittel.

Die Schulmilchaktion, die schon angesprochen wurde, ist noch ausbaufähig.

8862

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Gurtner

Die Butteraktionen konnten erfreulicherweise für die Konsumenten von zirka 8 000 auf 9 500 Tonnen ausgebaut werden, Was, so glaube ich, nicht unwichtig ist: Es konnte eine Einigung über eine verstärkte Verbilligung von 10 auf 12 S pro Kilo erreicht werden.

Die Fruchtojoghurt-Aktion, die sich heuer als außerordentlich erfolgreich erwiesen hat, sollte auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Ich habe mich auch besonders bemüht, daß die Industriebutteraktion, wo zu erwarten ist, daß es zu einem zusätzlichen Fettverbrauch kommt, weitergeführt werden kann. Allerdings — das hat ja die Vergangenheit gezeigt — wird sie wirklich nur dann zielführend sein, wenn sie als Daueraktion geführt wird.

Die Durchführung der Verfütterung von Flüssigmagermilch, um Exportkosten zu sparen, ist eigentlich schon überfällig.

Die immer mehr werdenden Importe von Milchprodukten aus dem Ausland, die vor allem im vergangenen Jahr sehr stark zugenommen haben, müssen in einem ersten Schritt einmal abgebremst und in einem zweiten Schritt verringert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach langem Ringen und nach schwierigen Verhandlungen konnte doch noch ein Kompromiß erzielt werden — in der letzten Minute, muß man sagen —, und der Initiativantrag wird von allen drei Parteien beschlossen; trotzdem muß ich hier deponieren, daß viele, wie mir scheint ganz wichtige und entscheidende Fragen offengeblieben sind.

Ich habe mich besonders dafür eingesetzt, anschließend an diese Aufkaufsaktion die kontrollierte Handelbarkeit der Milchrichtmengen folgen zu lassen. Wir wissen alle, daß ohne diese kontrollierte Handelbarkeit in den nächsten Jahren keine Richtmengen freiwerden und daher auch keine Milchrichtmengen zugeteilt werden können. Es gibt zwar eine Absichtserklärung aller drei Fraktionen, im September darüber weiterverhandeln zu wollen. Es ist aber bedauerlich, daß — aus mir unverständlichen Gründen — dieses Wollen, welches auch im Antrag festgehalten ist, nicht durchgeführt werden konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Richtmengenstilllegung — das wurde ja hier auch schon angesprochen — werden in der nächsten Zeit zwischen 30 000 und 40 000 Kühe zusätzlich auf

den Markt drängen. Ohne zusätzliche Bundesmittel wird es nicht möglich sein, zu verhindern, daß die Rinderpreise noch stärker unter Druck kommen, als das zurzeit der Fall ist.

Ich sage das deshalb, weil sich der Bund immer mehr aus der Exportfinanzierung zurückziehen will und die Länder immer mehr zur Kasse bittet. (*Staatssekretär Ing. Murer: Das stimmt nicht!*)

Wir erwarten überhaupt eine viel offensivere Exportpolitik, vor allem auf dem Zuchtrindersektor. Ich habe Ihre Ankündigung, Herr Staatssekretär, gehört, daß diesbezüglich Verhandlungen stattfinden, und ich hoffe, daß nach diesen Verhandlungen der Diskriminierung und den Schikanen, die jetzt schon länger als ein halbes Jahr beim Rinderexport an der italienischen Grenze gang und gäbe sind, endlich ein Ende gesetzt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich werden alle Betriebe, die jetzt diese Milchmengen verkaufen und sich von der Kuhhaltung lösen, nach anderen Produktionen, nach Produktionsalternativen, Ausschau halten. Es ist, glaube ich, eine große Herausforderung für die Beratung, zu verhindern, daß diese Betriebe jetzt auf den sowieso schon überfüllten Schweinemarkt drängen.

Die möglichst rasche Verwirklichung der kleinen Alternativen in der Mast von Stieren, Kalbinnen bis zu Kälbern und der großen Alternativen, die heute auch schon angesprochen worden sind — die Ölsaaten, der Biosprit und die Eiweißfutterpflanzen —, liegt im Interesse der die Produktion suchenden Betriebe. Nur dann, wenn es gelingt, all diese aufgezeigten flankierenden Maßnahmen zu verwirklichen, können wir erwarten, daß wieder Ruhe in die Milchproduktion und auf dem Milchmarkt einkehren. Es werden jene bäuerlichen Familien und Betriebe, die von der Milchproduktion leben, wieder eine Chance für die Zukunft sehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

12.08

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schober.

12.08

Abgeordneter Schober (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So mancher Bauer wird sich fragen, warum nach verhältnismäßig kurzer Zeit, nach einem Jahr, nachdem wir 1984 zur gleichen Zeit die Marktordnung

Schober

novelliert haben, bereits wieder eine Reparatur der Marktordnung, eine neuerliche Novellierung notwendig ist. Viele Bauern fragen, ob es nicht möglich wäre, die Agrarpolitik so zu konzipieren, daß auch für die Bauern eine größere Sicherheit in der Form gegeben ist, daß die Marktordnung den vollen Zeitraum auslaufen kann.

Die Antwort ist einfach, aber hart: Wir haben im Milchbereich — wir müssen das offen zugeben — eine krisenhafte Situation. Wir können die Exportfinanzierung mit den herkömmlichen Mitteln einfach nicht mehr bewältigen, und zwar bedingt durch einen stagnierenden Absatz von Milch- und Molkeprodukten. Deswegen wird meiner Meinung nach dieser Novellierung sehr bald eine grundsätzliche Reform der gesamten Marktordnung folgen müssen. Hier stimme ich voll meinem Freund Pfeifer zu, der ebenfalls dieser Meinung war.

Herr Kollege Gurtner! Die derzeitige Marktordnung braucht nicht in Frage gestellt zu werden. Was wir wollen, ist eine sinnvolle Reform, weil wir heute in der Mitte der achtziger Jahre stehen und einfach eine andere Situation haben als damals, als die Marktordnung beschlossen wurde. Vor 30 Jahren war sie sicher in der derzeitigen Form notwendig.

Die sozialistischen Bauern sind der Milchlieferverzichtsprämienaktion gegenüber von allem Anfang an positiv eingestellt gewesen. Wir wissen, daß damit positive Auswirkungen im Einkommen der Bauern zu erwarten sind. Es hat zähe Verhandlungen gegeben, und zwar vor allem deshalb, weil die Österreichische Volkspartei — aber ich glaube, daß das ihr gutes Recht als Oppositionspartei ist — all das hineingepackt hat, was gut und teuer ist, aber auch deshalb, weil sie von den eigenen Fehlern ablenken wollte, die sie in der Vermarktung gemacht hat.

Ich freue mich darüber, daß sich der Standpunkt der SPÖ-Bauern in einer sehr wichtigen Frage durchgesetzt hat, nämlich in der Frage der degressiven Staffelung. Hier ist es so, daß wir den sozial Schwächeren, also jenen Bauern, die ein kleines Kontingent haben und wenig Milch liefern, eine höhere Prämie, nämlich 1,20 S bis 20 000 kg, 80 Groschen bis 40 000 kg und 50 Groschen bei einem höheren Kontingent, zahlen können.

Ich möchte auch die Almmilchregelung als eine besonders wichtige Maßnahme herausstreichen, mit der nämlich die Bewirtschaftung der Almen — was vor allem für unseren Fremdenverkehr wichtig ist — auch in

Zukunft sichergestellt ist. Es wurde heute schon erwähnt, daß die „Milchbeichte“ abgeschafft worden ist — wir haben jetzt ein vereinfachtes Verfahren —, ich darf aber doch in Erinnerung rufen, daß diese sogenannte Milchbeichte in der harten Form, wie sie vor einem Jahr beschlossen wurde, auf ausdrücklichen Wunsch der ÖVP in die Marktordnung hineingenommen wurde. Sie wurde praktisch aus der Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung der ÖVP abgeschrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gesagt, daß eine grundsätzliche Reform der Milchwirtschaft meiner Meinung nach notwendig sein wird, und zwar mit dem Ziel, daß es mehr Konkurrenz unter den Molkereien geben muß, wie das in anderen Wirtschaftsbereichen ja auch gegeben ist, bei gleichzeitig vollem Schutz der Bauern. Ich weiß, daß das sehr schwierig sein wird, halte aber eine solche Reform für durchaus machbar.

Die Ursache der heutigen Schwierigkeiten ist ein stagnierender, zum Teil sogar stark rückgängiger Inlandskonsum von Molkereiprodukten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen auch wissen, warum das der Fall ist. Butter und Käse sind einfach zu teuer geworden. Diese Lebensmittel stehen in einer direkten Konkurrenz zu anderen von den Bauern erzeugten Lebensmitteln, insbesondere zum vor allem derzeit verhältnismäßig billigen Schweinefleisch, und werden deshalb, weil eben Butter und Käse zu teuer und für viele kinderreiche Familien vielfach unerschwinglich geworden sind, einfach nicht mehr gekauft.

Selchkarree oder Selchroller kosten 60 bis 70 S, Dauerwaren aus dem Schweinefleischbereich zwischen 80 und 100 S. Die Salamistange wird in einer Aktion mit unter 100 S angeboten. Der Preis für Butter soll jetzt eine Steigerung von 8 S erfahren. Käse kostet in mittlerer Qualität 120 bis 140 S. Eine weitere Preiserhöhung steht bevor.

Da machen die Konsumenten nicht mehr mit! Wir, die wir für die Agrarpolitik Verantwortung tragen, sind verpflichtet, eine grundsätzliche Reform durchzuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich könnte mir diese so vorstellen, daß der Marktschutz für die Bauern aufrecht bleibt. Das heißt, die Abnahmegarantie, ein einheitlicher Milchpreis und auch die Freimengenregelung werden beibehalten, aber es soll ein freier Wettbewerb zwischen den Molkereien herrschen.

Schober

Meine Damen und Herren! Heute ist es so: Einer Molkerei, die einen Gewinn erwirtschaftet, weil sie ein gutes Produkt erzeugt und es auch verkaufen kann, wird dieser Gewinn abgeschöpft. Erwirtschaftet sie sich aber einen Verlust, dann wird er ihr voll ersetzt. Es gibt Molkereien, die durchaus ein gutes Produkt erzeugen, zum Beispiel Käse, aber aufgrund der de facto noch bestehenden Regelung, daß man nur in einem gewissen Gebiet verkaufen darf, die Milch zu einem Produkt, das man leicht verkaufen könnte, nicht verarbeiten dürfen. Sie werden gezwungen, die Milch über Hunderte Kilometer an andere Verarbeitungsbetriebe zu liefern, und dieser Verarbeitungsbetrieb erzeugt dann einen Käse, den er nicht verkaufen kann und der dann um Milliarden Schilling ins Ausland exportiert werden muß. Ein solches System, meine Damen und Herren, ist unhaltbar! Deswegen, glaube ich, müssen wir so schnell wie möglich an diese grundsätzliche Reform herangehen.

Ich glaube aber, daß darüber hinaus auch ein Umdenken im gesamten Genossenschafts- und Raiffeisenbereich notwendig ist. Kein Mißverständnis, meine Damen und Herren: Ich bin als Agrarpolitiker, aber auch als Bauer ein überzeugter Genossenschafter; allerdings nur dann, wenn die Genossenschaften mit jenen Zielvorstellungen arbeiten, wie sie jetzt vor fast genau 100 Jahren Friedrich Wilhelm Raiffeisen für die Bauern gebracht hat (*Beifall bei der SPÖ*), nämlich daß die Bauern einen wirtschaftlichen Schutz vor der Ausbeutung durch das Kapital erhalten. Wenn wir heute viele Genossenschaften — nicht alle, das gebe ich gerne zu — anschauen, so stellen wir fest: Es ist genau das Gegenteil von dem eingetreten: Raiffeisen ist ein wirtschaftlicher Gigant geworden.

Erst vor wenigen Tagen hat Generalanwalt Dr. Klauhs die neuen Umsatzzahlen 1984 veröffentlicht: 533 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren! Das österreichische Budget 1984 hat 402 Milliarden Schilling betragen. Das heißt, der größte wirtschaftliche Gigant in diesem Lande mit einem Umsatz, der größer ist als das gesamte Bundesbudget, ist heute Raiffeisen bereits geworden, mit einer Umsatzsteigerung von 9,5 Prozent, mit Marktanteilen bei der Verarbeitung von Milch von 90 Prozent und zwei Dritteln bei Getreide. (*Abg. Schwarzenberger: Die CA allein hat schon mehr!*) Vielleicht, meine Damen und Herren, ist es irgendwo symptomatisch, daß bei der Verwertung von landwirtschaftlichen Produkten die größten Schwierigkeiten sowohl für den Steuerzahler als auch für den

Bauern dort bestehen, wo der Marktanteil der Genossenschaften am höchsten ist, nämlich bei der Milch mit 90 Prozent.

Meine Damen und Herren! Etwas auch noch zu einer Argumentation, die mir unverständlich ist. Die ÖVP und ihre Funktionäre argumentieren immer damit, daß es den Bauern wirtschaftlich schlechter gehe. Aber Raiffeisen expandiert, Raiffeisen geht es wirtschaftlich immer besser, Raiffeisen schreibt höhere Umsatzzahlen und immer höhere Gewinne! Da kann doch im System irgend etwas nicht stimmen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Deswegen glaube ich, daß wir alle gemeinsam, meine Damen und Herren — vor allem Sie vom Bauernbund, denn ich glaube schon, daß Sie dieses Unbehagen spüren; andernfalls haben Sie den Kontakt zur Landwirtschaft verloren, denn sonst müssen Sie von seiten der Bauernschaft dieses Unbehagen einfach spüren —, auch mit einer solch grundsätzlichen Reform an Raiffeisen herantreten, daß wir verhindern sollten, daß Raiffeisen in immer andere, fremde, bauernfremde Bereiche hineingeht: in den Immobilienbereich, in Reisebüros. Raiffeisen hat internationale Kapitalbeteiligungen in unvorstellbarem Ausmaß und vor allem eine heute bereits dominierende Stellung im Printmedienbereich: „Trend“, „profil“ und „Kurier“ darf ich nur erwähnen. Meine Damen und Herren! Daß man hier die Gewinne hineinsteckt als Zuschüsse, halte ich als Bauer für eine Verschwendung von Bauerngeldern durch Raiffeisen, weil ich einfach glaube, daß man damit die Betriebsmittel ein bißchen verbilligen könnte. Das wäre ein wesentlicher Beitrag. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist heute viel von Alternativen gesprochen worden. Auch ich glaube, daß sie einfach notwendig sind, ganz gleich, ob es sich dabei um den Anbau von Eiweißpflanzen, von Ölsaaten, aber auch von Biosprit handelt. Und ich sage ein grundsätzliches Ja zu dieser alternativen Produktion. Ich frage mich aber nur, warum zum Beispiel auch wieder Raiffeisen so wenig in den Gedanken investiert, daß man die Importe von eiweißhaltigen Futtermitteln durch eine heimische Produktion ersetzen könnte, zum Beispiel die Pferdebohne, die man in der landwirtschaftlichen Produktion bei uns direkt verwenden könnte. Ich kenne auch die Antwort: Da verdient man halt nichts daran. Aber man verdient sehr wohl, wenn man Eiweißfuttermittel importiert! Da genügt nämlich ein Telefonanruf, und man hat eine Spanne von 30 Prozent. Auch beim Export von Getreide — zwei Drittel Raiffeisen-Domäne, darf ich

Schober

sagen — verdient man wiederum. — Man hat kein Interesse an einer heimischen Produktion.

Auch zu Biosprit sind wir grundsätzlich positiv eingestellt, allerdings unter der Bedingung, daß nicht wieder ein zusätzlicher Monopolbetrieb für Raiffeisen entstehen darf, und vor allem, daß für die Landwirtschaft etwas Positives dabei herauskommt, nämlich daß es zu einer Entlastung des Getreidemarktes kommt und daß vor allem die Einkommen der Bauern dadurch höher werden. Das ist für uns der wesentliche Grund, warum wir glauben, daß es derzeit nicht sinnvoll ist, daß es zu einem Biospritprojekt kommt.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, vor allem vom Bauernbund! Ich darf einen sehr ernststen Appell und eine Bitte an Sie richten. Vor einigen Wochen, vor zirka einem Monat, hat es eine Vorgangsweise in der Agrarpolitik vor allem in Niederösterreich gegeben, die ich nur als ungeheuerlich bezeichnen kann, nämlich als niederösterreichische Bauernbundfunktionäre niederösterreichische Bauern aufgehetzt haben, den Bau einer internationalen Ferngasleitung durch Österreich so lange zu verhindern, solange nicht ein Biospritprojekt in Österreich eingeführt wird.

Das ist nichts anderes als ein politischer Erpressungsversuch! Es ist mir unverständlich, daß man die berechtigten Sorgen und Nöte der österreichischen Landwirtschaft in einer so schamlosen Weise dazu mißbraucht. (Abg. Dipl.-Ing. *Flicker*: Das ist ein Blödsinn!) Das ist kein Vorwurf an Sie, die Sie hier sitzen, denn einige von Ihnen — ich brauche die Namen nicht zu nennen — haben sich davon distanziert. Aber überlegen Sie sich, welch großes Verständnis wir Bauern auch von den Sozialpartnern brauchen, damit wir unsere Wünsche durchsetzen können! Über 20 Milliarden sind es immerhin, die wir aus dem Steuertopf in Österreich erhalten. Da, glaube ich, können wir und können Sie vor allem einfach nicht ja sagen zu einer solchen Vorgangsweise. 7 Milliarden Schilling an Investitionen in Österreich stellen Sie in Frage, davon allein für die österreichischen Bauern 380 Millionen Schilling an Grundablösen!

Meine Damen und Herren! Das wird sicherlich auch keine positiven Auswirkungen im Bereich der Preisverhandlungen haben, die wir derzeit bei der Milch und vor allem auch beim Getreide zu führen haben. Deshalb mein Appell an Sie, dafür zu sorgen, daß es doch

noch in letzter Stunde zu einem Einlenken kommt.

Zurückkommend zur Marktordnung und zur heutigen Novellierung darf ich folgendes feststellen: Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Günter Haiden hat sich wieder einmal als ein guter Anwalt der österreichischen Bauern bewährt. Ich möchte besonders seine vorbildliche Verhandlungsführung herausstreichen, wo er mit großem Geschick die bäuerlichen Interessen gewahrt hat; im Gegensatz — ich darf das auch sagen — zu so manch anderem, der nur die Interessen der Molkereiwirtschaft im Auge gehabt und diese vertreten hat. (Zwischenruf des Abg. *Gurtner*.) Es waren auch Funktionäre der Milchwirtschaft dabei. Ich brauche die Namen nicht zu nennen. Herr Abgeordneter Gurtner, ich darf Sie ausdrücklich ausnehmen, Sie habe ich nicht gemeint!

Meine Damen und Herren! Ich darf aber vor allem meinen Dank auch dem Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky aussprechen. Es sind jährlich weitere 100 Millionen Schilling, in einem Jahrzehnt also weit über 1 Milliarde Schilling, die zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, daß diese Zahlen ein schlagender Beweis dafür sind, daß die österreichische Bundesregierung sich ihrer Verantwortung gegenüber den Bauern auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voll und ganz bewußt ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wir werden deshalb dem vorliegenden Gesetzentwurf aus Überzeugung, daß er notwendig ist, unsere Zustimmung erteilen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 12.24

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hintermayer.

12.24

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident Gurtner hat gemeint, daß die Exporte, die Rinderexporte, rückläufig und nach seinem Geschmack nicht ausreichend seien.

Ich kann ihm mit einem offiziellen Papier des Ministeriums beweisen, daß noch nie zuvor so viel exportiert wurde wie im letzten Jahr. Die Gesamtexporte sind um mehr als 38 Prozent ausgeweitet worden, mehr als 1 Milliarde Schilling wurde aufgebracht. Ich bitte das Landwirtschaftsministerium, daß es diese Aktion so weiterführt wie bisher. (Abg. *Gurtner*: Wenn es geht, auch ein bißchen besser!)

8866

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Hintermayer

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Weinbauer und Getreidebauer zur Milch spricht, ist es etwas Außergewöhnliches. Aber es soll die Solidarität der Wein- und Getreidebauern mit den Milchbauern beweisen, denn es gibt eben bei den Milchbauern und bei den Milchbetrieben Betriebe, die ohne Milch nicht existieren könnten. Gerade für diese Betriebe müssen wir alle gemeinsam versuchen eine Lösung zu finden.

So sind wir eben 1985 angestanden, hier einen neuen Weg zu beschreiten. Es gab eine Mehranlieferung von Milch. Der Absatzrückgang hat uns sehr zu schaffen gemacht, aber auch die Schwierigkeiten im Export haben hier zu Buche geschlagen. Wir haben alle Möglichkeiten überprüft, welche Maßnahmen zu treffen wären, um aus dieser Situation herauszufinden: Erhöhung der Absatzförderungsbeiträge; sicherlich eine sehr, sehr harte Maßnahme. Wir haben uns dann auf die Milchlieferverzichtsprämie geeinigt, die schon längere Zeit in Diskussion gestanden ist und, wie wir in den letzten Wochen und Monaten gehört haben, auch in der Bundesrepublik mit großem Erfolg praktiziert wurde, wo man über 1 Million Tonnen Milch aus dem Verkehr gezogen hat.

Die Vertreter der Regierung, der Herr Minister, der Herr Staatssekretär, haben dann die Verhandlungen mit dem Herrn Finanzminister aufgenommen und ihn dazu gebracht, daß er uns zugesagt hat, 100 Millionen für diese Milchverzichtsprämie bereitzustellen, womit die Möglichkeit geschaffen wurde, 100 000 Tonnen aus dem Verkehr zu ziehen, 100 000 Tonnen Milch abzusaugen.

Die Konsumentenvertreter werden natürlich meinen, daß sei ein neuerliches Geschenk an die Bauern, das sei eine weitere Subvention. In Wirklichkeit, glaube ich, trifft es mehrere Sparten. Es ist in erster Linie eine agrarpolitische Maßnahme, weil sie den Milchmarkt beträchtlich entlastet. Und es ist sicherlich auch eine sozialpolitische Maßnahme, da sie gerade jene Zielgruppen der Milchbauern anspricht, die schon aufgeben wollten, die schon immer überlegt haben aufzugeben, sich einen Arbeitsplatz in der Industrie, im Baugewerbe oder sonstwo zu suchen, wodurch die Arbeitsmarktsituation noch mehr belastet würde, oder aber auch eine Maßnahme für jene, die schon einem Zu- und Nebenerwerb nachgehen, aber die Frau zu Hause noch heftig und kräftig einspannen und schuften lassen. Für diese Zielgruppen ist diese Überlegung angestellt worden.

Ich glaube, es wurde damit auch eine budgetpolitische Maßnahme gesetzt: 100 Millionen aus dem Budget, um 100 000 Tonnen aus dem Verkehr zu ziehen. Wenn wir 100 000 Tonnen mehr exportieren müßten — Sie haben heute schon die Zahlen vom Herrn Staatssekretär gehört —, wäre ein Vielfaches an Budgetmitteln notwendig, um diese Menge über die Grenzen hinauszubringen. Ich glaube, daß es deshalb auch eine budgetpolitische Maßnahme ist und der Finanzminister etwas einsparen kann.

Ich glaube, daß wir heute in dieser 100. Sitzung eine Novelle zur Marktordnung beschließen, die sicherlich für alle erträglich ist und von allen angenommen werden kann.

Appellieren aber möchte ich noch an die Genossenschaften, an den Fonds und an alle, die mit Milchabsatz befaßt sind, aber auch an die Schulen, die die Schulmilchaktion durchführen sollten und bereits durchführen, aber vielleicht in einem noch größeren Ausmaß durchführen könnten, eine Absatzoffensive im Inland zu beginnen, eine noch größere Produktpalette auf den Markt zu bringen und anzubieten, die sich vor allem mit den ausländischen Qualitäten messen kann.

Wir wissen, daß die Agrarpolitik immer schwieriger wird. Sie brauchen nur täglich die Zeitungen zu lesen, dann sehen Sie, wie es in der EWG zugeht, welch große Barrieren dort zu überwinden sind.

Ich glaube, es ist daher richtig und notwendig, daß wir immer im Gespräch bleiben.

Der Herr Präsident Deutschmann hat ja heute erwähnt, daß er darauf Wert legt, daß wir verschiedene andere Maßnahmen im Herbst oder im Winter dann weiter zur Diskussion stellen. Wir werden zunächst abwarten, wie diese Aktion nun einschlägt. Ich bin auch dafür, daß wir ohne Emotionen im Winter oder im Spätherbst weitere Gespräche führen.

Es ist aber sicherlich auch notwendig, daß wir uns alle gemeinsam bemühen, im agrarischen Sektor nach Alternativen Ausschau zu halten, denn wir müssen auf mehreren Beinen stehen, sonst wird dieses System zusammenbrechen. (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann.*) Auch gemeinsame Lösungen finden. Sicherlich, Herr Abgeordneter! Ich bin sehr dafür und begrüße es, wenn alle viele Vorschläge einbringen, die überprüft und dann in die Tat umgesetzt werden können, die dem Landwirt letztlich etwas

Hintermayer

bringen und den bäuerlichen Menschen das Überleben garantieren.

Es wird aber nicht gehen, wenn man das Gesprächsklima vergiftet und wenn man mit Lizitationen zu Felde zieht, denn dort wird es nur Fronten geben, starre Fronten, die unüberwindlich sind.

Ich glaube, daß die Agrarpolitik wirklich alle angeht. Die Agrarpolitik soll in erster Linie denen dienen, die in der Agrarwirtschaft tätig sind, aber letztlich auch den Konsumenten, unseren Kunden.

Diese heutige Novelle, die ein gemeinsamer Antrag aller drei Parteien war, zeigt, daß wir uns bemüht haben, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, und ich glaube, wir haben eine taugliche Lösung gefunden.

Meine Fraktion wird selbstverständlich dieser Marktordnungsgesetz-Novelle ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 12.32

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Leitner.

12.32

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einleitend einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schober.

Man möchte sagen: Wenn einem Agrarpolitiker nichts mehr einfällt oder nichts Gescheites einfällt, dann schimpft er auf die Genossenschaften. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das hat Schober heute wieder einmal sehr treffend gemacht. Bei den Umsatzzahlen rechnet er Geld, Ware, Milch, Vieh, alles schön zusammen und kommt dann natürlich zu gigantischen Summen. Das ist ungefähr so, wie wenn wir den Konsum mit der BAWAG zusammenzählen würden und dann auf ähnliche Milliarden kämen.

Er wirft dann der Landwirtschaft vor oder er rechnet ihr vor, daß sie 20 Milliarden Schilling Subventionen erhält, während wir immer sagen, wir stehen bei 2 Milliarden an Beihilfen. Er rechnet hier auch alles zusammen. Sogar die Mittel rechnet er noch ein, die die Bauern selber für die Absatzförderung zahlen. Und dann natürlich die Mittel für die Sicherung der Pensionen. Ich nehme an, bei den 20 Milliarden hat er auch noch die Kinderbeihilfen — so wie in der Vergangenheit — dazugerechnet, denn sie sind bei den Bauern auch eine Subvention.

Herr Abgeordneter Schober! Der Lateiner hat ein treffendes Sprichwort (*Ruf bei der ÖVP: Si tacuisses...*): Si tacuisses, philosophus mansisses! Auf gut deutsch übersetzt heißt das: Hätten Sie geschwiegen, könnten wir Sie noch weiterhin als gescheiterten Menschen anschauen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat heute eine sehr maßvolle Rede gehalten. Er hat gesagt, daß wir die Ursache der immer größer werdenden Überschüsse bei den landwirtschaftlichen Produkten beachten müssen, also bei Getreide, bei Milch, bei Rindern. *(Abg. Dr. Gradenegger: Am Markt vorbeiproduzieren!)* Die Marktordnung — so hat es geklungen — sei eine maßgebliche Ursache dafür.

Ich glaube, wir sollten uns doch wohl einig sein: Wenn es in Europa oder in der Welt eine größere gewaltsame Auseinandersetzung geben würde, dann würden sich die heute so viel beklagten Überschüsse sehr rasch in einen sehr großen Mangel verwandeln, und wir würden uns dann hier nicht darüber unterhalten, daß wir 100 000 Tonnen Milch aus dem Markt nehmen, sondern wahrscheinlich darüber, was die Bauern tun könnten, um mehr Butter zu erzeugen.

Denn etwas muß uns ja klar sein: daß diese Überschüsse in Summe nicht in Österreich wachsen. Wir haben einen ausgesprochenen Mangel bei Speisefett, 95 Prozent, wir importieren 500 000 Tonnen Eiweißfuttermittel. Da geht es nicht so einfach, Herr Abgeordneter Schober, zu sagen: Die Genossenschaften sollen nicht importieren! Da hat die Agrarpolitik und hat die Regierung die notwendigen Maßnahmen zu setzen, damit diese Erzeugnisse im Inland hergestellt werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wissen auch, welchen großen Mangel wir an Energiestoffen haben. Auch die Energie hat früher die Landwirtschaft erzeugt, und heute kommt sie eben aus anderen Quellen. Das ist die große Problematik.

Jetzt ist es sicher richtig, daß der wichtigste Teil der heutigen Marktordnungsgesetz-Novelle die Herausnahme dieser 100 000 Tonnen Milcherzeugung durch eine Milchlieferverzichtsprämie ist und daß das eine Erleichterung für den Milchexport ergibt.

Der Österreichische Bauernbund hat schon zu Beginn einer solchen Aktion und Maßnahme zugestimmt, wenn der Bund die Kosten trägt.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Bei den Verhandlungen ist auch deutlich geworden, daß der Bauer der Grünlandgebiete, der Berggebiete von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch machen kann, schon nicht wegen seiner Futtergrundlage. Er kann ja sein Gras, das er erzeugt, und sein Heu nicht selber fressen, sondern das muß über das Rind geschehen.

Daher ist es umsomehr notwendig, daß für diese Gebiete keine Verschlechterung der Milchliefermöglichkeiten eintritt. Der Nutzen sind dann also die um 10 Groschen geringeren allgemeinen Absatzförderungsbeiträge, wenn sie ganzjährig wirksam werden.

Ich möchte hier sehr deutlich sagen: Die Bauern sollen sich keiner Illusion hingeben, wenn sie hören: 10 Groschen weniger allgemeiner Absatzförderungsbeitrag. Der sinkt dann nicht von 27 auf 17 Groschen. Es ist sogar zu befürchten, daß er um weitere 5 Groschen ansteigt, trotz dieser Maßnahme, die wir setzen. Daher war für mich unverständlich, Herr Bundesminister, daß Sie bei der Ankündigung flankierende Maßnahmen gefordert haben, die für den Bauernbund nicht annehmbar waren.

Ich möchte nur auf einen Punkt zu sprechen kommen: auf den Wegfall der Almmilchlieferbegünstigung mit Ausnahme des Ab-Hof-Verkaufes auf der Alm. Das wäre doch eine große Benachteiligung der Almen gewesen, insbesondere der entlegenen. Es gab natürlich auch sozialistische Politiker der westlichen Bundesländer, die sehr deutlich erklärt haben: Die Almmilchregelung muß bleiben! Sie haben die gleiche Meinung vertreten wie wir, aber bei den langen Verhandlungen war von ihrem Einfluß in ihrer Partei nicht allzuviel zu spüren.

Ich möchte anerkennen, Herr Minister, daß Sie angeboten haben, 20 000 Tonnen Überlieferung anzuerkennen und dann jeder Alm ein eigenes Kontingent zuzuteilen. Aber gerade diese Maßnahme, Herr Minister, ist beinahe unmöglich. Es würden dadurch neue Härten entstehen, neue Ungerechtigkeiten, es wäre eine sehr komplizierte Verwaltung notwendig.

Wir haben gehört, daß von 5 005 Almen Milch geliefert wird und insgesamt aus der Almwirtschaft 37 000 Tonnen Milch kommen. Davon sind etwa 15 000 Tonnen sogenannte Überlieferung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß die Almwirtschaft sehr verschiedene Besitzverhältnisse und Bewirt-

schaftungsformen kennt, von der Privatalm zur Interessentschaftsalm, zur Gemeindealm, von der Maiensässe bis zur Hochalm, daß sie sehr stark den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind, weil es ja heuer auf den Almen wieder sehr häufig geschneit hat, und daß vor allem für das Zinsvieh, das kleinere, wirtschaftsschwache Bauern auf fremde Almen aufreiben, keine Regelung gefunden werden konnte.

Daher hat der Österreichische Bauernbund gesagt, die Almmilchregelung muß bleiben, der Mißbrauch soll verhindert werden. Ich glaube, mit dieser Novelle ist im wesentlichen dieses Ziel erreicht und der Angriff auf die Almbauern abgewehrt worden.

Die Almwirtschaft ist ein Gesundbrunnen. Sie ist notwendig zur Erhaltung der Erholungslandschaft. Sie ist notwendig zur Sicherung der Bergbauern. Heute wird viel geredet über natürliche Produktionsbedingungen. Wo sind denn diese natürlichen Produktionsbedingungen besser verwirklicht als auf der Alm? (Abg. Dr. Gradenegger: Da gibt's ka Sünd!)

Es ist heute schon gesagt worden, daß ein großer Mangel der Novelle der ist, daß es für den Ab-Hof-Verkauf zu keiner Regelung gekommen ist. Herr Minister, ich möchte hier deutlich sagen: Im Dezember 1984 waren sich die Vertreter der westlichen Bundesländer in allen Parteien einig. Wir hätten eine solche Regelung zustande gebracht.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat gemeint, das wäre so schwierig, weil die Konsumenten diesen Ab-Hof-Verkauf wollen, weil aber die Marktordnung es nicht zuläßt. Wir bedauern, daß es jetzt nicht gelungen ist, diesen Ab-Hof-Verkauf in die Marktordnung einzubeziehen; das wäre ja unser Ziel gewesen.

Es ist für einen Bauernbundabgeordneten sicher nicht ganz leicht, dem Ab-Hof-Verkäufer zuzumuten, für jeden Liter Milch, den er ab Hof verkauft oder im Jahr 1985 verkauft hat, 2,60 S an den Fonds abzuführen. Das hätte unser Vorschlag bedeutet. Wir hätten damit die derzeitige Situation in den Griff bekommen. Man kann aber dem Bauern, der für diesen Ab-Hof-Verkauf derzeit ja keine Hofrichtmenge hat, mit Fug und Recht nicht zumuten, daß er 6,60 S an den Fonds abführt, wenn er einen Milchpreis vom Konsumenten von 8 bis 9 S erhält.

Und dann hat es von Regierungsseite geheißt: Das Gesetz wird vollzogen — durchzie-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

hen — strafen! Ich möchte der Verwaltung das gar nicht zumuten, weil ich auch der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter nicht zumute, jedem Bauarbeiter, der auf einem Bau an einem Sonntag oder Samstag einmal schwarz arbeitet, dann zu sagen: Sie, Herr, Sie haben jetzt die Sozialversicherung hinterzogen, Sie haben jetzt die Lohnsteuer hinterzogen, und jetzt wird gestraft!

So geht es ja nicht, und daher, glaube ich, hat der Staat, hat die Verwaltung, haben aber auch wir alle hier in diesem Haus die Verpflichtung, vernünftige Lösungen zu suchen.

Über die Handelbarkeit wurde auch schon gesprochen. Ich glaube, das wäre ein weiterer wichtiger Punkt, um die Marktordnung sinnvoll anwenden zu können. Ansonsten werden die Milcherzeuger in sich ein geschlossenes System, es gibt keine Möglichkeit der Strukturanpassung.

Und wenn es geheißen hat, daß beide Anliegen im Herbst von den politischen Parteien weiter besprochen werden sollen und diesbezüglich gegenseitige Zusagen vorliegen, dann kann doch erwartet werden, daß wir in Kürze eine weitere Novelle beschließen, die notwendig ist, um der Milchwirtschaft und den Milchbauern das zu bringen, was sie brauchen.

Wenn hier vom Herrn Staatssekretär außer Dienst Schober bemängelt wurde, daß die Genossenschaften zuwenig Konkurrenzverhältnis in sich haben (*Abg. Dr. Gradenegger: Das ist ein Monopol!*), dann hat der Herr Staatssekretär unseren Initiativantrag, der dann auf Wunsch des Landwirtschaftsministers wieder zurückgezogen wurde, schlecht oder nicht gelesen (*Abg. Dr. Mock: Jawohl!*), denn darin hätten wir eine solche Regelung vorgeschlagen. Aber Sie haben das nicht zugelassen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich halte es also für unverantwortlich, eine Regelung, die von uns vorgeschlagen wird, zu kritisieren, weil wir sie nicht durchführen, wenn Sie selber sie ablehnen. Da müssen Sie sich schon einig werden, was Sie wollen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Steigerung des Inlandsabsatzes. In Österreich ist der Verbrauch von Milchprodukten, besonders auch von Käse, gegenüber unseren Nachbarländern weit zurückgeblieben.

Ich glaube daher, daß es so notwendig war, im Rahmen dieser Verhandlungen auch die Inlandsaktionen zu sichern. Diese Inlandsak-

tionen bringen einen Vorteil für den Konsumenten, nämlich billigere Lebensmittel, bringen für den Bauern den Vorteil eines besseren Absatzes. Ich freue mich, daß auch hier die Verhandlungen in etwa einen positiven Abschluß finden konnten.

Daß es eine Industriebutter-Aktion gibt, finde ich sehr gut. Damit wird die Qualität der Backwaren verbessert, denn die Butter ist ein echtes Naturprodukt. Und wenn wir schon immer von Naturprodukten reden, dann sollten wir sie auch konsumieren.

Es ist auch notwendig, die Käseimporte in den Griff zu bekommen, die sogenannten Wasserkäse in die Quotenregelung einzubeziehen. Im ersten Quartal 1985 wurden über 1 000 Tonnen mehr Käse importiert, das sind 73 Prozent Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Dazu kommt der stille Import grenznaher Gebiete. Und wir haben eine sehr lange Grenze gegenüber Deutschland. Das zeigt sich bei den Milchprodukten genauso wie beim Benzin, das heute in Deutschland wesentlich billiger ist.

Es ist hier von der Finanzierung dieser Marktordnung gesprochen worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Gemeinschaft wendet für die Agrarmarktordnung 314 Milliarden Schilling auf, und wir sind als Drittländ der Konkurrenz der EG ausgesetzt! Daher, glaube ich, ist es einfach notwendig, daß wir ständig auf den Agrarbriefwechsel pochen und daß wir die Einhaltung des Regierungsversprechens von 1972 verlangen, nämlich der österreichischen Landwirtschaft das gleiche Instrumentarium zu geben, wie es die EG ihrer Landwirtschaft gibt.

Heute ist auch vom Viehabsatz gesprochen worden. Ich freue mich, daß zu hören war, daß dieses sogenannte Zirkulare 5, das den Zuchtviehexport nach Italien zum Erliegen gebracht hätte, vorerst aufgeschoben wurde. Aber es ist jetzt notwendig, daß die österreichische Regierung und die zuständigen Minister alles tun, diesen Zuchtviehexport — es sind etwa 35 000 Rinder, die die Bergbauern züchten — aufrechtzuerhalten. Was kann denn der Bergbauer betreiben als eben Rinderzucht, Milch- und Holzwirtschaft? Hier haben wir aber die Schwierigkeiten.

Herr Bundesminister! Sie haben kürzlich eine Darstellung über das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft gebracht. Daraus zeigt sich sehr deutlich, daß die Landwirtschaft insgesamt gegenüber den Indu-

8870

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

striebeschäftigten sehr weit zurückgeblieben ist, um mehr als um 47 Prozent im Nachteil ist. Und es zeigt sich aber ein zweites: daß die Bauern im Hochalpengebiet auch innerhalb der Landwirtschaft weit zurückgeblieben sind.

Herr Minister! Wir können nicht nur von der Bergbauernsicherung reden; ich glaube, wir müssen alles tun, diesen Bauern die Produktionsmöglichkeiten zu sichern, und dazu gehören der Rinderexport nach Italien und ein ausreichender Viehpreis.

Ich glaube, die Milchmarktordnung, die wir heute beschließen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Bauernbund hat die Aufrechterhaltung der Almmilchregelung für die westlichen Bundesländer durchgesetzt und damit auch einen positiven Beitrag geleistet. Ich hoffe, Herr Minister, daß wir im Herbst einen weiteren Schritt mit der Regelung des Ab-Hof-Verkaufes und mit einer eingeschränkten Handelbarkeit der Hofrichtmengen tun können.

Herr Minister! Sie haben bei den Verhandlungen oft etwas scherzhaft erklärt, Sie seien ja nur so quasi der Geburtshelfer dieser Novelle, verhandeln tun ja die Abgeordneten. Herr Minister! Wenn Sie die Abgeordneten bei diesen beiden Punkten verhandeln lassen, kommen wir im Herbst sehr rasch zu einem sehr günstigen Ergebnis für unsere Bauern, und das hoffe ich! *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.50

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 686 der Beilagen.

Da der vorliegende Gesetzentwurf eine Verfassungsbestimmung enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Z. 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Es liegt ein gemeinsamer Abänderungsantrag der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen vor.

Da nur dieser eine gemeinsame Abänderungsantrag vorliegt, lasse ich zugleich über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in

686 der Beilagen in der Fassung dieses Abänderungsantrages abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. Damit ist das Erfordernis des Artikels 44 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes erfüllt.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dieser Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen. Ich stelle auch hier fest, daß die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden war.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (642 der Beilagen): Bundesgesetz über das Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer (Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985) (685 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Parnigoni. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Parnigoni: Herr Präsident! Hohes Haus! Durch die gegenständliche Regierungsvorlage soll ein umfassendes Dienstrecht für land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer geschaffen werden. Dieses umfassende Dienstrecht enthält die erforderlichen Abweichungen vom Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 und beinhaltet auch die Lehrverpflichtungsregelungen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 26. Juni 1985 in Verhandlung gezogen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (642 der Beilagen) samt dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Parnigoni

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich, in der Debatte fortzufahren.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hubert Huber.

12.53

Abgeordneter Hubert Huber (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes stellt eine Gesamtkodifikation dieser Rechtsmaterie dar. Im Vergleich zum ersten Punkt der heutigen Tagesordnung, wo wir über 100 000 Tonnen Milch diskutiert haben, muß ich sagen, daß dieser Punkt jetzt natürlich eine etwas trockene Materie ist, daß er aber trotzdem sehr wichtig für einen Berufsstand ist, der einen wesentlichen Anteil an der Volkswirtschaft hat.

Das derzeit gültige Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1966 hat inzwischen zehn Novellierungen erfahren. Man muß sich vorstellen, wie unübersichtlich ein solches Gesetz dadurch wird! Darüber hinaus ist jetzt auch noch das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 mit allen besoldungsrechtlichen und pensionsrechtlichen Vorschriften gültig, ebenso das Gehaltsüberleitungsgesetz sowie die Lehrerdienstpragmatik. Aus diesem Grunde, glaube ich, ist es notwendig und einsichtig, eine „Flurbereinigung“, sprich eine Kodifizierung dieses Gesetzes vorzunehmen. Für die Bundesbeamten und für die Bundeslehrer ist eine solche Regelung bereits mit dem Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 erfolgt.

Ziel der Kodifikation durch den vorliegenden Entwurf sollte es sein, ein — wie beim Beamten-Dienstrechtsgesetz — den modernen Erfordernissen entsprechendes Recht des öffentlichen Dienstes zu schaffen. Es sollte möglichst vereinfacht — wie wir uns das für ein Gesetz ja alle wünschen —, umfassend und auch übersichtlich dargestellt werden, im besonderen aber sollte Rücksicht auf die spezifischen Situationen und Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer genommen werden. Ich bin der Auffassung, daß dieses Ziel erreicht worden ist, daß das, was im vorliegenden Gesetz nunmehr beschlossen wird, diesem Ziel entspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die jeweiligen Einzelheiten des Gesetzentwurfes eingehen, das wäre zu umfangreich, aber grundsätzlich ist zu bemerken, daß dieses Gesetz eine positive Verbesserung bringt. So sind etwa die Angleichung der Erzieherdienstregelung an die des Bundes, die Verringerung der Lehrverpflichtung im praktischen Unterricht und die Erweiterung der Kustodiate zu nennen. Wohltuend — und das möchte ich besonders herausstreichen — ist aber ohne Frage die bessere Übersicht dieses Gesetzes und der gesamten Rechtsmaterie.

Durch die Neuregelung der Lehrverpflichtung — ein Verhandlungsergebnis mit der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes — werden dem Bund und den Ländern zusätzliche Kosten erwachsen. Sie sind aber, das möchte ich auch hier feststellen, nicht so enorm und nicht so groß, daß sie nicht verkraftet werden könnten. Es wird ja zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und den Ländern noch separate Verhandlungen geben, sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich habe im Ausschuß noch ganz kurz einen Mangel hinsichtlich der Länder aufgezeigt, in denen es Krankenfürsorge- und Unfallfürsorgeeinrichtungen für die Lehrer gibt. In den Zielvorstellungen des Gesetzes ist immer eine umfassende Darstellung des Gesetzes herausgestrichen, und ich bin der Meinung, daß dieser Mangel sicherlich zu beheben wäre.

Es handelt sich darum, daß — die Gesetze müssen ja alle zusammenpassen und übereinstimmen — im Lehrerdienstgesetz 1984 im § 121 festgelegt ist, daß der Bund denjenigen Ländern, in denen dienstrechtliche Kranken- und Unfallfürsorgeeinrichtungen bestehen, einen Beitrag in der Höhe jenes Betrages leistet, den er bei Nichtbestehen dieser Einrichtungen für die in Betracht kommenden Landeslehrer nach bundesrechtlichen Vorschriften für eine Kranken- beziehungsweise Unfallversicherung zu leisten hätte.

Kurz dargestellt: Jene Länder, die keine Krankenversicherung haben, sind in der Bundesversicherung, der Bund bezahlt die Dienstgeberbeiträge. In Tirol und in Oberösterreich zum Beispiel, wo es landeseigene Einrichtungen gibt, werden diese Beiträge nicht vom Bund bezahlt. Ich glaube, das ist nicht richtig, und es wäre ein Passus in dieser Regierungsvorlage für das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 vorzusehen gewesen.

8872

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Hubert Huber

Die Schlechterstellung, die die Länder erfahren, ist ja nicht enorm, aber ich glaube, dem Sinne der Gleichberechtigung oder Gleichmäßigkeit der Behandlung gleichgearter Rechtsmaterien entsprechend wäre es sicher gerechtfertigt zu verlangen, daß eine solche analoge Regelung auch in das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 eingearbeitet würde. Damit wäre sichergestellt, daß der Bund die Anteile, die er sonst an die Bundesversicherungsanstalt leisten würde, als Beiträge an die Länder leisten würde.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Überlegungen dem Herrn Landwirtschaftsminister als Wunsch und als Bitte anheimstellen und ersuchen, daß dieser Wunsch der Bundesländer Tirol und Oberösterreich bei gegebenem Anlaß einmal erfüllt wird und daß man das vielleicht auch einmal im Gesetz ändert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat ja bereits Besprechungen mit den Landesfinanzreferenten in Aussicht gestellt, und ich bin davon überzeugt, daß das nicht eine so große Sache ist, daß sie nicht zu lösen wäre. Sollte diese Änderung, Herr Minister, erfolgen, dann wäre ich mit diesem Gesetz nicht nur zufrieden, sondern sehr zufrieden.

So darf ich heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend noch allen Lehrern, die an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen unterrichten, für ihre bisherige Arbeit für unsere bäuerliche Jugend und an unserer bäuerlichen Jugend wirklich herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte sie bitten, ihre Arbeit, nämlich die Bildung und Ausbildung unserer bäuerlichen Jugend, auch auf Grund dieses neuen Dienstrechtsgesetzes, das sie nun bekommen, mit dem gleichen Idealismus weiterhin erfolgreich fortzusetzen, damit die bäuerliche Jugend ihre großen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.01

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gärtner.

13.01

Abgeordneter Gärtner (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Huber hat die Anregung gebracht, die Krankenversicherungsregelung mit in dieses Dienstrechtsgesetz einzubeziehen. Ich war im Ausschuß der Meinung, daß das sicherlich

möglich gewesen wäre, wenn wir rechtzeitig die dafür erforderliche Kostenrechnung hätten anstellen können. Ich bin also sicher, daß wir in der nächsten Zeit einmal darüber weiterreden werden können. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Sehr verehrte Damen und Herren! Mit dieser Regierungsvorlage gehen wir einen Schritt weiter zur Modernisierung des Dienstrechtes im öffentlichen Dienst. Ich meine, das ist ein guter Schritt, der hier getan wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf wurde in mehreren Gesprächen auf Beamtenebene zwischen Vertretern des Bundes und der Länder und unter Einbeziehung der Anliegen der Gewerkschaft, der Vertreter der land- und forstwirtschaftlichen Lehrer und letztlich im gesamten öffentlichen Dienst behandelt.

Derzeit ist das Dienstrecht für land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer in mehreren Gesetzen normiert. Ja, meine Damen und Herren, es ist sogar so, daß Gesetze, die für Bundeslehrer infolge des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 bereits außer Kraft gesetzt sind, für land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer noch immer Gültigkeit haben!

Dieses heute zu beschließende Dienstrechtsgesetz stellt eine Gesamtkodifikation dieses Rechtes dar und ist nun für die betroffenen Lehrer sowie für die Beamten, die damit zu arbeiten haben werden, wesentlich übersichtlicher geworden, als es bisher war.

Aber diese Regierungsvorlage ist ja nicht nur eine Zusammenfassung von Gesetzen und von Bestimmungen verschiedener Gesetze, sie bringt auch mehrere Verbesserungen für den betroffenen Berufsstand. Und darauf möchte ich in einigen Punkten eingehen.

Zum ersten: Abweichend von den bisherigen Bestimmungen des Dienstrechtes wurde zur Vereinfachung der Berechnung der Lehrverpflichtung eine Umrechnung der Wochenstunden auf Werteinheiten vorgenommen. Warum sage ich das? — Ich sage das deshalb, weil sich daraus für die Lehrer eine finanziell günstigere Situation ergibt.

Zum zweiten: Der praktische Unterricht erfolgt heute, meine Damen und Herren, auf Grund technischer Innovation mit wesentlich höherer Belastung für den Lehrer. Es war daher nur richtig, die Lehrverpflichtung der Lehrer für den praktischen Unterricht von 27 auf 26,5 Wochenstunden zu senken.

Gärtner

Zum dritten: Dazu ist zu bemerken, daß die Obergrenze der Gesamtminderung der Lehrverpflichtung von drei auf vier Wochenstunden hinaufgesetzt werden konnte. Weiters wird die Zahl der Kustodiate von derzeit vier auf sieben erhöht, was, wie ich glaube, mehr Ordnung in den Unterricht und in die Schule bringen wird, allerdings mehr Arbeit für die Pädagogen bedeutet. Eine Einkommensverbesserung für die Lehrer erscheint nur dann gegeben, wenn die Kustodiate nicht etwa von anderen Bediensteten versorgt werden.

Letztlich wird die Erziehtätigkeit, die Betreuung und Beaufsichtigung von Schülern in Heimen, in verschiedenen Stufen in die Lehrverpflichtung eingerechnet werden.

Besonders freut mich, daß ein schon lange von den Lehrern bekritelter Passus betreffend geschiedene Ehepaare, die an derselben Schule bedienstet sind, völlig gestrichen werden konnte. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es heißt hier — ich zitiere —:

„Die Verwendung zweier Lehrer an derselben Schule kann untersagt werden, wenn ihre Ehe für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist, sofern dadurch Interessen des Dienstes gefährdet werden.“

Hier haben die Abgeordneten Gärtner, Hintermayer und Hubert Huber einen gemeinsamen Abänderungsantrag im Ausschuß eingebracht, der die ersatzlose Streichung zur Folge hatte. Meine Damen und Herren! Mit dieser Streichung einer heute kaum mehr verständlichen, einer in den sozialen und gesellschaftlichen Bereich negativ eindringenden Gesetzesstelle entspricht die Annullierung den Wünschen der Lehrer, der Lehrervertreter, der Eingabe des Familienausschusses, der sich auch hier bemerkbar gemacht hat, und letztlich der modernen Gesellschaft.

Hohes Haus! Wir beschließen heute einstimmig ein Gesetz, das einen weiteren Schritt zur Vereinheitlichung des Dienstrechtes der öffentlich Bediensteten bedeutet, ein Gesetz, das letztlich für die Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen mehr Rechtssicherheit bringt und das der Notwendigkeit einer Gesamtkodifikation des Dienstrechtes der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer Rechnung trägt.

Die Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, die Beamten und letztlich wir

können mit dieser Regierungsvorlage zufrieden sein, und wir geben dieser Vorlage gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.08

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 642 der Beilagen in der Fassung des Ausschußberichtes 685 der Beilagen.

Da der vorliegende Gesetzentwurf Verfassungsbestimmungen enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Z 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. Damit ist das Erfordernis des Artikels 44 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes erfüllt.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — **Einstimmig angenommen.** Damit ist das Erfordernis des Artikels 44 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes auch in dritter Lesung erfüllt.

3. Punkt: Bericht des Bautenausschusses über den Antrag 137/A der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen über ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen- Planungs- und Errichtungsgesellschaft (678 der Beilagen)

4. Punkt: Bericht des Bautenausschusses über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik (III-46 der Beilagen) betreffend die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983 (679 der Beilagen)

8874

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Präsident Dr. Stix

5. Punkt: Bericht des Bautenausschusses über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik (III-92 der Beilagen) betreffend die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1984 (680 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 3 bis einschließlich 5 der heutigen Tagesordnung, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Bautenausschusses über

den Antrag 137/A der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen über ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft und

über die beiden Berichte des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend

die Vorlage der Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds

zum 31. Dezember 1983 sowie

zum 31. Dezember 1984.

Berichterstatte zu Punkt 3 ist Herr Abgeordneter Strache.

Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen und seinen Bericht zu geben.

Berichterstatte **Strache**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Bautenausschusses über den Antrag der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen betreffend ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft (137/A).

Die Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen haben am 20. März 1985 den gegenständlichen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die wichtigsten Bundesstraßenrelationen in Wien einer Kapitalgesellschaft, an der der Bund und die Stadt Wien beteiligt sind, übertragen werden.

Die Gesellschaft soll im übrigen nicht die

Finanzierung dieser Maßnahmen durchführen, sondern soll die erforderlichen Mittel vom Bund nach Bedarf zugewiesen erhalten.

Der Bautenausschuß hat den gegenständlichen Antrag in seiner Sitzung am 19. Juni 1985 in Verhandlung genommen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Vetter, Schemer, Lußmann, Hofer, Dr. Schwimmer, Mag. Kabas, Veleta, Schwarzenberger, Hesoun, Dipl.-Vw.Tieber und der Ausschußobmann Abgeordneter Dkfm. Dr. Keimel sowie der Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis beteiligten, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Strache und Mag. Kabas mit Mehrheit angenommen.

Der Bautenausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Berichterstatter zu den Punkten 4 und 5 ist Herr Abgeordneter Neuwirth.

Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Berichterstatte **Neuwirth**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983.

Der Gebarungsabgang des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beträgt für 1983 rund 94 Millionen Schilling, was gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um rund 216 Millionen Schilling bedeutet. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Aufwendungen um rund 185,4 Millionen Schilling gesunken und die Erträge um rund 30,6 Millionen Schilling gestiegen sind. Die Hauptursache für den verminderten Aufwand liegt im Wegfall der Rückzahlungen im Rahmen des mit 31. Dezember 1982 ausgelaufenen Rückzahlungsbegünstigungsgesetzes.

Beim Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds beträgt der Gebarungsabgang 1983 rund 281,6 Millionen Schilling; er hat sich gegenüber dem Vorjahr um 996,6 Millionen Schilling vermindert. Dies ist darauf

Neuwirth

zurückzuführen, daß die Aufwendungen um rund 1 004,4 Millionen Schilling und die Erträge um rund 7,8 Millionen Schilling zurückgegangen sind.

Der Bautenausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 19. Juni 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Bautenausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983 (III-46 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Ich bringe nun den Bericht des Bautenausschusses betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1984.

Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ergab sich durch die Verminderung des Aufwandes um rund 95,3 Millionen Schilling und die Vermehrung des Ertrages um rund 86,5 Millionen Schilling gegenüber dem Gebärungsabgang 1983 von rund 94,2 Millionen Schilling ein Gebärungszugang von rund 87,6 Millionen Schilling.

Beim Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds beträgt der Gebärungsabgang im Jahre 1984 rund 228,5 Millionen Schilling und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 53,1 Millionen Schilling vermindert. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Aufwendungen um rund 58,7 Millionen Schilling und die Erträge um rund 5,6 Millionen Schilling zurückgegangen sind.

Der Bautenausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 19. Juni 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Bautenausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1984 (III-92 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Bitte, Herr Präsident, falls Wortmeldungen vorliegen, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke für die Berichterstattung. Zum Wort gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Keimel.

13.16

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zufolge der gemeinsamen Behandlung der Gesetzesmaterien, einmal Straße, einmal Wohnbereich, ist es möglich, nach nun rund vier Monaten Einarbeitungszeit — wir haben den Minister in dieser Zeit auch sehr geschont — des neuen Bautenministers in aller Kürze einen Überblick über seine Baupolitik und die der Bundesregierung zu geben.

Was immer Sie, Herr Minister, von Ihrem Vorgänger Karl Sekanina unterscheiden mag, begonnen haben beide mit recht starken, sagen wir nicht Sprüchen, aber Ankündigungen.

Herr Bautenminister Sekanina hat seinerzeit erklärt: Wenn ich um 10 Uhr angelobt werde, bin ich um 11 Uhr beim Finanzminister, und dann will ich viel und das sicher. Hinterlassen hat er, auch Ihnen, aber vor allem Österreich, nach einem noch stärkeren Abgang neben dauernden Ankündigungen — Herr Minister, diese setzen Sie allerdings noch viel gepflegter in der letzten Zeit fort — ein Ministerium, in dem — um Horst Knapp zu zitieren — die Zeitbombe des Finanzierungsinfarktes tickt.

Herr Dr. Übleis wiederum erklärte am Tag nach seiner Bestellung: Man muß der Gesellschaft zeigen und beweisen, daß ein sozialistischer Minister in der Lage ist, ein Ministerium wie das Bautenministerium sauber, korrekt und auch effizient zu führen.

Herr Minister! Damals habe ich mir nicht so viel dabei gedacht. Eine Aussage. Aber Sie setzen diese Aussage laufend — laufend! — in die beinharte Kritik um, daß offensichtlich dieses Ministerium durch die sozialistischen Minister Moser und Sekanina — ich werde Ihnen beweisen, warum ich sogar Moser noch heranziehe — nicht sauber, nicht korrekt, aber vor allem nicht effizient geführt worden sei.

Ein paar Beispiele zur Illustration. Sie sagten etwa: An der vertrockneten Tintenbug — das soll das Bautenministerium sein — „sind die technischen und administrativen Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre spurlos vor-

Dr. Keimel

übergegangen.“ — Unter Ihren Vorgängern, Herr Minister?

Sie erklären wörtlich: „Ich muß mich bemühen, diesen Geruch vom Ministerium wegzubringen, daß man sich hier bestechen läßt.“

Oder: Zum Erbe Sekanina befragt — es hat direkt geheißen: „Erbe Sekanina“ —, sagten Sie wörtlich: „Ich bin nicht glücklich mit der Vorgangsweise.“ — Eine vorsichtige Ausdrucksweise.

Oder: Am 16. April haben Sie erklärt, daß man viel zuviel — man höre — Prestigebauten über Bauträger finanziert hat, daß die Straßenmeistereien zu groß gebaut sind.

Und am 15. Mai, vor einem Monat, Herr Minister, sagten Sie schließlich wörtlich: „Es ist einfach fürchterlich und haarsträubend, wie in der Vergangenheit beim Straßenbau die Mittel oft eingesetzt wurden.“

Ich hätte noch eine Reihe weiterer Zitate. Herr Minister! Sie bestätigen damit die Kritik der ÖVP durch viele Jahre. Und das gilt ja nicht nur für das Bautenministerium. Durch den Wechsel in Ihrem Ressort kommt das jetzt auf. Sie sagen es vielleicht sogar sehr ehrlich. Nicht, daß ich Ihnen etwas unterstelle, es stimmt ja sogar teilweise, was Sie sagen. Herr Minister, das gilt in Wirklichkeit für die ganze Regierung. Sie geht mit den Steuergeldern der Bürger sorglos, unverantwortlich, liederlich „Prestigebauten“, „haarsträubend“ und so weiter; ich zitiere den Minister — und, wie wir immer sagen, zutiefst verschwenderisch um, oft genug unter dubiosen Voraussetzungen, wofür dann Namen wie Androsch, Lütgendorf, Leodolter, Udo Proksch und im Dunstkreis von Udo Proksch Außenminister Gratz stehen. (Abg. Schemer: Was hat denn das damit zu tun? — Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr viel! Sehr viel sogar!) Also noch einmal: Wofür Namen wie Androsch, Lütgendorf, Leodolter, Udo Proksch, Gratz, Ofner, Blecha und nun eben — damit ich wieder beim Bautenressort bin — auch Karl Sekanina stehen.

Meine Damen und Herren! Machen wir es uns nicht so billig! Das ist nicht eine Frage für den Staatsanwalt oder für die Finanzstrafbehörden, denn die politische Moral und die politische Verantwortung beginnen viel früher, weit vor dem Staatsanwalt oder einer Finanzbehörde. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber Sie, Herr Minister Übleis, haben, genauso wie vorher schon in den angeführten

Fällen, keinen Anlaß gesehen — so haben Sie es ja erklärt —, dem Antrag der ÖVP auf Rechnungshofüberprüfung der Ära Sekanina stattzugeben. Da geht es nicht um Staatsanwalt, um Steuern, da geht es um politische Moral, um politische Verantwortung! Sie haben trotz dieser vorher genannten Aussagen keine Veranlassung gesehen. Sie sollten eben nicht nur von „sauber und korrekt“ reden, sondern auch danach handeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Minister! Sie haben mit Ihrer Verhinderung der parlamentarischen Kontrolle das Gegenteil getan. Und Sie setzen sich, weil Sie das getan haben — Sie hätten es selbst von sich aus nicht tun sollen —, dem Verdacht aus, daß Sie durch pauschale Verdächtigungen ohne Beweis, worunter die Bauwirtschaft — da reden wir von der Mafia —, die Architekten, Ihre zwei Vorgänger als Minister sowie die gesamte Beamtenschaft fallen, nur selbst mediensüchtig als effizienter Saubermann dastehen wollen.

Herr Minister! Sie hätten durch den Rechnungshof untersuchen lassen sollen. Das ist die parlamentarische Vorgangsweise. Und ich habe gestern bereits erklärt: Dies wäre auch fair gegen Sekanina gewesen, weil ja vielleicht die Verdachtsmomente hätten weggenommen werden können. Das wäre Fairneß gewesen. Nicht fair ist es, jede Woche etwas in den Raum zu setzen, wie „haarsträubend“, „Prestigebauten“ und so weiter, und keine parlamentarische Kontrolle zuzulassen. Das ist auch unfair gegen Ihren Vorgänger, Herr Minister. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber bitte, weg von „sauber und korrekt“. Sie haben die „Effizienz“ erwähnt, an der es gemangelt hat, und diese können Sie nur durch die Baupolitik beweisen. Wie schaut es hier aus? — Noch vor Ihrer Angelobung haben Sie laut „AZ“ erklärt, Sie freuen sich sehr — wörtlich —, „als dritter Minister neben Vranitzky und Lacina die Wirtschaftsachse der Bundesregierung zu verstärken“. Das Bautenressort als Wirtschaftsministerium anzusehen, ist, was wir jahrelang immer wieder gefordert haben.

Nur am Rande vermerkt, Herr Minister: Mit der offensichtlich ausdrücklichen Ausklammerung des eigentlichen Handels-, Gewerbe-, Industrie- und Energieministers Dr. Steger von der FPÖ haben Sie das ganze wirtschaftspolitische Dilemma dieser sozialistischen Koalitionsregierung eigentlich gar nicht krasser beleuchten können. Sie haben ihn einfach bei der Wirtschaftsachse nicht erwähnt, weggelassen.

Dr. Keimel

Herr Minister Dr. Übleis! In diesem Bereich hatte ich tatsächlich die größten Erwartungen bezüglich einer neuen Baupolitik der Gesamtregierung nach dem Scheitern von Karl Sekanina: Sie als Koordinator, insbesondere aber als kreativer Initiator weit über Ihr Ressort hinaus. Denn rufen wir uns doch in Erinnerung: Erstens: Über 80 Prozent des österreichischen Bauvolumens werden von der öffentlichen Hand bestimmt oder beeinflusst; direkt als Auftraggeber, indirekt durch Steuerpolitik, Mietrecht und so weiter. Es bedarf daher zweitens einer abgestimmten Gesamtbaupolitik der Bundesregierung, weil neben Ländern und Gemeinden etliche Ministerien eingebunden sind, Finanzministerium, Justizministerium und so weiter. Zum dritten: Der Bedarf an Bauleistungen bis zur Jahrtausendwende ist in allen Bereichen ganz erheblich. Viele Branchen wären froh — Chemie, Stahl und so weiter —, wenn sie einen derartigen Bedarf hätten wie in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Umwelt, Wirtschaft und Energie.

Meine Damen und Herren! Es gibt daher nach unserer langjährigen Auffassung keine sogenannte Baukrise als Bedarfskrise, sondern „nur“ eine Finanzierungskrise, das heißt also, eine politische Entscheidungskrise hinsichtlich der Aufgaben und damit der Ausgabeprioritäten.

Zum vierten: Vor diesem nüchternen Hintergrund wäre dann das Gesamtbaukonzept der Bundesregierung zu erstellen, und zwar federführend, aber ressortüberschreitend — so wie der Finanzminister auch immer ressortüberschreitend handeln muß — durch den Bautenminister mit dem Ziel, den bestehenden Baubedarf durch entsprechende Rahmenbedingungen in allen Bereichen in Baunachfrage optimal umzusetzen.

Das, Herr Minister, wäre Ihre Aufgabe, und hier steht sicherlich die phantasievolle Erarbeitung mittel- und langfristiger Finanzierungskonzepte gerade während der nächsten zwei bis vier Jahre für alle Baubereiche im Mittelpunkt, in denen wir kritische Beschäftigungsverhältnisse haben, womit die höchsten Beschäftigungseffekte erzielt werden. Unter dem Zwang der leeren Budgetkassen — ich sage sogar: nicht nur im Bund, auch in anderen Gebietskörperschaften — sind dabei die Grenzen und Möglichkeiten eigentlich schon vorgezeichnet; und zwar auch Ihnen, Herr Minister.

Ein paar Erklärungen von Finanzminister Vranitzky. Er sagte im Feber wörtlich: „Für öffentliche Bauinvestitionen über das Budget

ist nichts drin.“ Am 5. März: „Der Straßenbau muß ebenfalls neu überdacht werden.“ Am 4. Juni im Bundesrat: „Die Kreditermächtigungen für Sondergesellschaften sollen massiv beschnitten werden.“ — Eine Zeitbombe tickt, wie es Horst Knapp ausdrückt.

Die Straßenbaupolitik, Herr Minister, gibt also offensichtlich der Finanzminister vor, nicht mehr Sie. Sie sind bereits der Gebundene. Sie sind bereits Erfüllungsgehilfe so wie Ihr Vorgänger Sekanina; insbesondere — und da versuchen Sie jetzt die Flucht — mit der massiven Reduzierung des hochrangigen Straßennetzes, die durch die Bundesstraßengesetz-Novelle, die gerade in Begutachtung ist, erfolgt, also die Reduzierung des Baus von Autobahnen und vor allem von Schnellstraßen. Das verkaufen Sie jetzt unter dem Vorwand Umweltschutz oder gar unter dem Vorwand der Einsparung.

Herr Minister! Nichts wird eingespart! Sie haben einmal etwas erklärt von 40 Milliarden, Ihr Vorgänger hat 50 Milliarden genannt. Wo haben Sie denn diese 40 Milliarden? Da wird nichts eingespart. Sie haben es einfach nicht. Sagen Sie das doch! Sie haben im Ressort als Erbe keine Gelder mehr für den Straßenbau, fast schon keine mehr für die Straßenerhaltung. Das eigentliche Ausbaugeld wird für Schuldentilgungen und Zinsendienst gebraucht.

Aber, Herr Minister: Auf einen Unfall im hochrangigen Straßennetz — Autobahnen, Schnellstraßen — kommen sieben Unfälle auf Bundesstraßen, 1:7! Dazu kommt, daß der Straßenverkehr, ob es uns paßt oder nicht, laufend ansteigt, wie gerade die internationale Tagung in Mayrhofen aufgezeigt hat, bei der Ihre Herren auch anwesend waren.

Daher wird die Volkspartei eine Reduzierung der Autobahnen und Schnellstraßen, wie Sie sie vorhaben, vor allem nach Maßgabe der optimalen Sicherheit für unsere Verkehrsteilnehmer prüfen und werten, aber gleichzeitig etwas fordern, Herr Minister, nämlich die zügige und viel effizientere Beseitigung der über 200 bekannten unfallträchtigen Gefahrenstellen auf den Bundesstraßen. Das muß Vorrang haben! Man soll nicht der Bevölkerung erzählen, da sparen wir etwas, was Sie in Wirklichkeit gar nicht haben. Sie sparen gar nichts! Man soll nicht der Bevölkerung erzählen, wir hängen uns hier offensichtlich den Mantel des Umweltschutzes um, wenn es nicht stimmt, und ganz vergessen machen, daß es Todesfälle, Verletzte, Verlust von Volksvermögen bei Unfällen im Verhältnis von 1:7 gibt.

Dr. Keimel

Herr Minister! Nach diesen Gesichtspunkten werden wir Ihre Novelle betrachten. Was legen Sie nun vor? Was legen Sie in der Straßenbaupolitik nach vier Monaten vor? — Gründung einer neuen Planungs- und Errichtungsgesellschaft für die Wiener Bundesstraßen, aber ohne jedes Finanzierungskonzept, obwohl 20 Milliarden Schilling dafür nötig sind. Da liegt heute eine Gesetzesinitiative vor, Sie werden ihr zustimmen, 20 Milliarden stehen dahinter. Sie machen zwar eine neue Verwaltung, es gibt aber nicht die Andeutung eines Finanzierungskonzeptes. Das nennen Sie, Herr Minister, mehr Effizienz? Während der letzten drei Jahre sind im Bautenministerium 125 Beamte zugewachsen.

Sie haben am 10. März wörtlich erklärt — Herr Minister, wieder Sie, Sie erklären sehr viel —: „Man hat in der Vergangenheit viel zu viele Aufgaben an Gesellschaften übertragen.“ Das haben Sie erklärt.

Was machen Sie denn eigentlich heute? — Das gleiche. Aber in der Vergangenheit wurden wenigstens noch Finanzierungsgesellschaften, wie immer, dazu gegründet. Sie erklären nicht einmal, wie das Ganze finanziert werden soll. Nein. Sie stehen ja im eigenen Widerspruch. Diese neue Gesellschaft soll wieder zwei neue Vorstandsdirektoren, fünf Aufsichtsräte, weitere Angestellte hervorbringen. Nur, bitte, über ein Finanzierungskonzept: nichts. Vielleicht verraten Sie es uns noch. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist doch Arbeitsplatzbeschaffung!*)

Im Finanzausschuß — da liegt es — hatten wir im Unterausschuß die Ausweitung, das heißt die Erhöhung der Straßenverschuldung über die ASFINAG auf inzwischen 120 Milliarden Schilling. Das soll dann aus den zweckgebundenen Autosteuern, aus den Straßenverkehrsbeiträgen also, abgedeckt werden.

Sie werden in kürzester Zeit, in drei Jahren, überhaupt nicht mehr wissen, wie Sie es finanzieren sollen. Ich vermute eines: Sie sagen sich: Zwei Jahre, bis 1987, werde ich drüberkommen, das ist höchstens die Legislaturperiode, und danach überlasse ich es dann dem nächsten.

Herr Minister! Sie sollten ein kleines bißchen weiterdenken!

Herr Minister, eine Frage: Diese Gesellschaft — das sollen neue Ideen hinsichtlich mehr Effizienz sein? Ihre Propagandaabteilung erzeugt offensichtlich mehr mediale

Sprechblasen, als Sie selbst dann tatsächlich erfüllen können. (*Abg. Vetter: Was ist das: Propagandaabteilung?*)

Auch ich — und ich sage das ganz bewußt — bin heute einer, der Ihren Vorgänger offensichtlich nicht zu verteidigen hat, aber zumindest ins rechte Licht rückt.

Herr Minister! Auch in penetranter Wiederholung, wie zum Beispiel bei der Staubeseitigung auf Autobahnen: eine hervorragende Erfindung des neuen Bautenministers. Ich weiß schon, das macht Ihre Propagandaabteilung. Wissen Sie, das haben wir schon einmal gesehen in der Zeitung, und zwar mit dem Bild Ihres Vorgängers. (*Der Redner entfaltet die Zeitung und zeigt sie her.*) Das haben wir alles schon gesehen im Februar: „Frühwarnsystem. So will Sekanina Stau auf Autobahn verhindern“, und so weiter. Und da steht auch noch, daß er bereits grünes Licht gegeben hat für Großbauprojekte in der Steiermark im Jahre 1985. Darunter: Neubau Polizeidirektion, Sanierungsprojekte für die Mur. — Alles heften Sie mit der Propaganda jetzt auf Ihren Hut! (*Abg. Mag. Schäffer: Ein Trittbrettfahrer! Aufspringen!*) Herr Minister, zumindest eines sage ich Ihnen: Es ist nicht fair.

Etwas, Herr Minister, haben Sie ganz nebenbei erwähnt. Aber das ist nicht so medieninteressant, das ist fast untergegangen. Ich habe es inzwischen zweimal gehört von Ihnen. Sie haben erklärt, Ihr Ressort umfasse knapp 8 Prozent des Gesamtbauvolumens in Österreich, und daher könnten Sie doch nur marginal, helfend die Bauwirtschaft beeinflussen. Das haben Sie inzwischen erklärt. Das geht unter. Das ist aber der wichtigste Satz von Ihnen. Herr Minister, wissen Sie warum? Das würde ja bedeuten, daß Sie Abschied nehmen von der ressortüberschreitenden Gesamtpolitik der Bundesregierung. Das, Herr Minister, hat Ihr Vorgänger auch schon gesagt. Das sind wir auch schon gewohnt, so wie das Gesamtverkehrskonzept der Bundesregierung, ich glaube, jetzt das sechste Jahr versprochen wird und nie kommt.

Ich wiederhole also: Eine neue Gesamtpolitik der Bundesregierung ist Ihre Aufgabe. Konturen, mehr hätten wir gar nicht erwartet. Aber Konturen hätten Sie in diesen vier Monaten zumindest erkennen lassen müssen.

Die Volkspartei hat Ihnen ein Angebot der Zusammenarbeit vorgelegt und unterbreitet. Mit ein paar Stichworten: Einnahmenseitig ist der Plafond ausgereizt. — Stammt gar

Dr. Keimel

nicht von mir, ist vom Finanzminister. Ein-nahmenseitig ausgereizt.

Es müssen die Ausgaben nach ihrer Effi-zienz durchgesehen werden, jede einzelne. Die Straßenverkehrsteilnehmer bringen 60 Milliarden an Steuern und Abgaben auf, und nur 17 Milliarden gehen in den Straßenbau.

Im Mittelpunkt der Überlegungen, ich würde fast sagen, eines Ideenwettstreites wird die Mobilisierung privaten Kapitals durch eine Palette sinnvoller Anreizsysteme stehen müssen. Beispielsweise: Verbesserung des Bausparsystems, in welcher Weise immer, steuerliches Abschreibungssystem für betriebliche Baulichkeiten.

Schwerpunkt, Herr Minister, gerade auch aus beschäftigungspolitischen Gründen, aus beschäftigungspolitischen Überlegungen ist der Wohnbereich. Hier haben wir immer noch den größten Bedarf. Ungefähr 400 000 Woh-nungen brauchen wir während der nächsten zehn Jahre. Nur die Hälfte wird ja überhaupt zuwachsen; der Rest ist Sanierung, weil Abbruch.

Zum zweiten: Für Stadt- und Dorferneue-rung, für Wohnhaussanierung besteht ein Bedarf von fast 300 Milliarden Schilling. Hier, Herr Minister, wäre viel dahinter.

Ich habe es Ihnen im Straßenbaubereich erklärt. Was aber haben Sie offensichtlich im Wohnbereich vor? — Was wir bis jetzt von Ihnen gehört haben, waren ganz andere Sor-gen; zum ersten die Erhöhung und Verteue-rung der Altdarlehen, neben den ohnehin explodierenden Betriebs- und Heizungskos-ten. „Das läßt befürchten“ — und jetzt zitiere ich aus Ihrer Bauvorschau, ich zitiere daraus, lesen Sie es —, „daß, will man die Finanzierungsmöglichkeiten der privaten Haushalte nicht überfordern, was eine starke Beeinträchtigung des Wohnungsneubaus zur Folge hätte, erhöhte Rückzahlungen weitge-hend durch eine Anhebung der Wohnbeihilfen abgedeckt werden müßten, sodaß der Nettozu-fluß von Mitteln aus vergebenen Darlehen nicht allzu groß sein wird können.“

Das steht in Ihrer Bauvorschau. Und noch ein wichtiger Satz steht drinnen:

„Dies ist deshalb sehr wahrscheinlich, da die Zunahme der Nettoeinkünfte der privaten Haushalte angesichts einer steigenden Pro-gression sowie der Beitragserhöhung in der Sozialversicherung nur sehr bescheiden aus-

fallen wird.“ Das steht in Ihrer Bauvorschau 1985.

Herr Minister, sehen Sie etwas? — Die For-derung der ÖVP nach Steuersenkung ist auch für Ihr Ministerium, ist auch für die Baube-schäftigung von größter Bedeutung und Not-wendigkeit, und Sie bestätigen das sogar in Ihrer Bauvorschau.

Was wollen Sie noch im Wohnbereich? — „Einen größeren Einfluß auf die Verwendung der Förderungsmittel seines Ministeriums auch im Wohnbau.“ — Wieder ein Zitat von Ihnen. Das steht in krassem Widerspruch — gestern war die Landeshauptleutekonferenz — zum Forderungsprogramm der Bundeslän-der nach noch mehr, nach voller Kompetenz bei der Wohnbauförderung.

Und Sie meinten, Herr Minister, als letztes jetzt — ich zitiere —, „Es muß also das Objekt im Mittelpunkt der Förderung stehen.“ Sie wollen kein Volk der Beihilfenempfänger.

Herr Minister! Sie wollen zurück? Tatsäch-lich? Es ist ein Zurück zur unwirtschaftlichen und unsozialen Objektförderung statt zur För-derung — im Mittelpunkt steht ja das Miet-rechtsgesetz —, statt zur Subjektförderung natürlich des einzelnen nach seiner Lei-stungsfähigkeit. Herr Minister! Das sind keine Ansatzpunkte. Überlegen Sie sich das noch viel genauer und viel besser!

Die Volkspartei hat demgegenüber ein Finanzierungskonzept vorgelegt, womit viele Milliarden außerhalb des Budgets, privates Kapital, mobilisiert werden sollen, umgeleitet werden sollen, etwa von Gebrauchsgütern, von PKWs und so weiter, in den Wohnbereich — beschäftigungspolitisch sehr wichtig —, verbunden mit einer breiten Eigentumsbil-dung. 74 Prozent der Bevölkerung möchten das.

Dieses Wohnungspaket von uns umfaßt eine Novelle des unsozialen und unökonomi-schen Mietrechtsgesetzes, zum zweiten das Eigentumsbildungsgesetz als Diskussionsba-sis — wenn wir nur 100 000 Wohnungen, das sind 8 Prozent der vorhandenen, umwandeln könnten, könnten wir 30, 40 Milliarden Schil-ling hier mobilisieren — und letztlich eine gestaffelte Möglichkeit der Rückzahlung von Altdarlehen, womit sicherlich, wenn wir es zum Beispiel befristen, einige Milliarden mobilisiert werden könnten.

Und ich sage Ihnen, Herr Minister, wir haben eine sehr vorsichtige Durchrechnung

8880

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dr. Keimel

in beschäftigungspolitischer Hinsicht gemacht: Wir könnten damit etwa 20 000 bis 24 000 Bauarbeitsplätze neu schaffen oder sichern.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen.

Zum ersten: Mit Ihrer Verhinderung des ÖVP-Antrages, die Ära Sekanina durch den Rechnungshof überprüfen zu lassen, haben Sie jedenfalls nicht zur Sauberkeit beigetragen, Herr Minister. Sie lassen damit alle Verdächtigungen gegen Ihre Vorgänger, gegen die Bauwirtschaft, gegen Architekten und auch gegen Ihre Beamtenschaft einfach im Raume stehen. Sie haben damit dem Image der Politik einen schlechten Dienst erwiesen.

Zum zweiten: Ihre Ankündigung, neben Vranitzky und Lacina die Wirtschaftsachse der Bundesregierung zu verstärken, ließ erstmals das Konzept einer Gesamtbaupolitik der Bundesregierung erwarten, mit Ihnen als Koordinator und Initiator. Aber mit Ihrer wiederholten Erklärung, Ihr Ressort verwalte ja nur 8 Prozent des Gesamtbauvolumens in Österreich, daher könnten Sie nur marginal die Bauwirtschaft beeinflussen, haben Sie offensichtlich bereits kapituliert, sich ins Ressort zurückgezogen. Und das ist zuwenig. Dort verwalten Sie ja wirklich nur mehr Schulden.

Zum dritten: Im für den Bürger und für die Baubeschäftigten wichtigsten Bereich der Wohnungspolitik haben Sie das persönliche Engagement bereits abgelegt, wie ja die Fragestunden vorgestern peinlich bewiesen haben. Sie haben lediglich Konzepte der Verteuerung der Altdarlehen und den Plan einer verstärkten Zentralisierung, etwa im Stadtensanierungsbereich, statt bürgernaher weiterer Dezentralisierung im Sinne und letztlich insbesondere den Rückschritt zu mehr Objektförderung statt Hinwendung zur Subjekt-, also zur Bürgerförderung nach seiner Leistungsfähigkeit.

Dem stellen wir die Konzepte der ÖVP — sie liegen ja teilweise auch als Anträge im Parlament — gegenüber. Und, Herr Minister, hier sollte ein Ideenwettkampf entstehen.

An erster Stelle sollten Sie koordinierend als Bautenminister aufgerufen sein zu einer unverzüglichen Umsetzung, zu einer Diskussion, damit wir nicht, wie wir es jetzt die letzten Jahre gewohnt waren, einmal im Herbst, einmal im Frühjahr, beim nächsten Baugipfel den weiteren Verfall der Bauwirtschaft mit

dem Verlust weiterer tausender Arbeitsplätze zufolge mangelhafter Rahmenbedingungen feststellen müssen, sondern den Beginn einer neuen baupolitischen Offensive zum Nutzen aller unserer Bürger verzeichnen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.40

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Schemer.

13.40

Abgeordneter Schemer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich zum Unterschied von meinem Vorredner nicht auf die Ebene der Abqualifizierung von Politikern begeben. Die Namen Krauland, Haselgruber, Polcar, Viktor Müllner würden wahrlich genug Gelegenheit dazu geben. Alle diese Leute sind von einem ordentlichen Gericht verurteilt worden. *(Abg. Dr. Schimmer: Also Ihre Logik ist nicht zu übertreffen, Herr Abgeordneter Schemer!)* Sie werden mir aber keinen einzigen, nicht einen einzigen sozialistischen Spitzenpolitiker oder Mandatar nennen können, der wegen Betruges oder Untreue verurteilt wurde.

Wir lehnen es ab, meine Herren von der Volkspartei, die Urteile eines Gerichtes vorwegzunehmen. In einem Rechtsstaat sind die Legislative und die Exekutive wahrlich nicht dazu berufen, Urteile zu fällen.

Hohes Haus! Aufgrund der Tatsache, daß mein Vorredner, von der Tagesordnung abweichend, was rechtens ist, eine Generaldebatte über Wohn- und Straßenbaufragen eingeleitet hat, gestatten Sie mir ebenfalls einige grundsätzliche Feststellungen zum Bausehen in Österreich.

Es wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß in der Zeit der sozialistischen Regierungstätigkeit die Zahl der errichteten Wohnungen zurückgegangen sei. Das, Hohes Haus, ist unrichtig.

Von 1945 bis 1970, also in 25 Jahren, wurden in Österreich 946 000 Wohnungen errichtet. Die Durchschnittsgröße lag zwischen 60 und 65 Quadratmetern. In den 15 Jahren SPÖ-Regierungstätigkeit waren es 684 000 mit einer Durchschnittsgröße von ungefähr 85 Quadratmetern. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit, die nicht wegdiskutiert werden kann.

Allein von 1974 bis 1983 wurden 506 000 Wohnungen errichtet, und zwar 7 Prozent von Gebietskörperschaften, 32 Prozent von gemeinnützigen Bauvereinigungen, 8 Pro-

Schemer

zent von juristischen Personen und 53 Prozent von Privatpersonen; Wohnungen, die fast ausschließlich in Ein- und Zweifamilienhäusern im Eigentum errichtet wurden. Zwei Drittel dieser Wohnungen wurden gefördert, was die Behauptung widerlegt, die Sozialisten hätten eigentumsfeindliche Wohnbaugesetze beschlossen.

1984 gab es in Österreich 2 752 000 ständig bewohnte Wohnungen, davon 49 Prozent mit Bad und Zentralheizung, 34 Prozent mit Bad, 6 Prozent mit WC und Wasser innen und rund 10 Prozent sogenannte Substandardwohnungen, rund 280 000 Wohnungen ohne Komfort also, die, wie ich bereits sagte, in einer Zeit errichtet wurden, in der die arbeitenden Menschen keine Vertretung in der Regierung und in den Kommunen hatten.

War es nach dem Krieg unser gemeinsames Hauptziel, die Kriegsschäden zu beheben und für die Befriedigung des quantitativen Wohnungsbedarfs zu sorgen, erfolgt seit einigen Jahren eine Hinwendung zur Modernisierung des Althausbestandes und zur Stadterneuerung.

Die neuen Gesetze, die wir erst vor kurzem beschlossen haben, beginnen jetzt zu greifen. Hohes Haus! Nach wie vor ist es das Anliegen unserer Partei und der Regierung, moderne Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu fördern.

Eine ähnlich positive Entwicklung gibt es auch beim Bundeshochbau und beim Straßenbau. Allein zwischen 1970 und 1982 wurden in Österreich 511 neue Schulen gebaut, mehr als in den 60 Jahren zuvor. Von 1970 bis heute wurden in Österreich unter der sozialistischen Regierung 700 Kilometer Autobahnen und 288 Kilometer Schnellstraßen errichtet. Derzeit sind 491 Kilometer Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen in Bau: die Baukostensumme beträgt 32,5 Milliarden Schilling.

Hohes Haus! Der vorliegende Initiativantrag, den die Abgeordneten der FPÖ und der SPÖ heute eingebracht haben, stützt sich auf ein Übereinkommen, das der seinerzeitige Bautenminister und der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien am 17. Dezember 1984 abgeschlossen haben. Ziel dieses Antrages ist es, die Probleme des Bundesstraßenbaus in Wien einer raschen und optimalen Lösung zuzuführen. Und damit wird auch der bisherige Weg, der mit der Gründung der ASFINAG, Arlbergstraßentunnel-, Brennerautobahn-, Tauernautobahn- und der Pyhrn-

autobahn AG begonnen hat, auch in Wien weitergeführt, wobei es sich jedoch um keine Finanzierungs-, sondern um eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft handelt.

Zweck dieser Gesellschaft ist es, wichtige übergeordnete Straßenzüge in Wien rasch und kostengünstig zu bauen. Die Kooperation zwischen den Magistratsdienststellen und den Bauabteilungen des Ministeriums soll noch enger gestaltet werden als bisher, die Planungsabläufe werden drastisch verkürzt werden.

Eingebunden sind die Straßenzüge der Wiener West- und Südeinfahrt und des Wiener Gürtels. Die mit Beschluß des Gemeinderats der Stadt Wien vom 28. September 1984 geschaffene Gürtelkommission wird in diese Gesellschaft eingebunden.

Diese Gesellschaft soll weiters die restliche Planung und Errichtung der A 22, das ist die Donauuferautobahn von der Reichsbrücke bis zur Praterbrücke, übernehmen. Der Bau dieses Teilstückes könnte noch heuer begonnen werden. Da die Trasse im Bezirksteil Kaisermühlen liegt, wo 15 000 Bürger wohnen, ist aus Gründen des Lärmschutzes und aus Gründen des Umweltschutzes der Bau eines 900 Meter langen Tunnels erforderlich, der vier Fahrbahnen aufweisen wird. Im weiteren Bereich der Praterbrücke soll die Planung so ausgelegt sein, daß keine Reduzierung der Wasserfläche der Alten Donau notwendig ist und alle Auflagen des Umweltschutzes eingehalten werden.

Ein weiteres Projekt, das ebenfalls in die Gesellschaft eingebunden ist, ist der Bau der A 24, die Fortsetzung der Südost-Tangente vom Knoten Kaisermühlen Richtung Hirschstetten und später dann auch darüber hinaus als Bundesstraße zur B 8, zur Wagramer Straße.

Diese Südost-Tangente, meine Damen und Herren, ist das meistbefahrene Straßenstück in Österreich. Mehr als 100 000 Fahrzeuge rollen täglich über dieses Verkehrsband. Zum Vergleich: Die Frequenz am Brenner beträgt 22 000 Fahrzeuge täglich, im Arlbergtunnel, der 3 Milliarden Schilling kostete, werden nur 9 000 Fahrzeuge gezählt.

Bei der A 24 hat es eine Planungsvariante gegeben, die 1978 von der Stadt Wien ausgearbeitet wurde, die jedoch heute kaum mehr gebaut werden kann, weil etwa 160 Siedlungsgärten und Einfamilienhäuser abgesiedelt werden müßten. Nunmehr werden Lösungen

Schemer

im Bereich der Ostbahntrasse angestrebt, wobei eine enge Kooperation mit den Bundesbahnen notwendig erscheint.

Die Dringlichkeit dieses Bauvorhabens ist deshalb gegeben, weil sich von den vorher genannten 100 000 Fahrzeugen zirka 70 000 in die Straßen des 21. und 22. Bezirkes bewegen, wodurch eine Verschlechterung der Wohnqualität von 40 000 Bewohnern gegeben ist.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Sie alle werden in Ihren Wahlkreisen mit ähnlichen Problemen konfrontiert gewesen sein oder diese Probleme auch heute noch haben. Ich habe daher großes Verständnis dafür, daß in vielen Orten der Republik Ortsumfahrungen gebaut werden und noch weitere gefordert werden.

Ich habe mich als Wiener Abgeordneter niemals gegen die Errichtung von Sondergesellschaften gewandt, die mit hoher Effizienz große Straßenbauvorhaben in Österreich verwirklicht haben. Umso befremdlicher erscheint es mir, wenn die Österreichische Volkspartei sich nunmehr gegen diese Wiener Bundesstraßengesellschaft wendet. In der Ausschlußdebatte war die Rede vom Versagen der Wiener Stadtverwaltung. (*Abg. Dr. Keimel: Nicht nur die Wiener Gesellschaft, auch die ASFINAG!*) Bitte sehr, aber Sie werden doch zugeben müssen, Herr Kollege Keimel, daß diese Straßenbaugesellschaften in Österreich mit großer Effizienz gearbeitet haben. (*Abg. Dr. Schwimmer: Was sagt der Herr Minister dazu? Herr Minister! Werden Sie dazu Stellung nehmen? — Bundesminister Dr. Übleis nicht zustimmend.*) Überall dort, wo Eröffnungen waren, saßen Sie in der ersten Reihe und haben das begrüßt. Da kann doch die Sache nicht so schlecht sein, wie Sie sie heute darstellen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Herr Schemer! Wissen Sie, welche Meinung der Herr Minister zu diesen Gesellschaften hat?*)

Ich weise daher als Wiener Abgeordneter diese Kritik natürlich zurück. Sie haben es im Ausschuß so dargestellt, als wäre die Wiener Stadtverwaltung, der Wiener Magistrat nicht in der Lage, die Probleme in Wien zu erledigen. So hat es geklungen, meine Damen und Herren von der Volkspartei. (*Abg. Dr. Schwimmer: Es gibt einen neuen Baudenminister, er heißt nicht mehr Sekanina!*)

In dieser Bundeshauptstadt, auf die wir alle sehr stolz sein können, gibt es genügend Strom und Gas. Es funktioniert die Wasserversorgung und es funktioniert die Entsor-

gung. Es gibt in dieser Stadt keine Slums, und wir haben ein dichtes soziales Netz, das jene schützt, die unverschuldet in Not geraten sind. Bis zu 20 Prozent der Patienten in den Wiener Spitälern kommen aus den Bundesländern und werden zu Krankenkassentariifen versorgt. Wien bekommt dafür fast keine Abgeltung.

Die Verkehrsmittel funktionieren in unserer Stadt pünktlich, wenn sie nicht durch den Individualverkehr behindert werden. Unser Freizeitangebot ist gigantisch. Unsere Grünanlagen, unsere Straßen sind gepflegt, und jedes Jahr werden in dieser Stadt ein neues Pensionistenheim und ein neues Hallenbad eröffnet.

Wie falsch die Einschätzung der ÖVP in Kommunalfragen ist, möchte ich an einem Beispiel zeigen. 1970 haben die Vertreter der ÖVP den Bau der Donauinsel als die größte Fehlleistung österreichischer Kommunalpolitik bezeichnet. Ich darf Ihnen einige Auszüge aus den ÖVP-Gazetten dieser Jahre zitieren. Sie schrieben damals: „2 Milliarden“ werden „für eine völlig unnötige Sache“ ausgegeben, die „Luxus“ ist, damit sich die „Wiener Rathausobristen“ in ihrem „Größenwahn“ — das haben sie wörtlich geschrieben — selbst beweihräuchern können. Ich lese weiter in diesem ÖVP-Blatt: „Die Donauinsel wird ... für Humoristen und Satiriker eine Fundgrube sein“, eine Slavik-Pyramide würde gebaut werden, und so weiter. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wissen Sie noch, wie das damals geplant war, mit den Gemeindebauten? — Gegenruf des Abg. Ing. Nedwed: Stimmt ja nicht! — Abg. Dr. Schwimmer: Sie wissen es genau, Herr Nedwed!*)

Hohes Haus! Heute klingt es ganz anders. Da schreibt die „Kronen-Zeitung“ vom 9. 10. 1983: „Jetzt hat Wien eine Insel der Seligen, ... ein Freizeitparadies ... Bilanz in diesem Sommer: 2,5 Millionen Besucher“. Im „Kurier“, Herr Kollege Schwimmer, stand am vergangenen Sonntag sehr klar und deutlich zu lesen — das ist eine Zeitung, die Ihnen sicherlich näher steht als der Sozialistischen Partei —: „Wiens neues Wahrzeichen“. — „Die Donauinsel, das größte Freizeitparadies Österreichs“. — So ändern sich halt die Zeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Im Grunde geschieht bei Ihnen immer dasselbe. Das hat es auch in der Ersten Republik gegeben. Der soziale Wohnbau wurde damals bekämpft und verdammt. Von „Kasernen“, von „Festungen der Arbeiterklasse“ war

Schemer

damals die Rede. Heute bezeichnen selbst ÖVP-Politiker diese Wohnbauten der Ersten Republik als „Denkmäler der Arbeiterkultur“.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses! Sie haben die UNO-City bekämpft, um bei der Eröffnung dann in der ersten Reihe zu sitzen, und ähnlich wird es auch jetzt beim Wiener Straßenbau sein. Die ÖVP wird eines Tages erkennen, daß unser Antrag, der Antrag der Freiheitlichen Partei und der Sozialisten, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Bundeshauptstadt bedeutet.

Es wird der Tag kommen, an dem die ÖVP feststellen wird, daß sie eigentlich immer dafür gewesen sei, und sie wird sagen: Ja — aber.

Heute werden Sie wieder gegen Wien agieren. Dazu vielleicht noch ein letztes Wort. Ich darf aus der bürgerlichen Zeitung „Die Presse“ zitieren. Sie schreibt: „Wer die Zustände in Washington, New York, Warschau und Rom kennt, weiß, was Wien zu bieten hat. Man soll kritisieren, was kritikwürdig ist. Aber man soll auch loben, was lobenswert ist.“ — So schreibt die bürgerliche Presse. Ich habe dem, Hohen Haus, nichts hinzuzufügen.

Ihnen, Herr Bundesminister Übleis, möchte ich für Ihre Unterstützung, für Ihre Entscheidung namens der Wiener Bürger recht herzlichen Dank sagen. Meine Fraktion, Herr Bundesminister, wünscht Ihnen viel Erfolg. Wir werden Sie in allen Belangen mit ganzer Kraft unterstützen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 13.58

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Eigruber.

13.58

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Kollege Keimel heute zu Beginn auch zu einem anderen Thema gesprochen hat, möchte ich etwas richtigstellen, und zwar das, was beim Fristsetzungsantrag am Vormittag Dr. Schüssel gesagt hat. Er hat meinem Kollegen Walter Grabher-Meyer und überhaupt uns freiheitlichen Abgeordneten die liberale Einstellung abgesprochen. (Abg. Graf: Sie sind der Prototyp eines Liberalen!) Aber ich frage Sie, und zwar gerade Sie, Herr Präsident Graf (Abg. Graf: Mich dürfen Sie nicht fragen, ich bin Partei!): Wo war Ihre liberale Einstellung am 21. März, als Ihre Vertreter, die Vertreter des Wirtschaftsbundes, die Vertreter der Industrie

und die Vertreter der Arbeitnehmer in Ihren Reihen, einen Maulkorb umgehängt bekommen haben? Wo waren Sie? Wo waren Ihre Lobbyisten? Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, ich glaube, gerade hier haben wir Freiheitlichen bewiesen, daß wir liberal sind, indem wir die Abstimmung freigegeben haben. — Nur so viel zu dieser Sache.

Nun möchte ich zum Thema kommen, weil Dr. Keimel wieder einmal bewiesen hat, daß er nicht bereit ist, mit dem neuen Minister in Sachen Bauten und Technik positiv zusammenzuarbeiten. Ich glaube, hier wäre doch einiges zu beweisen.

Nachdem wir den von der Bundes-ÖVP künstlich inszenierten Streit — ich glaube, es kann sich jeder an die Diskussion erinnern — um die neuen Wohnbaugesetze hinter uns gebracht haben und die Bundesländer in der Zwischenzeit die Durchführungsverordnungen sowohl zum Wohnbauförderungsgesetz 1984 als auch zum Wohnhaussanierungsgesetz erlassen haben, ist mit übergroßer Deutlichkeit klargeworden, welches doppelte Spiel hier die ÖVP betrieben hat.

Zunächst lehnt die Bundes-ÖVP — man muß immer sehr genau unterscheiden zwischen Bund und Land — die neuen Wohnbaugesetze mit Scheinargumenten ab. Das Wohnbauförderungsgesetz wird als „eigentumsfeindlich“ bezeichnet und als „Belastungspaket“ schlechtgemacht. Das Wohnhaussanierungsgesetz wird als „Mißgeburt“ verhöhnt. Daraufhin werden in allen Bundesländern — also auch in den von der SPÖ regierten — die Durchführungsverordnungen zu den neuen Wohnbaugesetzen mit den Stimmen der ÖVP beschlossen und — jetzt kommt das eigentlich Bemerkenswerte — als der große Durchbruch auf dem Gebiet der Wohnbauförderung gefeiert.

Wiens Vizebürgermeister Erhard Busek ist sich nicht zu schade, diesen „Erfolg“ sogar noch vor Bürgermeister Helmut Zilk zu verkaufen. Ich habe hier ein Blatt, das wieder einmal diese Doppelzüngigkeit beweist. Das neue Wohnbaugesetz wird hochgejubelt, und es heißt dazu auf der zweiten Seite:

„Erhard Busek hat sich durchgesetzt. Bisher war für das schöne alte Wien, für die schönen Bürgerhäuser, kaum Geld zu bekommen. Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahrzehnten lediglich Gemeindebauten auf die grüne Wiese gestellt. Die alten Stadtteile verfielen mehr und mehr. Jetzt hat sich Erhard

Eigruber

Busek endlich durchgesetzt: Durch die neuen Wohnbauverordnungen wird die Stadterneuerung für Wien forciert.“ (*Abg. Dr. Schwiimmer: Verordnungen, Herr Eigruber! Sie können Gesetz und Verordnung nicht unterscheiden!*)

Herr Kollege Schwiimmer! Jetzt muß ich Ihnen schon sagen: Wenn das Gesetz so schlecht ist, wie können dann die Verordnungen so gut sein? Es muß genauso das Gesetz gut sein, sonst könnte man nicht so gute Verordnungen machen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Schwiimmer: Das ist ein großer Irrtum!*)

Aber es geht ja noch lustig weiter. Landeshauptmann Ludwig hat erklärt, daß das Land Niederösterreich — und jetzt passen Sie auf! — von dem sich den Ländern bietenden Spielraum des neuen Wohnbauförderungsgesetzes, das Sie abgelehnt haben, voll Gebrauch machen wird.

Landeshauptmann Ratzenböck hat ausdrücklich betont, daß Oberösterreich nach den neuen Wohnbauförderungsrichtlinien die großzügigste Wohnbeihilferegelung aller Bundesländer haben wird. — Dies auch auf Grund dieses Gesetzes, das Sie abgelehnt haben! Ich glaube, das spricht für sich.

Tirols Landesrat Zanon hat erklärt, daß Tirol seine Zielrichtung beibehalten wird, die Eigentumswohnungen so gut wie möglich zu fördern, und sagt sogar, daß das Mehr an notwendigem Geld nur in der angemessenen Anhebung der Annuitäten der Altdarlehen gefunden werden kann.

Wenn die Verordnungen so gut sind, dann kann das Gesetz doch auch nicht so schlecht sein, wie Sie es immer machen!

Festzuhalten bleibt also, daß bei dem Übermaß an Lob, das die Landesorganisationen der ÖVP den jeweiligen Durchführungsverordnungen gespendet haben, das Übermaß an Kritik, mit dem die Bundes-ÖVP die neuen Wohnbauförderungsgesetze überhäuft hat, nicht hält und der Stil der gesamten ÖVP in einem höchst fragwürdigen Licht erscheint.

Festzuhalten, meine Damen und Herren, bleibt weiters, daß die Bundes-ÖVP durch eine gezielte Greuelpropaganda — man kann das direkt schon so bezeichnen — und durch die Überstrapazierung von Begriffen wie „Belastungspaket“ und „Eigentumsfeindlichkeit“ ... (*Abg. Dr. Keimel: Herr Kollege Eigruber! Die Greuelpropaganda war 1945*

vorbei!) Herr Dr. Keimel, gerade diese Worte haben Sie gebraucht: „Belastungspaket“ und „Eigentumsfeindlichkeit“. Ich habe heute vermißt, daß Sie zu diesen Punkten sprechen. (*Abg. Dr. Keimel: Eigruber! Wir sind bereits im parlamentarischen Bereich!*) Das gehört aber auch nicht hierher. Das möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen. Sie gehen sehr ins Private. Aber ich kann ja auch einmal privat werden. (*Abg. Dr. Keimel: Sie haben angefangen mit der „Greuelpropaganda“!*) Sie haben den neuen Minister angegriffen, ohne ihm bisher eine Chance zu geben, sich zu verteidigen. Sie haben bewiesen, daß Sie nicht zusammenarbeiten wollen. Sie haben damals Ausdrücke wie „Belastungspaket“ und „Eigentumsfeindlichkeit“ gebraucht.

Die Bevölkerung wurde durch Ihre Aussagen ausdrücklich verunsichert. Wir sehen immer wieder, daß Sie parteipolitisches Kapital oder Kleingeld für sich herauschlagen wollen. Der beste Beweis dafür ist vorgestern die Fragestunde gewesen, Herr Dr. Keimel. Da haben Sie wieder einmal bewiesen, daß es Ihnen nur um das Wohl der ÖVP und nicht um das Wohl des österreichischen Staates geht.

Die Landesorganisationen der ÖVP verkaufen ihre Durchführungsverordnungen als die „Jahrhundertknüller“, um durch die Vergabe von Mitteln, die noch dazu größtenteils aus dem Topf des Bundes kommen — das muß man immer wieder sagen: die Steuerhoheit liegt beim Bund, aber der Bund wird immer wieder schlechtgemacht, wenn er im Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden Geld gibt —, politische Propaganda zu betreiben.

Wir Freiheitlichen sehen die neuen Wohnbaugesetze als eine Möglichkeit für eine strukturelle Anpassung im Bereich der Wohnbauförderung und als einen ersten Schritt zu einer erfolgreichen Althausanierung an. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war die verstärkte Föderalisierung des gesamten Bereichs der Wohnbauförderung. Unsere Intention bei der Schaffung der neuen Wohnbaugesetze war es, den Ländern eine Ausrichtung der konkreten Förderungskonditionen auf Ihre spezifischen Länderbedürfnisse zu ermöglichen. Das ist echter Föderalismus, den wir immer gewollt und auch hineingebracht haben.

Bereits ein erster Überblick über die von den Bundesländern erlassenen Durchführungsverordnungen läßt erkennen, daß die Länder, wie sich an der Bandbreite der Einzelregelungen ablesen läßt, unseren Intentionen

Eigruber

nen im hohen Ausmaß entsprochen haben und daß somit die Wohnbauförderung von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden ausgestaltet ist.

Einige Beispiele dazu:

Zunächst ist festzustellen, daß das Ausmaß des Förderungsdarlehens generell gestiegen ist. Mit 85 Prozent der angemessenen Gesamtbaukosten liegt der Anteil des öffentlichen Darlehens an der Gesamtfinanzierung in Niederösterreich am höchsten. Am niedrigsten ist der Anteil in Salzburg mit 40 Prozent bei den Eigentumsformen und 50 Prozent bei den Mietwohnungen.

Weiters kommt es in allen Ländern zu einer Verkürzung der Darlehenslaufzeit. Die Palette reicht nunmehr von 25 Jahren in Vorarlberg bis zu 44 Jahren im Burgenland. Der Zinssatz für das Förderungsdarlehen beträgt zu Beginn der Darlehenslaufzeit zwischen 0,5 und 1 Prozent. Die Länder Steiermark, Salzburg und Wien sehen eine tilgungsfreie Zeit vor.

Die Prophezeiung des Kollegen Keimel, der ausgehend von einer etwas abstrusen Rechnung mit einer Reduktion der Laufzeit von rund 50 Jahren auf 25 Jahre und einer gleichzeitigen Hinaufsetzung der Verzinsung von 0,5 auf 6 Prozent eine alarmierende Verteuerung für die Österreicher am Horizont gesehen hatte, hat sich somit endgültig als unwahr herausgestellt. Ich glaube, es war echte Schwarzmalerei, Herr Dr. Keimel, was Sie da vollbracht haben. *(Abg. Dr. Keimel: Ich liefere Ihnen die Unterlagen des Statistischen Zentralamtes!)*

Wahr ist vielmehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß erst das neue Wohnbauförderungsgesetz den Ländern ermöglicht hat, von den schon legendär gewordenen 47 1/2 Jahre dauernden und mit 0,5 Prozent verzinsten Förderungsdarlehen abzugehen und geänderte Tilgungspläne und Tilgungsmodalitäten, wie etwa eine kürzere Laufzeit oder eine unterschiedliche Tilgung während der Laufzeit, vorzusehen. Wie die Durchführungsverordnungen zeigen, haben die Länder von diesen Möglichkeiten weidlich Gebrauch gemacht.

Bei der Förderung von Eigenheimen sind die Regelungen in den einzelnen Bundesländern noch unterschiedlicher ausgefallen: das Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark und Wien gewähren einen Pauschalbetrag, Tirol und Vorarl-

berg einen Fixsatz pro Quadratmeter Nutzfläche. Salzburg dagegen leistet für die Errichtung von Eigenheimen Annuitätenzuschüsse, die allerdings zurückzuzahlen sind.

Im Bereich der Wohnhaussanierung bietet Wien ein sehr differenziertes Förderungssystem an. Primär besteht hier die Förderung in der Gewährung von Annuitätenzuschüssen, subsidiär sind auch Förderungsdarlehen vorgesehen. Zwei weitere Bundesländer, nämlich Oberösterreich und Salzburg, sehen gleichfalls differenzierte Förderungssysteme für den Bereich der Wohnhaussanierung vor.

Bei allen Unterschieden in der Gestaltung der Wohnbauförderung in den einzelnen Bundesländern lassen sich jedoch auch Gemeinsamkeiten feststellen. Auf zwei Beispiele möchte ich hier kurz näher eingehen.

Zunächst einmal darf ich vermerken, daß alle Bundesländer für den Fall einer vorzeitigen Rückzahlung der Förderungsdarlehen den von der Freiheitlichen Partei angeregten Nachlaß von 25 Prozent des bis zum Zeitpunkt des Ansuchens aushaftenden, nicht fälligen Restdarlehens vorsehen.

Ich höre, daß der Herr Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis die Idee einer vorzeitig begünstigten Rückzahlung unterstützen wird und ihr sehr aufgeschlossen gegenübersteht; aufgeschlossener als sein Vorgänger. Ich darf deponieren, daß die Freiheitliche Partei den Ausbau des Instruments der begünstigten Rückzahlung befürworten wird. Der Herr Minister hat das ja in der Fragestunde bestätigt.

Ein zweites Charakteristikum, das nahezu allen Ländern gemeinsam ist, darf ich hier als besondere Pikanterie erwähnen: Nahezu alle Bundesländer fördern Mietformen besser als Eigentumsformen. In Salzburg wird sogar bei der Rückzahlung von Altdarlehen zwischen Miete und Eigentum zugunsten der Miete unterschieden. Dieser Umstand verdient deshalb besondere Erwähnung, weil die Bundes-ÖVP die Wohnbaugesetze vor allem mit dem Argument „eigentumsfeindlich“ abgelehnt hat. Wir sehen, daß gerade ÖVP-Bundesländer das machen, was die ÖVP prophezeit hat.

Wir von der Freiheitlichen Partei haben damals immer darauf hingewiesen, daß eine förderungsrechtliche Gleichstellung von Miet- und Eigentumswohnungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz — sieht man von der Frage der Eigenmittel ab — absolut möglich ist, allerdings nur unter einer Voraussetzung:

8886

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Eigruber

Die Länder müssen Miet- und Eigentumswohnungen auch gleich fördern.

Ich persönlich meine, daß eine differenzierte Förderung von Miete und Eigentum denkbar und — dem Charakter der Mietwohnungen als Sozialwohnungen entsprechend — auch sinnvoll ist. Bleibt man jedoch in der Terminologie der Bundes-ÖVP und behauptet, daß jede Differenzierung zwischen Miete und Eigentum bereits eigentumsfeindlich ist, so müßte man feststellen, daß die meisten ÖVP-Bundesländer — ich habe das schon erwähnt — eine eigentumsfeindliche Wohnbauförderungspolitik betreiben. Das werden sich jedoch die ÖVP-Bundesländer von der Bundes-ÖVP sicher nicht vorwerfen lassen.

Wie gesagt: Die neuen Wohnbaugesetze sind eine Möglichkeit für eine strukturelle Anpassung im Bereich der Wohnbauförderung und ein erster Schritt für eine erfolgreiche Althausanierung. Weitere Schritte müssen folgen. Ich begrüße es daher außerordentlich, daß Herr Bundesminister Dr. Übleis für den Herbst dieses Jahres grundsätzliche Gespräche über die Wohnbauförderung und die Wohnhaussanierung angekündigt hat.

Klar und selbstverständlich ist natürlich, daß das Thema „Wohnbau“ und „Wohnhaussanierung“ sehr komplex ist und daß begleitende Maßnahmen im Bereich des Mietrechtes und des Steuerrechtes notwendig sind. Auch diese Gespräche wurden uns angekündigt. Wir Freiheitlichen bekennen uns dazu. Minister Ofner hat mir heute mitgeteilt, daß in seinem Ministerium bereits konstant an der Änderung des Mietrechtes gearbeitet wird. Wir werden uns bemühen, auch in diesem Bereich die notwendigen Maßnahmen setzen zu können.

Mit dem Anlaufen der neuen Wohnbauförderungsgesetze hat jedenfalls für uns Freiheitliche die Diskussion um den Wohnbau und die Wohnhaussanierung erst begonnen. Dabei stehen für uns folgende Maßnahmen im Vordergrund:

Sonderaktionen, wie zum Beispiel Sonderwohnbauprogramme, Sonderkreditaktionen oder gezielte Anleihen mit Sonderkonditionen, müssen verstärkt unterstützt und weitergeführt werden.

Im Zusammenhang mit dem Bausparen scheinen eine Valorisierung der Bemessungsgrundlage, neue Bausparvarianten mit längerer Ansparzeit, eine Erhöhung der Prämie oder aber auch ein Herabstützen von Zwi-

schenkrediten, damit die Bauwilligen wirklich auch sofort mit entsprechend günstigen Finanzierungsmöglichkeiten ihre Bautätigkeit aufnehmen können, denkbar.

Wie erwähnt, müssen auch die Möglichkeiten für eine vorzeitige begünstigte Rückzahlung verbessert werden. Und schließlich sind meiner Meinung nach auch steuerliche Begleitmaßnahmen, wie zum Beispiel vermehrte Abschreibungsmöglichkeiten und Maßnahmen im Bereich der Sonderausgaben, notwendig.

Abschließend möchte ich betonen, daß zur Lösung all dieser Fragen eine verantwortungsvolle und sachliche Diskussion zwischen allen Parteien — und da ersuche ich wieder die ÖVP, hier mitzutun — notwendig ist und nicht polemisches parteipolitisches Hickhack. Ich hoffe, daß die ÖVP ihre bisherige Rolle vergessen kann und zu einer sachlichen Diskussion und zu einem sachlichen Diskussionsstil auch in der Frage der Wohnbauförderung zurückfinden wird. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 14.15

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer.

14.15

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Zeit, die ich mir zu reden vorgenommen habe, ist leider zu kurz, um dem Herrn Abgeordneten Eigruber den notwendigen Nachhilfunterricht zu erteilen. Seine Unkenntnis über das von ihm selbst mit beschlossene Gesetz und über die Unterschiede zwischen Grundsatzzgesetz und Verordnungen ist zu groß, um in einer kurzen Rede das alles ausräumen zu können.

Aber auf eines möchte ich ihn schon aufmerksam machen. Er hat die Wiener Verordnungen angesprochen. Wenn durch die Mitwirkung der Volkspartei in den Wiener Wohnbauverordnungen von der Ermächtigung zur Anhebung der Rückzahlung der Altdarlehen und zur Anhebung der Verzinsung kein Gebrauch gemacht wurde, wenn in den Wiener Wohnbauverordnungen von der gesetzlichen, von Ihnen mit beschlossenen Ermächtigung zur Benachteiligung des Eigentums kein Gebrauch gemacht wurde, ist das sicherlich, Herr Eigruber, kein Beweis für die Qualität des Gesetzes, sondern ein Beweis dafür, daß bei vernünftiger Zusammenarbeit die Dinge, die durch Ihre Mitwirkung hätten möglich werden können, doch noch verhindert werden konnten.

Dr. Schwimmer

Aber vielleicht glauben Sie als Oberösterreicher einem oberösterreichischen Sozialisten mehr als mir. Ich rate Ihnen daher, sich an Herrn Landesrat Neuhauser zu wenden, der zufällig heute in einer oberösterreichischen Zeitung zum Ausdruck bringt, daß die Länder auf Grund struktureller Unterschiede im Verordnungsweg Details des Wohnbaus bestimmen können sollen und ein Abgehen von dieser Linie für ihn unvorstellbar ist.

Nur weil es die Länder zum Großteil verstanden haben, in der Verordnung von den Dingen, die Sie mit beschlossen haben, keinen Gebrauch zu machen, funktioniert das, was auf dem Verordnungsweg in den Ländern statuiert wurde, verhältnismäßig gut. Das ist sicher kein Verdienst des Gesetzes.

Dem Herrn Abgeordneten Schemer, der da ein Donauinselmärchen in die Welt setzen wollte, möchte ich auch die Erinnerung etwas auffrischen.

Herr Abgeordneter Schemer! Die Volkspartei bekennt sich zur Kritik, die an den ursprünglichen Plänen zur Donauinsel geäußert wurde. Im Gegenteil, wir haben sogar Grund, auf diese Kritik stolz zu sein. Ohne diese Kritik an den größtenwahnsinnigen Plänen zur Donauinsel wäre sie vielleicht so gebaut worden, dann wäre die Inselstadt gebaut worden mit hohen Gemeindebautürmen, dann gäbe es das Freizeitparadies nicht. (Abg. Schemer: *Hat sich doch nichts geändert!* — Abg. Ing. Hobl: *Sie waren doch grundsätzlich gegen die Neue Donau, gegen die Insel!*) Das Freizeitparadies gäbe es nicht, Sie wollten dort Gemeindebauten errichten. Sie wollten dort Stadien errichten. Natürlich stimmt das, Herr Kabas, die Pläne sind doch bekannt. Warum regen Sie sich so auf, Herr Hobl? Warum bekommen Sie solch einen roten Kopf, Herr Hobl? — Weil es die roten Pläne gewesen sind, die Größenwahn zum Ausdruck gebracht haben, weil nach den roten Plänen damals Milliarden auf der Donauinsel verbaut worden wären. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es dort heute ein Freizeitparadies gibt, Herr Ing. Hobl, ist das ein Verdienst der Kritik der Volkspartei an den größtenwahnsinnigen Plänen, die nicht verwirklicht worden sind. (Abg. Schemer: *Sie haben die Koalition aufgelöst!*)

Da kommen wir jetzt gleich zu Plänen, die Sie heute mit der Sonderstraßengesellschaft verwirklichen wollen. Beruhigen Sie sich, seien Sie nicht so nervös, wenn man einmal

die Wahrheit sagt. Vielleicht hören Sie sich auch die Wahrheit zur Sonderstraßengesellschaft, die Sie heute mit roten und blauen Stimmen beschließen wollen, an.

Der Herr Abgeordnete Schemer wollte das auch so darstellen, auch in der Märchenform über die Donauinsel: Ja wenn es die Sonderstraßengesellschaft nicht gäbe, dann gäbe es auch die Straßen nicht. Wer gegen die Sonderstraßengesellschaft ist, der ist auch gegen die Straßen.

Herr Abgeordneter Schemer! Ich bin heute über die von Ihnen erwähnte Süd-Ost-Tangente gefahren. Wenn das so stimmen würde, wie Sie es sagen, dann muß ich durch eine Traumlandschaft gefahren sein, denn die Süd-Ost-Tangente dürfte es dann überhaupt nicht geben. Es gab keine Sonderstraßengesellschaft zur Planung und Errichtung der Süd-Ost-Tangente oder anderer Bundesstraßen. Das müssen dann alles Traumstraßen oder Traumlandschaften sein, die Straßen, die hineingebaut sind, oder ich müßte in Trance darübergefahren sein. Was hat der Bau einer Straße grundsätzlich und ursächlich mit der Errichtung einer Sondergesellschaft zu tun?

Ich kann es Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Schemer: Am 16. Februar stand in der „Kronen-Zeitung“ zu lesen, und zwar unter Berufung auf zwei sozialistische Spitzenpolitiker, den damaligen Bautenminister Sekanina, dem Sie offensichtlich noch nachweinen, weil Sie auch solch eine Sondergesellschaftsphilosophie vertreten, im Gegensatz zum jetzigen Bautenminister Übleis, und den Wiener Stadtrat Rautner, die einander gegenseitig vorgeworfen haben, daß der Bund schlampig plane beziehungsweise daß die Stadt Wien schlampig plane. Überschrift: „Wer plant schlampiger — Bund oder Stadt Wien?“ Sekanina hat der Stadt Wien vorgeworfen, daß sie 1,8 Milliarden Schilling in vier Jahren nicht verwendet habe für den Straßenbau, obwohl sie zur Verfügung gestanden wären, daß allein innerhalb kurzer Zeit 400 Millionen Schilling nicht verbaut worden sind, die den von Ihnen genannten Projekten A 22, A 23, A 24 zugute gekommen wären. Das hat Sekanina der Stadt Wien vorgeworfen.

Rautner war nicht faul und hat Sekanina vorgeworfen, das Ministerium sei schlampig und plane nicht richtig.

Was ist die Konsequenz aus der Schlampelei der beiden, die übrigens auch noch von den beiden in die Wege geleitet wurde? Das Übereinkommen zur Errichtung dieser Son-

Dr. Schwimmer

derstraßengesellschaft stammt ja noch von Sekanina. Man nimmt sich einen Packesel für die Koordinationsprobleme dieser sozialistischen Spitzenpolitiker, um nicht zu sagen, für die Streitereien dieser sozialistischen Spitzenpolitiker. Diesen Packesel, sprich Sonderstraßengesellschaft, läßt man im Garten des Bürgers, des Steuerzahlers grasen, denn er muß ja bezahlen, was an zusätzlichen Kosten durch eine solche Gesellschaft auflaufen wird. Es besteht — darauf werde ich auch noch zurückkommen — die Gefahr, daß dieser Packesel auf den Interessen der betroffenen Bürger herumtrampelt und auf sie nicht Rücksicht nimmt.

Es ist schon richtig, Herr Abgeordneter Schemer, wie Sie auch im Bautenausschuß zugegeben haben, daß es gerade im Bereich des Magistrats der Stadt Wien einen Kompetenzschub gibt und daß dort die Koordination oft sehr schwerfällig ist. Wenn aber auch noch mit den Bauabteilungen des Ministeriums zu koordinieren ist, dann wird es noch schwieriger. *(Abg. Schemer: Sie formulieren das völlig anders, als ich es gesagt habe!)*

Ich habe Ihnen selbst auch ein Beispiel genannt. Ich war einmal beteiligt an der Errichtung eines Pausenplatzes für eine Volksschule, wo ich im Elternverein tätig war. Zur Errichtung des Pausenplatzes kam eine Kommission, in der zwölf Magistratsabteilungen vertreten gewesen sind, von der Verwaltung der städtischen Schulgebäude bis zur städtischen Friedhofsverwaltung. Die wollten alle mitwirken und mitmischen. Ich kann mir schon vorstellen, daß es beim Straßenbau noch schwieriger wird mit den Kompetenzen. Nur, mit einer solchen Sonderstraßengesellschaft wird es ja noch schwieriger.

Die Magistratsabteilungen bis hin zur Friedhofsverwaltung gibt es ja nach wie vor. Die werden bei den Kommissionierungen nach wie vor mitwirken. Nur tritt dann zu den bisher vorhandenen Bürokratien einer ganzen Latte von Magistratsabteilungen und zu den Bauabteilungen des Ministeriums noch eine neue, eine Sonderbürokratie hinzu, die unter dem Tarnmäntelchen einer Gesellschaft, einer privatrechtlichen Firma, auftritt, aber in Wahrheit ja auch nichts anderes ist als der verlängerte Arm der bereits etablierten und bestehenden Bürokratien.

Wozu dann eigentlich das Ganze? Wozu 3 Millionen vom Bund für diese Sonderstraßengesellschaft, die keine Finanzierungs-gesellschaft ist, sondern eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft? 1 Million Schilling

zusätzlich für die Gründung der Gesellschaft von der Stadt Wien: Wird deswegen die Bürokratie im Ministerium oder im Magistrat der Stadt Wien abgebaut? Gibt es dort weniger Beamte? — Nein, es gibt dann zusätzliche Beamte, die sich damit in der Sonderstraßengesellschaft beschäftigen werden. Ich habe den Verdacht — und ich werde der erste sein, der Gott sei Dank sagt, wenn der Verdacht unberechtigt ist —, daß sich die Sonderstraßengesellschaft, nur mit zusätzlicher Entlohnung, zum Teil wieder jener Leute bedient, die ansonsten von Amts wegen in ihrem Dienst in den entsprechenden Magistratsabteilungen et cetera mit dieser Aufgabe befaßt gewesen wären, sodaß am Schluß einfach nur herauskommt: Der Steuerzahler hat mehr dafür zu bezahlen. Der Packesel für die Probleme der streitenden sozialistischen Spitzenpolitiker grast dann im Garten des Bürgers und Steuerzahlers. Das ist das, was ich befürchte, was hinter der Gründung einer solchen Sondergesellschaft stehen kann.

Etwas Zweites steht wahrscheinlich dahinter. Herr Abgeordneter Schemer! Sie kennen ja die Geschichte der A 24, der Fortsetzung der Süd-Ost-Tangente nach Nordost Richtung Hirschstetten vom Knoten Kaisermühlen. Sie haben noch bei der letzten Bundesstraßen-Novelle mit Verve und Vehemenz die Tieflage verteidigt, Sie haben gesagt: Die Bürgerinitiativen, die es dort gibt, sind ja nicht ernst zu nehmen, sie sind nur von der ÖVP aufgestachelt. Ich könnte die wörtlichen Zitate des Abgeordneten Schemer bringen.

Heute sind Sie Gott sei Dank auch so weit, zu sagen: Die 160 Siedler dort müssen geschützt werden. Es gibt ja auch noch andere Umweltprobleme im Zusammenhang mit der A 23 oder der A 24: die Probleme des Grundwasserstromes, der durch eine Tieflage beeinträchtigt werden könnte. Ich bin auch dafür, daß man die Variante forciert, die die Hochlage über die Ostbahntrasse verfolgt. *(Abg. Schemer: Die Hochlage ist schon vorbei! Das kennen Sie noch gar nicht! Sie reden über Dinge, die Sie gar nicht kennen!)*

Herr Abgeordneter Schemer! Danke für den Zwischenruf, denn das scheint jetzt der springende Punkt von der Sondergesellschaft zu sein. Sie wollen offensichtlich die zuständigen politischen und behördlichen Stellen ausschalten. Warum ausschalten? Um die Auseinandersetzung mit dem Bürger auszuschalten, um die Möglichkeiten der Bürgermitbestimmung dort auszuschalten! *(Abg. Schemer: Aber nein! Die ÖVP-Donaustadt hat gestern in der Bezirksvertretung einem neuen Pro-*

Dr. Schwimmer

jekt die Zustimmung gegeben!) Es ist Ihnen ja noch sehr in den Knochen gelegen, daß zum Beispiel bei der A 22, der Donauuferautobahn, ... *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Schemer.)* Stimmt ja nicht, Herr Abgeordneter Schemer. Ich habe mich heute noch mit meinen Parteifreunden in der Donaustadt unterhalten. Es geht zum Beispiel um das Problem der Anknüpfung oder Nichttanknüpfung ... *(Abg. Schemer: Das wissen Sie alles nicht!)* Haben Sie ausgeschrien? Darf ich ausreden? Schreien Sie bitte aus! *(Abg. Schemer: Sie wissen nicht, was die ÖVP gestern gesagt hat! Fragen Sie den Regner, der wird Sie aufklären!)*

Herr Abgeordneter Schemer! Sie wissen doch selber, nachdem Sie auch einmal in der Bezirksvertretung tätig waren, daß über einen solchen Projektvorschlag überhaupt nicht abgestimmt wird. Das wissen Sie selbst ganz genau. Also warum behaupten Sie hier wahrheitswidrig, wider besseres Wissen in Ihrem Falle, daß hier eine Zustimmung erfolgt wäre?

Herr Abgeordneter Schemer! Es geht zum Beispiel darum, daß man verhindert, daß der Verkehr unmittelbar in die Wohnbezirke, in die Wohngegenden gelockt wird durch eine Anknüpfung an die B 3, an die Erzherzog Karl-Straße. Hier gibt es Interessen der betroffenen Bevölkerung. Die möchte mitreden. Die möchte, daß die verantwortlichen Politiker Rede und Antwort stehen. Was Sie mit der Sondergesellschaft machen wollen, ist, das abzuschieben, zu sagen: Hier sind nicht die Politiker verantwortlich. Hier ist nicht der Stadtrat verantwortlich. Hier ist nicht die Behörde verantwortlich. Das ist eine Gesellschaft, das alles geht uns nichts an. Die Bevölkerung müßte sich mit vollendeten Tatsachen abfinden, wenn es nach Ihren Vorstellungen, Herr Schemer, geht.

Bei der A 22, bei der Donauuferautobahn, wäre es auch nicht anders gewesen. Da haben Sie ursprünglich auch keinen Tunnel geplant. Da haben Sie auch keinen Lärmschutz durch einen Tunnel geplant. Wenn die Sonderstraßengesellschaft schon damals bestanden hätte, Herr Abgeordneter Schemer, dann hätten Sie Ihr Projekt durchgezogen *(Abg. Schemer: Das stimmt doch nicht!)*, und die Betroffenen, die Benachteiligten wären die Bewohner von Kaisermühlen gewesen. Das möchten Sie sich ein zweites Mal ersparen. Sie wollen die Mitwirkung der Bevölkerung ausschalten. *(Abg. Schemer: Sie kennen die Donaustädter Probleme nicht, das ist alles!)*

Das, Herr Abgeordneter Schemer, ist der Grund, warum wir sehr wohl ja sagen zu einer sachgerechten, vor allem umweltfreundlichen Lösung der Verkehrsprobleme, ja sagen zum sachgerechten und umweltgerechten Bau der A 22 und zur Fortsetzung der Nord-Ost-Tangente, aber nein sagen zur Schaffung einer neuen, einer zusätzlichen, nur privatrechtlich getarnten Bürokratie und nein sagen zur Ausschaltung der Bürgermitbestimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.31

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Übleis.

14.31

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin glücklich, daß die Bevölkerung Österreichs mittlerweile meine Aktivitäten honoriert, insbesondere was die Baustellen anlangt.

Heute beispielsweise ist keine einzige Baustelle auf der Südautobahn. Nur bei der ÖVP hat sich das noch nicht herumgesprochen, Herr Abgeordneter Keimel. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Das ist wohl Ihre normale Pflicht!)*

Ich glaube, wir haben viel in diesen Monaten getan, wir haben auf die Bundesländer eingewirkt, die ja überwiegend ÖVP-dominiert sind, die nichts getan haben in der Vergangenheit. Es waren unsere Initiativen vom Bautenministerium aus, die dazu geführt haben, daß der erste Schritt gesetzt wurde, daß die Baustellen nun an Freitagen weggeräumt werden. Das zur Einleitung, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Wie lange haben wir SPÖ-Regierung auf dem Straßengebiet? Wie lange haben wir das schon, Herr Minister? — Abg. Dr. König: Zu lange! — Abg. Dr. Keimel: Herr Minister! Ich habe nur davon gesprochen, ob das Sekanina eingeleitet hat!)* Es ist, glaube ich, im Zuge einer ordnungsmäßigen Verwaltung so, daß man die fortsetzt, und die war auch vor meiner Zeit schon ordentlich. Da bin ich nämlich beim zweiten Punkt meiner Wortmeldung. Ich kann das immer wieder betonen: Es hat sich nichts herausgestellt bei den Untersuchungen im Ministerium, daß irgendwelche Notwendigkeiten dafür bestanden hätten, den Rechnungshof einzuschalten! Ich war einige Tage nach meinem Amtsantritt beim Präsidenten. Wir haben alle Punkte durchbesprochen. Es besteht nach wie vor keine Veranlassung dazu.

8890

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Ich habe auch offen aufgezeigt, daß erwiesenermaßen bei der Bundesbaudirektion Wien und bei den früheren BGVs 50 Fälle aufgetreten sind, die untersucht wurden, die zum Teil bei Gericht oder bei der Disziplinarbehörde abgehandelt worden sind. Wir leugnen nichts; wir haben keinen Grund. Aber man kann nicht immer nachforschen, ob nicht doch da oder dort etwas auftaucht. Es ist Gott sei Dank nichts aufgetaucht. Aber trotzdem bieten diese Fälle dazu Veranlassung, daß wir in Zukunft eine Neuordnung des Bundeshochbaues vornehmen werden.

Die Baupolitik sollte abgestimmt werden. — Herr Abgeordneter Keimel! Hier ist bereits zwischen Post, Bahn und Bautenministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die nicht nur die Projekte abstimmt, sondern die auch die Vergabevorschriften abstimmt. Gestern habe ich in meiner Anfragebeantwortung leider mitteilen müssen, daß in den Vergabevorschriften der Bundesländer leider die ÖNORM A 2050 nicht als verbindlich erklärt wurde. Bei uns ist sie verbindlich erklärt, auch bei den Sondergesellschaften, sodaß jede Firma die Chance bekommt, einen Auftrag ordnungsgemäß zu erhalten.

Was den Umfang unserer Investitionen anlangt: Bauwirksame Ausgaben werden heuer im Hochbau 8,5 Milliarden, im Wasserwirtschaftsfonds 6 Milliarden, Steigerung um 9 Prozent, im Straßenbau 18,5 Milliarden sein, das bedeutet eine Erhöhung der Investitionen um 14 Prozent.

Es hat heute niemand darüber gesprochen, daß gerade vor einigen Tagen mit unserer Mithilfe, der des Finanzministers und des Bautenministers, der Marchfeld-Kanal fixiert wurde, wo 2 Milliarden Schilling in den nächsten fünf Jahren investiert und 500 Arbeitsplätze gesichert werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bund leistet nicht nur 900 Millionen und das Land nur 200 Millionen Schilling, auch die 300 Millionen Schilling aus dem Katastrophenfonds und die 600 Millionen Schilling aus dem Wasserwirtschaftsfonds leistet der Bund. Das heißt, der Bund leistet 1,8 Milliarden Schilling und das Land 200 Millionen Schilling, Herr Abgeordneter! Das, bitte, möge hier festgestellt sein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Herr Minister! Das leisten alle Körperschaften, die Fonds sind ja alle Gebietskörperschaften!)*

Wenn Sie, Herr Abgeordneter, kritisiert haben, daß ich so wie mein Vorgänger viel

ankündige, dann sind Sie auch nicht darüber informiert, daß vieles schon verwirklicht wurde und in den nächsten Tagen und Wochen noch verwirklicht wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich darf Ihnen nun jene Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die von mir bereits gesetzt wurden:

Es wird ab Montag, dem 1. Juli, eine zentrale Planung und Kontrolle eingerichtet,

es wird ein Umweltbeauftragter bestellt,

es wird eine Stelle für begleitende Kontrolle eingerichtet,

im Hochbau wird die Organisation nach Vorliegen einer bereits in Auftrag gegebenen Studie mit 1. Jänner 1986 abgeschlossen.

Es wurden die Bauträgerverträge geändert; heute sind es schon 29 Architekten, gestern waren es noch 28, die in der Zwischenzeit neu einen Auftrag bekommen haben.

Es werden alle Projekte der Ressorts nach Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit überprüft, ein Projekt ist zurückgestellt worden, weil es noch einer eingehenden Überprüfung bedarf.

Es wird kein Grundstück mehr gekauft, wenn eine Baufirma oder ein Architekt eine Option hat.

Ich könnte Ihnen im Rahmen des Hochbaues noch viel dazu sagen.

Wir sparen beim Ausbau der Autobahnen, bei den Straßenmeistereien allein 1,5 Milliarden Schilling ein. Wir bauen schmalere Straßen, kleinere Anschlußstellen, wir beschließen heute ein neues Gesetz, wir haben die ASFINAG-Novelle abgehandelt, wir haben mit den Ländern die Bundesstraßengesetznovelle abgehandelt, einvernehmlich mit den Landeshauptleuten, Herr Abgeordneter, sodaß die Streichung dieser Straßen wirklich deshalb erfolgt ist, weil es einfach die Umweltsituation nicht mehr zuläßt, daß man neben bestehenden, ausgebauten Bundesstraßen zusätzliche Betonstrecken in die grüne Wiese legt; das ist in der heutigen Zeit einfach nicht mehr möglich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir bringen Verbesserungen bei der Grundeinlösung in der Bundesstraßengesetznovelle, für viele Österreicher eine finanzielle Besserstellung.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Wir sind dabei, Herr Abgeordneter, dafür zu sorgen — und das haben Sie nicht von mir heute verlangt, sondern ich habe das schon vor Wochen gesagt —, daß Schwerpunkte im Straßenausbau jene Stellen haben werden, wo sich die meisten Unfälle ereignen, wo die meisten Stauere auf treten und wo sich die Urlauber ärgern, wenn sie nach Österreich kommen.

Wir haben die Ausgaben für den Umweltschutz im Straßenbau erhöht, Im Vorjahr waren es 150 Millionen, heuer sind es bereits 280 Millionen für den Ausbau von Lärmschutzeinrichtungen, und es wird in Kürze, in einigen Tagen, eine Ausschreibung stattfinden, ein Ideenwettbewerb für landschaftsgerechte Lärmschutzeinrichtungen. Auch diese Initiative ist von uns.

Es wird am 1. Juli eine Wasserstraßendirektion gegründet, das Bundesstrombauamt wird aufgelöst, und wir werden uns in Zukunft viel stärker um die Biologie entlang der Donau kümmern. *(Abg. Dr. Keimel: Kommt auch noch von Sekanina!)*

Wir schaffen im Arsenal in Wien einen Technopark, für kleine Betriebe die Möglichkeit, international konkurrenzfähig zu werden.

Und vielleicht eine Kleinigkeit, aber von den Menschen in Österreich und speziell in Wien ganz besonders anerkannt: Es wird endlich der Tiergarten Schönbrunn moderner werden. Das ist, glaube ich, auch notwendig. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Keimel! Die Sondergesellschaften waren in der Vergangenheit notwendig. Was würde der Herr Landeshauptmann Wallnöfer oder Herr Landeshauptmann Krainer sagen, wenn er keine Straße von Wien nach Westen oder von Wien nach Süden hätte? Diese Gesellschaften haben ihre Aufgabe erfüllt, aber ich bin auch der Meinung, daß man in Zukunft keine Finanzgesellschaft mehr schaffen sollte. Wir haben daher sofort einen Bundesbautenfonds gestoppt und wir errichten diese Wiener Gesellschaft ja nicht als Finanzierungsgesellschaft, diese Gesellschaft ist nicht berechtigt, Kredite aufzunehmen, sie wurde wirklich geschaffen, damit das Management verstärkt, die Planung beschleunigt werden kann. Derzeit wird bei uns im Ministerium und bei der Stadt Wien geplant, künftig plant nur eine Stelle. Der Personalaufwand ist ganz gering gehalten.

Ich bin überzeugt, daß diese Gesellschaft es

möglich machen wird, daß bei der Vergabe der einzelnen Leistungen vieles eingespart werden kann, und in Zukunft wird es auch notwendig werden — das muß ich offen zugeben —, daß man die jetzigen Sondergesellschaften überprüft, nämlich dann, wenn die Bauten vorbei sind, wenn diese Gesellschaften reine Betriebsaufgaben erfüllen. Dann kann man sicher hier eine gewisse Vereinheitlichung vornehmen.

Große Diskussion zuletzt zwischen den Herren Abgeordneten Schemer und Schwimmer. Ich darf, bitte, hier mitteilen, daß am 25. Juni mit Vertretern der Stadt Wien — Herrn Vizebürgermeister Mayr und den Stadträten Hofmann und Rautner —, mit Vertretern des 22. Bezirkes, mit Vertretern der Österreichischen Bundesbahnen Gespräche stattgefunden haben, die bezüglich der A 22, Donauufer-Autobahn, und bezüglich der A 24, Nord-Ost-Tangente-Verlängerung, eine einvernehmliche zukünftige Vorgangsweise festgelegt haben, nämlich: Der Lärmschutztunnel bei der A 22 mit einer Länge von knapp 1 000 Meter mit zweimal vier Fahrspuren wird ausgeführt. Die Anschlußstelle Kaisermühlen wird als Vollanschlußstelle gemäß dem zuletzt vorgelegten Projekt realisiert. Dazu ist eine neuerliche § 4-Verordnung notwendig. Mit dem Bau wird noch heuer begonnen werden. Es wird hierfür 1 Milliarde Schilling aufgewendet.

Das noch wichtigere Gespräch für die Zukunft: daß endlich die jahrelangen Probleme bezüglich der A 24 einer Lösung zugeführt wurden und die Österreichischen Bundesbahnen dieser Lösung zugestimmt haben. Es wird die Trasse entlang der Ostbahn geführt, und sie enthält folgende Merkmale: Niveaulage im Bereich des Bahnhofes Stadlau, Tieflage unter der Erzherzog-Karl-Straße in Form einer wasserdichten Wanne — die Fachleute haben bestätigt, daß hier keine Grundwasserprobleme auftreten —, dann Niveaulage bei der geplanten Umfahrungsstraße Hirschstetten. Die Gesamtkosten werden mit 1,6 Milliarden Schilling angegeben, und es ist gleichzeitig vereinbart worden, daß der Straßenzug bis zum Rautenweg beziehungsweise bis zur B 8, Wagramer Straße, verlängert wird und hierfür weitere 400 Millionen Schilling ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Daran mögen Sie erkennen, daß wir den Verantwortlichen dieser neuen Wiener Gesellschaft die richtige Vorausplanung mitgegeben haben, sodaß in den nächsten Monaten für Wien, glaube ich, große Straßenprojekte verwirklicht werden können, was letzten Endes auch für die

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Arbeitsplätze in dieser Stadt von besonderer Bedeutung ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Keimel kritisierte auch, daß meine Einsparungsvorschläge keine Realität sind. Dem muß ich ebenfalls widersprechen. Es waren diese 639 Kilometer Schnellstraßen und die 35 Kilometer Autobahnen geplant, und die hätten 50 Milliarden Schilling in den nächsten zwölf Jahren verursacht. Da wir nun einige und größere Ausbauten der bestehenden Bundesstraßen vornehmen, sind wir bei 40 Milliarden, und die wären ausgegeben worden, Herr Abgeordneter. Die kommen nun nicht zur Ausgabe. Es handelt sich hier — das muß man der österreichischen Bevölkerung wirklich vor Augen führen — um echte Einsparungen in den nächsten zwölf Jahren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Das ist doch eine glatte Unwahrheit!)*

Eine weitere Einsparung, Herr Abgeordneter — Sie wollen es nicht hören, aber es ist wirklich so —, sind die 1,5 Milliarden bei den Straßenmeistereien.

Eine weitere Einsparung: Streichung der Zivilschutzanlage im Plabutsch-Tunnel — 480 Millionen Schilling.

Einsparungen bei der Autobahnbeleuchtung im Stadtbereich; einige Millionen werden hier eingespart.

Es werden in Zukunft Ortsumfahrungen billiger gemacht.

All das führt zu Einsparungen. Man kann das nicht wegleugnen. Das ist echt Realität!

Nun meine Aussagen zum Wohnbaubereich: Ich habe darauf hingewiesen, daß ich nicht daran denke, bei der Wohnbauförderung in die Zuständigkeiten der Länder einzugreifen. Daß aber vieles hier diskutiert werden muß, ist auch klar. Ich war es, der bereits vor einem Monat erklärt hat, daß ich zu einer Sitzung aller Landesreferenten nach Wien einladen werde. Die Einladungen gehen am Montag weg, und am 23. September werden wir über Möglichkeiten, wie die Hochbaupolitik, die Wohnbaupolitik in Zukunft anders gestaltet werden kann, diskutieren.

Die Stadterneuerung muß Vorrang haben! Wir sind für die Eigentumsbildung selbstverständlich eingestellt. Man darf nicht meine Aussagen immer so interpretieren, wie wenn ich die föderalistischen Probleme hier ändern möchte; die Probleme liegen nämlich in den

Bundesländern. Aber es muß unser Recht sein, daß wir bei 14 Milliarden Förderung Einfluß nehmen, kontrollieren und uns eine neue Hochbaupolitik für die Zukunft überlegen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.46

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Veleta.

14.46

Abgeordneter Veleta (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Auch wenn der Herr Abgeordnete Schwimmer heute lautstark die Donauinsel als Initiative der ÖVP begrüßt und fördert, stimmt halt die Tatsache nicht. Tatsache ist, daß sich die Österreichische Volkspartei vor allem in Wien gegen die Errichtung der Donauinsel ausgesprochen hat.

Es mag vielleicht hie und da ÖVP-nahe Architekten gegeben haben, die die Donauinsel verbauen wollten. Aber Tatsache ist, daß die Österreichische Volkspartei überhaupt gegen die Errichtung des absoluten Hochwasserschutzes und gegen den Bau der Donauinsel war. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eine Unwahrheit schlechthin! Bleiben Sie bei der Wahrheit! Das ist nicht die Wahrheit! Die ÖVP war nie gegen den absoluten Hochwasserschutz!)*

Wir bleiben bei der Wahrheit, weil das ja auch Anlaß war, warum die Österreichische Volkspartei nicht in die Koalition gegangen ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich glaube, das muß man feststellen, weil aus diesem Grund 1973 die Koalition gescheitert ist. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie tun sich mit der Wahrheit so schwer, Herr Veleta!)* Ich überhaupt nicht, Herr Abgeordneter!

Darf ich nun sagen, daß der Herr Bundesminister durch den Bericht über die bisherigen Leistungen bewiesen hat, daß es nicht nur Ankündigungen gibt *(Abg. Dr. Schwimmer: Da beweist er aber Unwahrheiten!)*, sondern daß auch Leistungen erbracht werden. Deshalb werden wir Sozialisten, wie es schon der Herr Abgeordnete Schemer gesagt hat, die Tätigkeit des Bundesministers Übleis mit allen Mitteln unterstützen und fördern.

Wenn hier die Auffassung vertreten wurde, daß Minister Übleis an seinen Vorgängern Kritik geübt hat, so muß man feststellen, daß natürlich jede Verwaltung, ob im Bund oder auch in den Ländern, immer wieder verbessert werden kann.

Veleta

Daher sollten wir auch von diesem Gesichtspunkt aus die Beratung des heutigen Tagesordnungspunktes bezüglich der Gründung einer Gesellschaft betrachten. Denn wie groß die Probleme des Verkehrs gerade in der Großstadt Wien sind, möchte ich mit einigen Zahlen noch ergänzend zu den vom Abgeordneten Schemer angeführten erhärten.

Die Westeinfahrt in Wien in der Hadikgasse wird im Durchschnitt von 36 362 Fahrzeugen täglich befahren, und der Westbahnhof und der Gürtel werden in beiden Fahrtrichtungen auch pro Tag von 76 000 Fahrzeugen betroffen beziehungsweise befahren. Was das an Belastung für die dort wohnende Bevölkerung bedeutet, kann man sich ausmalen.

Ich glaube, daß diese Zahlen für sich sprechen. Ich möchte keine Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellen, denn diese Zahlen zeigen deutlich die Schwierigkeiten, die es gerade in der Großstadt gibt.

Daher kommt die Situation, daß die Planung — das ist ja auch in der Begründung angeführt — nicht optimal ist. Warum ist das so? — Nicht weil irgendwelche Politiker nicht rechtzeitig Entscheidungen treffen oder weil die Stadtverwaltung schlecht plant, sondern weil es gerade in der Stadt besondere Probleme zu lösen gibt und weil auch Auffassungsunterschiede zwischen den planenden Stellen bestehen, zum Beispiel Auffassungsunterschiede bei der Frage der Einbauten, ob es nun die Kanal- oder die Wasseranlagen sind, und zum Beispiel auch bei der Entwässerung der Straßen.

Daher gilt es in der Großstadt eben mehr Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen, als dies im freien Gelände der Fall ist. Es wird daher die Aufgabe der zu beschließenden und zu schaffenden Gesellschaft sein, die verschiedenen Auffassungen zu koordinieren und diese Projekte möglichst rasch und unkompliziert zu realisieren.

In der Debatte im Ausschuß wurde auch behauptet, daß die Gründung einer solchen Errichtungsgesellschaft sich dem Kontrollrecht entzieht. Ich glaube, an Hand der Begründung des Antrages kann man diese Auffassung nicht vertreten. Der Bundesminister für Bauten und Technik ist berechtigt und muß berechtigt sein, der Gesellschaft allgemeine Anweisungen über die Durchführung ihrer Aufgaben zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Außerdem hat auch der Aufsichtsrat dieser

Gesellschaft natürlich ein entsprechendes Kontrollrecht wahrzunehmen.

Ich glaube also, daß die Behauptung, daß sich diese Gesellschaft für die Straßenbautätigkeit dem Kontrollrecht entzieht, nicht berechtigt ist.

In der Debatte hat der Herr Abgeordnete Schwimmer wieder die Nichtverwendung von Geldmitteln für die Errichtung von Bundesstraßen durch die Stadt Wien angeführt. Er meint, daran sei der Kompetenzdschungel schuld. Das ist absolut nicht der Fall, sondern ich muß noch einmal die schwierige Situation in der Großstadt unterstreichen. Es bedarf oft einer jahrelangen Vorplanung, bis solche Projekte verwirklicht werden können, und es kommt dann zu Situationen trotz dieser jahrelangen Vorplanung, daß noch in der letzten Phase Änderungen durchgeführt werden müssen, weil es Auffassungsunterschiede zwischen den planenden Stellen des Landes und den planenden Stellen des Bundes gibt. Deshalb, glaube ich, ist es zweckmäßig, daß eine solche Gesellschaft errichtet wird.

Ich gestatte mir aber auch, Hohes Haus, noch eine Feststellung im Interesse des Landes Wien und darf doch auch einige Zahlen nennen. Auf das Land Wien entfallen 16 Prozent des Kraftfahrzeugbestandes von ganz Österreich und 20 Prozent der Personenkraftwagen von ganz Österreich. Es werden in Wien 40 Prozent der Bundesmineralölsteuer aufgebracht, aber nur 7,1 Prozent an Investitionsmitteln werden für den Ausbau und die Erhaltung von Bundesstraßen an die Stadt Wien zurückgeführt. Das sollte man feststellen, und man sollte auch einmal erkennen, daß gerade die Stadt Wien sehr entscheidende Leistungen für ihre Bürger erbringt.

Ich darf noch einmal auf die Äußerung bezüglich einer schlechten Verwaltung der Stadt Wien zurückkommen, einer Äußerung, die in der Debatte wieder gefallen ist. Ich möchte auch diese Behauptung auf das schärfste zurückweisen. Der Abgeordnete Schemer hat schon ein Beispiel angeführt, nämlich die Donauinsel. Ich darf das noch ergänzen mit dem Beispiel, daß die Österreichische Volkspartei sich ja auch gegen die Errichtung der großen Gartenanlage auf dem Laaer Berg innerhalb der Stadt Wien, wo die WIG 1974 abgehalten wurde, ausgesprochen hat.

Ich glaube, daß diese Beispiele, die sowohl vom Abgeordneten Schemer als auch von mir angeführt wurden, doch diese Behauptung

Veleta

einer schlechten Verwaltung entscheidend widerlegen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im übrigen kehren ja diese Argumente der Österreichischen Volkspartei immer wieder, und manches Mal gibt es Variationen dazu wie zum Beispiel: Diese Stadt ist krank!, und so weiter. Nur wurden diese Argumente bisher von den Wählern nicht honoriert, und die Österreichische Volkspartei hat in Wien keinen Wahlerfolg errungen.

Ich darf noch einmal feststellen, daß die besondere Situation der Großstadt es notwendig macht, daß eine eigene Gesellschaft die Planung in der Stadt koordiniert und zusammenführt. Die Einwände der Opposition gegen die Gründung der Gesellschaft sind nur formaler Art und werden aus taktischen Gründen vorgebracht. Ich glaube, daß das große Verkehrsaufkommen in Wien und die besondere Problematik der Lösung von Verkehrsproblemen in der Großstadt die Schaffung einer solchen Gesellschaft erforderlich machen.

Ich möchte die Österreichische Volkspartei fast bitten, zu überlegen, ob die Gründung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft nicht ihrer Forderung „Weniger Staat“ folgt, und ich lade sie daher ein, diesem Gesetzesantrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.55

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Vetter.

14.55

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Heute wurde zusätzlich zur vorliegenden Vorlage, zum Bericht des Handelsausschusses, auch sehr viel über die Wohnbauförderung 1968 beziehungsweise die Wohnbauförderung 1984 und die Verordnungen der Länder gesprochen. Ich möchte dazu feststellen: Vor allem die Österreichische Volkspartei hier im Hohen Hause ist froh und glücklich, daß es den Ländern gelungen ist, mit ihren Verordnungen ein nicht schönes und ein nicht sehr gutes Grundsatzgesetz optimal zu gestalten.

Das ist aber ein Verdienst der Länder und des vernünftigen Zusammenarbeitsklimas zwischen allen Parteien auf Landesebene und nicht Ihr Verdienst. Sie könnten sich eher an dem guten Arbeitsklima auf Landesebene ein gutes Beispiel nehmen. Das wäre sicherlich vernünftiger und gescheiter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben auch nicht kritisiert — das ist aus der Wortmeldung des Herrn Bundesministers hervorgegangen —, kein Mensch hat seine Maßnahmen zur Beseitigung der Baustellen über das Wochenende auf den Autobahnen kritisiert.

Ich stehe auch nicht an, hier zu begrüßen, daß die Verhandlungen über den Marchfeldkanal endlich abgeschlossen werden konnten. Das ist letztlich ein Projekt, das im Staatsvertrag zwischen dem Bundesland Niederösterreich und der Republik, dem Bund, vereinbart worden ist. Nach langen schwierigen Verhandlungen konnte jetzt endlich die Einigung erzielt werden. Aber es ist sicherlich ein Verdienst beider Verhandlungspartner, wenn es zu einem vernünftigen Kompromiß gekommen ist.

Zu allen sonstigen Aktivitäten des Herrn Bundesministers, die er angekündigt hat, möchte ich schon eines klar feststellen: Der Herr Bundesminister muß der Oppositionspartei wohl zubilligen, daß sie nicht schon bei der Ankündigung in Applaus ausbricht; das macht ja ohnehin die Mehrheit dieses Hauses, die SPÖ und die FPÖ. Die Oppositionspartei tut sehr gut daran, vorerst den Erfolg und die gewonnenen Erfahrungen abzuwarten, und wir werden uns dann sicherlich nicht scheuen, ein objektives Urteil abzugeben.

Ich möchte zurückkommen zum Bericht des Handelsausschusses über die Errichtung der Sondergesellschaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat uns aufgefordert, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht doch die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung geben könnte. Ich darf unsere ablehnenden Argumente ganz kurz wiederholen.

Wir haben vor wenigen Wochen oder einigen Monaten die Erklärung des Herrn Finanzministers Dr. Vranitzky sehr begrüßt, daß er keine Errichtung von neuerlichen Sonderfinanzierungsgesellschaften zulassen wird und daß die bestehenden auslaufen sollen.

Das ist sachlich gerechtfertigt und richtig, und im Grundsatz hat auch der Herr Bautenminister dieser Haltung zugestimmt. Nur meint er eben, bei dieser neuen Gesellschaft, die Sie heute beschließen, sei es etwas anderes. Das wäre ohnehin keine Finanzierungsgesellschaft, der Apparat würde ohnehin sehr sparsam sein, dem möge man also zustimmen.

Das ist eindeutig eine Flucht aus der Bud-

Vetter

getwahrheit des Bundes. Es wird die Überschaubarkeit sicherlich vernachlässigt und die Nichtüberschaubarkeit vergrößert und auch die Kontrollmöglichkeit des Parlamentes verringert.

Das bringt eine neuerliche Aufsplitterung, die neue Organisationsstruktur muß zusätzliche Kosten verursachen, und es ist nicht einleuchtend, Herr Abgeordneter Veleta, daß diese Gesellschaft effizienter arbeiten soll, als es jene Beamten tun könnten, die die besonderen Verhältnisse der Großstadt seit Jahrzehnten aus ihrer eigenen Erfahrung kennen und besser kennen können.

Man muß wahrscheinlich nur ein bißchen mehr Druck dahintersetzen, damit nicht 300, 400, 500 Millionen Schilling jährlich an Bundesmitteln für das Land Wien oder für den Magistrat Wien verfallen. Aber das ist kein Grund, daß das Land Wien zusätzlich 25 Prozent, ein Viertel der zusätzlichen Verwaltungskosten, zahlen muß, also zweimal zahlen muß für die Errichtung dieser Straßen.

Ich sehe auch eine eindeutige und klare Kompetenzbeschneidung des Landes Wien, des Magistrates Wien. Das widerspricht unserem föderalistischen Prinzip, und daher bleiben wir bei unserer Ablehnung.

Diese Gesellschaft, die zusätzlich errichtet wird — wir haben es ja heute gehört: es ist fast alles fertig —, bringt keine zusätzlichen Bauimpulse, setzt keinen zusätzlichen Ziegel in Bewegung, benötigt keine zusätzliche Baumaschine und beschäftigt keinen zusätzlichen Bauarbeiter. Das ist alles schon geplant. Es wäre nur notwendig, auf der Ebene des Landes Wien effizienter zu arbeiten.

Der Herr Bundesminister ist leider momentan nicht anwesend. So ähnlich verhält es sich nämlich auch beim Sonderhochbauprogramm, das wir gestern und heute in der Fragestunde diskutiert haben. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Hier sehe ich mich bemüßigt, eine Richtigstellung vorzubringen. Der Herr Bautenminister hat heute, über die Finanzierung befragt, über das Aufbringen dieser 2 Milliarden, die er angeblich zusätzlich in die Bauwirtschaft stecken möchte, wortwörtlich festgestellt — ich zitiere aus dem Protokoll —:

„Das Sonderhochbauprogramm beläuft sich auf 2 Milliarden. Davon werden 1,5 Milliarden Schilling für Bauträgermaßnahmen am Kapitalmarkt aufgenommen.“

Nach meiner Kenntnis und nach meiner Information hat der Herr Bautenminister überhaupt keine Berechtigung, für den Bundeshochbau zusätzliche Kredite und Darlehen aufzunehmen. Diese Information heute in der Fragestunde muß unrichtig sein, oder er hat falsche Unterlagen gehabt. Mir ist bekannt, daß der Herr Bautenminister eine zusätzliche Budgetierung in einem Nachtragsbudget verlangt hat, aber vom Herrn Finanzminister im Stich gelassen worden ist und hier keine zusätzlichen Mittel bekommt. Er spart nur auf der einen Seite ein, er kürzt Budgetansätze, er zahlt Verpflichtungen an Bauträger später zurück. Das waren die 500 Millionen. Das ist das sogenannte Sonderhochbauprogramm, von dem Sie behaupten, es beschäftige zusätzlich rascher neue Arbeitskräfte, und wo wir Ihnen nachzuweisen versuchen, daß davon keine Rede sein kann.

Der Herr Bautenminister hat über den Wohnbau, über neue zusätzliche Initiativen und Impulse für die Wohnbauwirtschaft bisher keine Aussagen gemacht. Ich möchte feststellen, daß die Österreichische Volkspartei Anfang Mai vier Anträge ins Parlament gebracht hat. Diese liegen bis heute nicht diskutiert vor. Eine Wiedereinführung des Rückzahlungsbegünstigungsgesetzes: Hier stehen 150 Milliarden in allen Fonds aus. Hier könnten bei einem vertretbaren Anreiz, den man den Schuldnern gibt, sicherlich einige zusätzliche Milliarden außerhalb des Budgets heringebracht werden.

Wir haben eine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz eingebracht, zur Zwischenfinanzierung von Bauspardarlehen, um baureife Projekte, wo das Bauspardarlehen noch nicht ausbezahlt werden kann, zwischenfinanzieren zu können.

Wir haben eine Vorlage über flankierende Maßnahmen im Steuerrecht und im Mietrecht zum Wohnhaussanierungsgesetz gebracht, damit dieses Wohnhaussanierungsgesetz endlich nicht mehr totes Recht bleibt, damit auf diesem Gebiet, das ja sehr arbeitsintensiv ist, endlich etwas weitergeht.

Wir haben zuletzt auch das Erste Eigentumsbildungsgesetz eingebracht, wobei ich jetzt gar nicht behaupten will, wieviel Milliarden zusätzlich hereinkommen könnten. Aber es steht fest, daß es Menschen gibt, die ihre Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln wollen und die bereit sind, von ihrem Kapital Geld dem Staat zur Verfügung zu stellen.

8896

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Vetter

Ich verstehe nicht, warum Sie auf diese Vorschläge nicht eingehen. Das sind vier seriöse sachliche Vorschläge, die zusätzliche Mittel bringen könnten. Wir brauchen gar nicht darüber zu streiten, wieviel sie bringen. Ich vertrete die Meinung: Machen wir einmal den Versuch, dann könnte man schon sehen, wieviel zusätzliches Geld außerhalb des Budgets mobilzumachen wir in der Lage sind.

Das wäre eine kurzfristige mögliche Wohnbau- und Wohnhaussanierungsoffensive in einem Bereich, der sehr beschäftigungsintensiv ist, in einem Bereich, in dem privates Kapital umgesetzt werden könnte, in einem Bereich, wo hoher Bedarf besteht, wo es keine Bedarfskrise gibt, sondern eine Finanzierungskrise. Doch wir benötigen ihre Bereitschaft zu Verhandlungen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Bautenminister! Wir sind jederzeit bereit zu Gesprächen über Impulse im Bereich Wohnbauförderung, Wohnbauwirtschaft. Wir erwarten uns natürlich, daß Sie vorerst über unsere eingebrachten Anträge verhandeln, aber selbstverständlich sind wir auch bereit, über eventuell von Ihnen eingebrachte Ideen zu verhandeln. Allerdings verlangen wir, daß diese neuen Beiträge natürlich mehr Effizienz erwarten lassen als der heute behandelte und kurz vor der Abstimmung stehende Antrag über die neue Sondergesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.04

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretär Eypeltauer.

15.05

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige wenige Worte zum Herrn Abgeordneten Dr. Keimel, und vielleicht kann ich damit auch die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Vetter mit beantworten.

Einleitend hat Herr Abgeordneter Dr. Keimel unter anderem gemeint, wir müßten uns im Bereich des Bausparsystems endlich etwas einfallen lassen und dieses verbessern.

Ich möchte diese Bemerkung zum Anlaß nehmen, einmal darauf hinzuweisen, daß seitens des Finanzministeriums, also aus Bundesmitteln, das Bausparen jährlich mit etwa 3 Milliarden Schilling gefördert wird. Von dieser Leistung des Bundes ist leider niemals die Rede. Es ist ein sehr hohes Bauvolumen, das dadurch alljährlich ermöglicht wird! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Herr Finanzminister hat sich auch den Notwendigkeiten nicht verschlossen, zusätzlich etwas zu unternehmen, als klar wurde, daß in den Jahren 1984 und 1985 eine außergewöhnlich hohe Zahl von Bausparverträgen „abreifen“ würde, wie der Fachausdruck lautet.

Man hat daher gefürchtet, daß dieses Abreifen die Bausparkassen in Schwierigkeiten bringen könnte, und der Herr Finanzminister hat eine sogenannte Verlängerungsprämie auf die Dauer von zwei Jahren geschaffen, womit den Bausparern die Möglichkeit geboten wurde, ihren Vertrag eben nicht nach sechs Jahren zu beenden, sondern acht Jahre laufen zu lassen.

Diese Verlängerungsprämie — 5 Prozent zusätzlich zu den üblichen 13 Prozent — hat voll gegriffen. Sie hat dazu geführt — und das muß man auch einmal lobend hervorheben —, daß das erwartete Bauvolumen durch die Bausparkassen von 8 Milliarden im Jahr 1984 auf 12,5 Milliarden Schilling erhöht werden konnte. 4,5 Milliarden zusätzliches Bauvolumen wurde durch diese Verlängerungsprämie für die Bausparer ermöglicht.

Ich glaube, daß das auch sehr viel zur Arbeit in der Bauwirtschaft beigetragen hat und daß das auch hier einmal anerkennend gesagt werden soll. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon mehrmals zu dem Ersten Eigentumsbildungsgesetz der ÖVP meine Meinung gesagt. Ich möchte heute zu fortgeschrittener Stunde — das ist ja bei den Bauangelegenheiten fast immer der Fall — nur noch eines sagen, ohne auf Details einzugehen: Die Quintessenz des ÖVP-Vorschlages ist die Veranlagung des Geldes, das beim Verkauf von Wohnungen erzielt wurde, in Wohnbauanleihen des Bundes; so steht es im Gesetz.

Wenn nun sowohl der Herr Abgeordnete Dr. Keimel als auch der Herr Abgeordnete Vetter wiederum gemeint haben, hier würde ein großes Wohnbauvolumen ohne Belastung des Budgets ermöglicht, dann frage ich: Wie kann eine Wohnbauanleihe begeben werden, ohne daß dadurch die Schulden des Bundes erhöht werden? Das ist mir noch von keiner Seite erklärt worden, Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Das ist auch, bitte sehr, nicht möglich.

Wir wissen auch aus den wenigen Fällen, in

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix Eypeltauer

denen es zu einem freiwilligen Verkauf von Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen an die Mieter gekommen ist, daß die Kaufpreise unendlich niedrig sind. Ich habe mir heute wieder die Ziffern geben lassen. Die Menschen zahlen hier, da sie ja die Darlehen übernehmen — aber das bringt ja kein Kapital für den Wohnbau — zwischen 1 200 und 2 400 S pro Quadratmeter. Es würden also niemals auch nur annähernd die Summen hereinkommen, von denen Sie immer sprechen.

Wir werden aber selbstverständlich im Ausschuß und sicher auch noch im Plenum Gelegenheit haben, auf diese Frage im Detail einzugehen.

Eine letzte Bemerkung: Ich höre hier immer wieder, daß es aufgrund der angeblich schlechten Wohnbaugesetze den Ländern möglich gewesen ist, „gemeinsam“ gute Verordnungen zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bewegen uns hier nicht in der Grundsatzgesetzgebung. Die beiden Wohnungsgesetze sind normale Bundesgesetze, und die Verordnungen, die sich an diese Gesetze zu halten haben, können den Rahmen der Gesetze nicht sprengen.

Ich möchte daher sehr deutlich sagen: Wenn — und das will ich gar nicht bestreiten — die Verordnungen der Länder gut sind, dann sind auch die Gesetze des Bundes gut. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.09

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Keimel gemeldet.

15.10

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird vor allem natürlich alle Vertreter aus den Bundesländern interessieren, was hier die Bundesländer mitleisten, was sich vorhin der Herr Minister Übleis und jetzt die Frau Staatssekretär unter Ihrem Applaus als Federl auf den Hut geheftet haben.

Der Herr Minister hat erwähnt: Da haben wir den Wasserwirtschaftsfonds, da haben wir also den Katastrophenfonds, und hier zahlt der Bund die Milliarden. Herr Minister! Nehmen Sie zur Kenntnis: Das zahlt nicht der Bund, sondern da zahlen weit über 50 Prozent die Länder und die Gemeinden.

Ich werde das beweisen an Hand des letz-

ten Subventionsberichtes 1983, der uns vorliegt. Die Frau Staatssekretär hat unter Ihrem Applaus erklärt, daß der Bund und ausschließlich der Bund — „und das sollte einmal dankend erwähnt werden“, meinte sie — für die Bausparförderung — wieviel haben Sie gesagt? — etwa 3 Milliarden Schilling zur Verfügung stellt. *(Ruf bei der SPÖ: Beachtlich!)* Ich habe die letzten Unterlagen, und jetzt werden Sie gleich sehen, wie „beachtlich“. Es sind 1983 2 781 Millionen. Hier steht es im Bericht des Finanzministeriums: davon Bundesanteil 1 286 Millionen. Das sind nicht einmal 46 Prozent, während Länder und Gemeinden — und das berichte ich hiemit — 54 Prozent zahlen!

Herr Minister, auch an den Herrn Finanzminister: Für Wohnraumbeschaffung und so weiter stehen 6 Milliarden. Der Bund gibt dafür — hier steht es — 2,7 Milliarden, knapp 45 Prozent, aus. Über 55 Prozent die Länder und die Gemeinden!

Meine Damen und Herren! Ich stehe nicht an, den Ländern und den Gemeinden, die noch viel zusätzlich zur Wohnbauförderung aus ihren Budgets — ein Sechstel — geben, den Gemeinden, die die Gründe zur Verfügung stellen und so weiter, zu danken, weil sie mehr als 50 Prozent von dem zur Verfügung stellen, was Sie jetzt allein dem Bund zusprechen wollten! *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.12

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Lußmann.

15.12

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Staatssekretär! Daß Sie hier Eigenlob betreiben, das ist Ihr gutes Recht, und das habe ich auch erwartet.

Nur scheinen Sie und auch Ihre Kollegen von den Regierungsparteien etwas ganz Wesentliches zu übersehen. Mir ist es nämlich völlig unverständlich, daß Sie mit der Entwicklung im Bauwesen auch nur annähernd zufrieden sein können. Denn es hat an Arbeitsplätzen noch nirgendwo einen so großen Aderlaß gegeben wie in der Baubranche in den letzten zehn Jahren.

Die Arbeitslosigkeit lag 1984 im Durchschnitt in Österreich bei 4,5 Prozent, die freien Arbeitskräfte im Bauberuf waren 17,2 Prozent und lagen zu Beginn dieses Jahres mit 58 700 um 9,1 Prozent über dem Jännerwert des Vorjahres.

Meine Damen und Herren! Bauen war noch

Lußmann

immer ein Konjunkturbarometer. Der Einfluß der öffentlichen Hand in Österreich ist besonders enorm. Bei dieser Verantwortung des Ministeriums und bei den genannten Ziffern kann man doch wirklich nicht sagen, daß man mit dem Bauwesen zufrieden sein kann.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich dem vorliegenden Antrag zur Planungs- und Errichtungsgesellschaft für Straßen im Raum Wien zuwenden. Es ist für mich schlüssig, daß das Wiener Straßenbauressort einfach nicht zu Rande kommt und hier eine Flucht aus der Verantwortung betreibt.

Für derartige Vorhaben würde kein einziges Bundesland eine Sondergesellschaft gründen. Im Gegenteil: In den Jahren 1977 bis 1979 noch unter Bautenminister Moser haben viele Bundesländer von Vorarlberg bis zum Burgenland Sonderverträge mit dem Bund zur Vorfinanzierung von wichtigen Straßenbauvorhaben abgeschlossen. Zirka 6 Milliarden allein hat der Bundesanteil betragen, unter maßgeblichen Opfern der Länder in Form von Baukostenzuschüssen und Zinsenzuschüssen.

All diese Vorhaben wurden weitestgehend termingemäß abgewickelt, unter der Regieführung der Landesbaudirektionen und mit dem Sanktus des Bautenministeriums, wie es eben der übliche Vorgang ist.

An dieser Position der Länder hat sich bis heute nichts geändert. Noch heute kommt die Klage über die Aushöhlung des Föderalismus herein. Zum Beispiel sagt auch Landesrat Winetzhammer, Oberösterreich, daß er gegen die Eingliederung des Teilstückes der Pyhrn Autobahn von Sattledt nach Windischgarsten in die ASFINAG ist, weil er meint, das wäre lediglich eine Finanzierungsfrage.

In Wien gehen die Uhren offensichtlich anders. 1 814 Millionen Schilling sind von 1981 bis 1984, also innerhalb von vier Jahren, an Projekten nicht verbaut worden. Mein Gott, Herr Minister, wo gibt es denn das, daß einer mit seinem Geld nichts anzufangen weiß?

In den Bundesländern gibt es zahllose baureife Projekte, die nur auf eine Finanzierung warten. Ich nenne nur ein Beispiel aus der Steiermark, aus dem Raum Eisenwurzen. Da hat uns Ihr Vorgänger, Herr Minister Sekanina, versprochen, von 1981 bis 1986 einen Schwerpunkt zu setzen. Nicht einmal 50 Prozent davon wurden eingehalten! Mit einem Bruchteil der nicht verbauten Mittel in Wien

hätte man dieses Straßennetz ausbauen können.

Außerdem sind die Projekte für diese Sondergesellschaft weitestgehend fertig. Wir sind daher nicht dafür, hier eine neue Bürokratie einziehen zu lassen, und werden unsere Zustimmung nicht erteilen.

Nun lassen Sie mich noch kurz einiges generell zum Bundesstraßenbau sagen: Es ist einfach beklagenswert, daß hier in Österreich keine konstante Linie verfolgt wird.

Unter Bautenminister Moser wurde der Straßenbau zu zögernd vorangetrieben.

Sekanina hat dann die Ärmel aufgekrempt. Sein erster Weg führte ihn zum Finanzminister, doch er hat dort das Büro wieder mit leeren Taschen verlassen. Ergo hat er sein Heil in Sonderfinanzierungen gesucht. Sicher mit dem Erfolg, daß das hochrangige Straßennetz Anfang der neunziger Jahre weitestgehend abgeschlossen sein wird. Er hat das nach dem Prinzip „Hinter mir die Sintflut!“ gemacht, und das fällt Ihnen, Herr Minister, jetzt auf den Kopf. Sie hatten da wirklich kein heiteres Erbe anzutreten. Wenn man das auf einen Häuslbauer umsetzen würde, müßte man sagen: Sie brauchen zwar keine Ziegel mehr zu schupfen, sind aber den ganzen Rohbau schuldig!

Herr Minister! Ich halte Ihnen auch einiges zugute. Ich habe ein Interview im „Bau im Spiegel“ gelesen. Dort sagten Sie wörtlich:

„Die Aufgaben im Wirtschaftsbereich sind so gewaltig, daß hier eher ein Manager als ein Politiker notwendig ist.“

Ich kann das nur voll unterstreichen. Aber: Im Straßenbau das Heil nur in Einsparungen und in der Setzung neuer Prioritäten zu suchen und den Schwerpunkt eher auf Bundeshochbauten zu verlagern, das halte ich wirklich für sehr bedenklich, wenn nicht für falsch.

Denn Sie gehen davon aus, daß die zweckgebundenen Mittel für den Straßenbau ausreichen. Nun haben Sie 14,1 Milliarden aus der Mineralölsteuer, 1,3 Milliarden aus Mauten, also etwa 15,5 Milliarden, noch etwas aus dem Katastrophenfonds und einiges dazu, aber sehr wenig.

Wenn ich also richtig sehe, muß ich sagen: Ihre Straßenbauphilosophie schaut nun ungefähr so aus:

Lußmann

Erstens: Sie wollen das Straßennetz reduzieren. Minus 600 Kilometer an Schnellstraßen, minus 60 Kilometer an Autobahnen — oder es sind 35, was ich letzthin gehört habe.

Ihr Vorgänger hat gemeint, damit wären 50 Milliarden einzusparen. Das ist sicher lächerlich. Sie haben das auch schon reduziert. Denn selbstverständlich gewinnen dann die Ersatzstraßen und die anderen Bundesstraßen wieder an Bedeutung, doch der Ausbau ist dort mitunter komplizierter und teurer als verschiedene Neuanlagen.

Es gibt noch genug Beispiele. Ich nenne Ihnen nur eines: Sie haben selbst die Verbindung zwischen Lienz und Trautenfels studiert. Da ist von Unterflurtrassen und ähnlichem die Rede. Alle anderen Projekte sind eher teurer als ein Neuausbau.

Ähnlich verhält es sich mit der Tunnel-Variante in Zell am See.

Dazu kommt auch die Frage der Umweltfreundlichkeit. Denn dort haben sich ja schon Menschen im Vertrauen auf die Verlegung dieser Straßen angesiedelt, und man muß sich fragen: Was hat denn eigentlich dann überhaupt Vorrang?

Punkt zwei: Sie wollen die ASFINAG auffetten, also den alten Weg gehen, um außerbudgetär zu beschleunigen.

Zum dritten: Die Neuanlagen von der Kronenbreite her und so weiter sparsamer bauen. Herr Minister! Da gehen wir mit Ihnen konform. Sparen wollen wir ebenfalls, nur nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit.

Nun ergibt sich in meinen Augen folgende Problematik:

Erstens: Sie müssen aus dem genannten Topf die Rückfinanzierung der Sondergesellschaftsschulden leisten. Hier ist das Haftungsbbligo mit Ende 1983 schon bei 54,5 Milliarden, 35 Milliarden in etwa werden bis 1992 noch im Neubau anlaufen, und bei einem Tilgungsschlüssel von 1 : 1, Kapital zu Zinsen, müßten Sie sofort zu tilgen beginnen, und zwar mit einer Ratenhöhe von mindestens 8 Milliarden Schilling. Wenn Sie das nicht tun, Herr Minister, dann müßten Sie und sollten Sie das auch sagen, wenn Sie das wie einen Mühlstein vor sich herschieben wollen!

Punkt zwei betrifft die Erhaltung. Diese liegt derzeit bei 6 Milliarden — also 40 Prozent Ihres Straßenbaubudgets. Eine Hoch-

rechnung ergibt, daß sich bis Mitte der neunziger Jahre diese Erhaltungskosten verdoppeln werden, daß sie auf 12 Milliarden hinaufschnellen werden. Das heißt: Rückfinanzierung und Erhaltung fressen das Straßenbudget zur Gänze auf!

Drittens: Die Folge davon ist, daß Sie keine Finanzierungsmittel für die Straßen der Kategorie B mehr haben werden, deren Ausbaupazität derzeit bei 9 500 Kilometern bei 2,35 Prozent liegt. Bei diesem Bautempo würde sich der Endausbau der Bundesstraßen noch 40 Jahre hinauszögern.

Herr Minister! Ohne zusätzliche Mittel wird das Problem nicht lösbar sein. Und die Mittel sind auch da, auch ohne jene, die in Wien nicht verbaut werden.

Zum Beispiel der Straßenverkehrsbeitrag. Im Vorjahr wurde dieser Straßenverkehrsbeitrag um 50 Prozent erhöht. 2,35 Milliarden davon stehen Ihnen heuer ins Haus. Gegenüber dem Ausland wurde auch mit dem Ausbau der Transitrouten argumentiert, und etwas weniger als die Hälfte davon wird auch tatsächlich vom Ausland geleistet. Das wäre eine Möglichkeit.

Oder: Die Sonderabgabe auf Erdöl bringt auch mehr als 1 Milliarde und versickert auch irgendwo im Budget.

Rund 40 Milliarden liefert der Straßenbenutzer ab: 25 Milliarden direkte Wegekostenbeiträge, 15 Milliarden straßenspezifische Steuern indirekt, zum Beispiel in Form der Luxussteuer auf den PKW. Aber nur 15,5 Milliarden werden zu dem Zweck verwendet, den der Straßenbenutzer offensichtlich wünscht, nämlich für die Errichtung guter Straßen.

Lassen Sie mich schließen! Von der Römerzeit bis heute haben die Straßen einen außerordentlich hohen Stellenwert gehabt. Daran hat auch die Eisenbahn nichts geändert. 90 Prozent der Personenverkehrsleistung und zwei Drittel des Güterverkehrs — zwischen der Bundesrepublik und Italien sind es sogar 80 Prozent — wickeln sich auf der Straße ab.

An der Lösung dieses Problems, Herr Minister, werden Sie als Manager und als Politiker gemessen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.24

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dietrich.

8900

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Dietrich

15.24

Abgeordneter **Dietrich** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als vorletzter Redner der 100. Sitzung dieser Gesetzgebungsperiode, jener Sitzung, die zugleich auch die letzte vor der Sommerpause ist, möchte ich die Erwartungen nicht enttäuschen und mich möglichst kurz halten und mich auf ganz wenige Punkte beschränken.

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, dessen Rechnungsabschlüsse 1983 und 1984 mit die Grundlage für die heutige Diskussion bilden, ist andererseits auch die finanzielle Grundlage für die Förderung von Startwohnungen.

Das Startwohnungsgesetz ist fast auf den Tag genau seit drei Jahren, nämlich seit dem 1. Juli 1982, in Kraft.

Die seither zu verbuchenden Einnahmen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds einschließlich der für das Jahr 1985 zu erwartenden Eingänge betragen insgesamt 695 Millionen Schilling. Für 735 fertige beziehungsweise zugesicherte Startwohnungen wurden bisher 393 Millionen Schilling aufgewendet. Für in Bearbeitung befindliche Startwohnungsvorhaben mit 590 Wohnungen besteht ein Erfordernis von 295 Millionen Schilling, und für die Gewährung von Starthilfen sind bis Ende 1985 weitere 5 Millionen Schilling erforderlich.

Den bereits erwähnten 695 Millionen an Eingängen stehen somit Ausgänge beziehungsweise Verpflichtungen in Höhe von 693 Millionen Schilling gegenüber.

Insgesamt sind 1 325 Startwohnungen fertiggestellt, in Bau oder in Bearbeitung. Sie verteilen sich auf 61 Gemeinden in 8 Bundesländern.

Entgegen allen Behauptungen der ÖVP ist die Förderung von Startwohnungen sehr wohl angenommen worden und erfreut sich eines regen Zuspruchs.

Meine Damen und Herren! Zum wiederholten Male — man tut sich schon fast schwer, festzustellen, zum wievielten Male — hat die ÖVP ein Wohnungspaket in Form von vier Selbständigen Anträgen im Parlament eingebracht. Inhaltlich bringen auch die jetzt vorliegenden Anträge nichts Neues, und man kann also getrost die Feststellung treffen: Ihre Wohnbauanträge, meine Damen und Herren von der ÖVP, werden durch ständige Wiederholung auch nicht besser!

Mit dem Antrag 144/A wird von der ÖVP eine Änderung des erst kürzlich beschlossenen Wohnbauförderungsgesetzes 1984 gefordert. Wir alle erinnern uns noch an die heftigen Debatten hier im Hohen Haus anlässlich der Beschlußfassung. Abgeordneter Keimel erklärte, dieses Gesetz müsse von der ÖVP in Bausch und Bogen abgelehnt werden. (Abg. Dr. Keimel: Wo haben Sie das her?) Das habe ich ganz wörtlich von Ihnen! Ich kann es Ihnen auch schriftlich belegen, Herr Abgeordneter Keimel. Sie haben erklärt, in Bausch und Bogen müsse dieses Gesetz abgelehnt werden, da es eigentumsfeindlich, antiföderalistisch sei und außerdem eine erneute Belastungswelle verursache. Und die ÖVP-Mehrheit im Bundesrat beeinspruchte dieses Gesetz sogar, sodaß ein Beharrungsbeschluß notwendig war.

Wie wenig diese Kritik, Herr Abgeordneter Keimel, berechtigt und angebracht war, beweisen die Länder, die zwischenzeitig durch ihre Verordnungen den von diesem Gesetz gewährten großen föderalistischen Spielraum genutzt und die Bedingungen für die Wohnbauförderung den jeweiligen Bedürfnissen ihres Landes entsprechend gestaltet haben.

Wie sehr die seinerzeitige Kritik — um nicht zu sagen: Verunglimpfung — fehl am Platze war, beweist aber auch schon der erwähnte ÖVP-Antrag 144/A wohl selbst am deutlichsten. Es wird nämlich beim WFG 1984 einzig die Streichung des Absatzes 2 des § 31 gefordert, der da lautet: Für Eigenheime dürfen Zuschüsse nur gewährt werden, wenn keine Förderungsdarlehen zuerkannt sind.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wenn dies der einzige Punkt ist, den Sie am WFG 1984 geändert haben wollen, dann kann das von der Parlamentsmehrheit beschlossene Gesetz wahrlich als ein gutes und gelungenes Wohnbaugesetz bezeichnet werden! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Im Antrag 145/A fordert die ÖVP wiederum, daß Mieter von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen die Übertragung der Wohnung in ihr privates Eigentum zwingend durchsetzen können. Bei Mietwohnungen von privaten Hauseigentümern gibt es die ÖVP schon wesentlich billiger. Dort soll die Übertragung nicht zwangsweise vorgenommen werden können, sondern nur im Einvernehmen möglich sein.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Lassen wir doch gleiches Recht für alle gel-

Dietrich

ten. Entweder wir einigen uns darauf, daß die Übereignung einer Mietwohnung sowohl bei Gemeinden und Genossenschaften einerseits wie auch bei Privaten andererseits nur im beiderseitigen Einvernehmen möglich ist, so wie dies nach der derzeitigen gesetzlichen Lage ohnedies bereits statthaft ist und auch zum Teil praktiziert wird, oder die von Ihnen so sehr gewünschte Zwangsübereignung gilt eben auch für alle, auch für private Hauseigentümer.

In Ihrem blinden Eifer beim Abschreiben und Wiedereinbringen von alten Anträgen dürften Sie wohl einen einschlägigen Artikel zu diesem Thema in Ihrer eigenen Genossenschaftszeitung, der „Bau- und Bodenkorrespondenz“, übersehen haben. In der Nummer 3/4 1985 berichtet nämlich der Geschäftsführer der Vorarlberger Landeswohnbaugesellschaft, Dipl.-Ing. Rudolf Längle, über seine Erfahrungen bei der Begründung von Wohnungseigentum bei Mietwohnungsanlagen.

Längle verweist darauf, daß bereits in den Jahren 1958 und 1959 eine Übereignungsaktion gestartet wurde. Doch — ich zitiere wörtlich —: „Das Kaufinteresse war trotz billigem Kaufpreis sehr gering“: Von 2 200 Wohnungen wurden lediglich knapp 200 verkauft, das sind nicht einmal 10 Prozent.

1965/66 wurde unter Berufung auf das Klagenfurter Manifest der ÖVP mit der Forderung „Schaffung von Eigentum in Arbeitnehmerhand“ ein neuer Anlauf genommen und allen inzwischen auf fast 10 000 angewachsenen VOGEWOSI-Mietern ein Kaufangebot unterbreitet.

Über die Zahl der tatsächlichen Wohnungskäufer schweigt sich Längle wohlweislich aus, kommt aber nicht umhin, sehr kritisch zu bemerken: Für die Gesellschaft hat allerdings die Verwaltung dieser sogenannten gemischten Objekte, nämlich Miet- und Eigentumswohnungen in einem Mehrwohnungshaus, beträchtliche Probleme und einen damit verbundenen höheren Verwaltungsaufwand mit sich gebracht. — Es wurde zwischenzeitlich diese Praxis sehr stark eingeschränkt.

Wenn von der ÖVP heute in der Diskussion die Meinung vertreten wurde, im Wohnbau müsse man einen Ideenwettbewerb betreiben, dann darf ich doch abschließend bemerken: Da muß sich die ÖVP zuerst einmal etwas Neues einfallen lassen und darf nicht immer die gleichen alten Ladenhüter erneut als Initiativanträge hier vorbringen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{15.32}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schwarzenberger.

^{15.32}

Abgeordneter Schwarzenberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Parlament wurde heute ein Bundesgesetz diskutiert, welches die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft vorsieht.

Damit wird zu den bestehenden Sondergesellschaften eine weitere Variante geschaffen. Obwohl Finanzminister Vranitzky und auch Bautenminister Übleis immer wieder betonen, keine weiteren Sondergesellschaften mehr zu schaffen — hier sind also Aussagen und Taten sehr gegensätzlich —, wird heute eine neue Sondergesellschaft von der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses beschlossen.

Die ASFINAG wurde 1982 gegründet, welche die gesamte Sonderfinanzierung aller Mautsondergesellschaften einschließlich der ASAG übernommen hat. Diese Mittel werden durch Kredite, Mauteinnahmen und Budgetmittel aufgebracht. Die ASFINAG ist also nur eine reine Finanzierungsgesellschaft. Das Haftungsvolumen dafür soll nun von 90 auf 120 Milliarden Schilling, für Kapital und Zinsen, aufgestockt werden.

Für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Kredite wird ein erheblicher Anteil der Mineralölsteuer und der Mauteinnahmen gebunden werden.

Dazu kommen noch die Sondergesellschaften der Brenner Autobahn AG, Tauern Autobahn AG, Pyhrn Autobahn AG und Arlbergstraßentunnel AG.

Diese Sondergesellschaften sind für Betrieb und für Verwaltung der Mautstrecken zuständig. Sie finanzieren aus Mauteinnahmen notwendige Erhaltungsinvestitionen und bauen die noch offenen Teilstrecken der ihnen übertragenen Stammstrecken. Dazu erhalten sie von der ASFINAG die notwendigen Kreditmittel.

Eine weitere Gesellschaft, die ASAG, also die Autobahn- und Schnellstraßen AG, baut mit ASFINAG-Krediten weitere Teilschnitte des Bundesstraßennetzes in Zusammenarbeit mit den Landesbaudirektionen. Diese Gesellschaft ist nur für den Bau, aber nicht für die Erhaltung der Straßen zuständig.

Schwarzenberger

Nun soll zu diesen Gesellschaften eine weitere, vollkommen neue gegründet werden, welche Autobahnen und Bundesstraßen in Wien plant und errichtet. Die Finanzierung soll aber im Gegensatz zu anderen Gesellschaften aus zweckgebundenen Mitteln des Bundesbudgets erfolgen. Begründet wird die Notwendigkeit einer solchen Gesellschaft mit der Unfähigkeit der Wiener Magistratsabteilungen, welche die Planungen wegen Kompetenzschwierigkeiten nicht zu Ende bringen.

Es heißt hier im Ausschußbericht — es handelt sich nicht nur um die Bundesautobahn A 22 und die Bundesautobahn A 24 —:

„Der Bund hat weiters zur Planung die im Bundesstraßengesetz ... in seiner derzeit geltenden Fassung angeführten Strecken

a) der Bundesstraßenverbindung Westeinfahrt Wien,

b) der Bundesstraßenverbindung Südeinfahrt Wien,

c) der Bundesstraßenverbindung Wiener Gürtel,

d) der Bundesstraßenverbindung Wien/Grünbergstraße

dieser Gesellschaft zu übertragen.“

Meine Damen und Herren! Wir von der Volkspartei sind hier aber der Auffassung, man sollte, anstatt eine neue Gesellschaft zu gründen, im Wiener Magistrat Ordnung schaffen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil hier die Planung nicht funktioniert, soll eine weitere Bürokratie geschaffen werden — mit einem fünfköpfigen Aufsichtsrat, einem oder mehreren Generaldirektoren mit Stellvertretern und einer Anzahl weiterer Personen.

Hier wird einer weiteren Verschwendung auf Kosten des Steuerzahlers Tür und Tor geöffnet!

Auf meine Frage im Ausschuß, wie hoch die zusätzlich durch die Gesellschaft verursachten Kosten sein werden, antwortete Minister Übleis: Die können jetzt noch nicht ermittelt werden. — Wir sollten hier ein Gesetz beschließen, bei dem jetzt noch nicht feststeht, um wieviel höher dadurch die Kosten für den Wiener Bundesstraßenbau werden.

Es wird dann in Wien ein Teil der Bundes-

straßen von der Baudirektion des Magistrats und ein anderer Teil durch diese Sondergesellschaft geplant und gebaut werden. Damit sollte unnötige Verschwendung durch ein Gesetz abgesichert werden.

Nicht nur der ehemalige Bautenminister Sekanina hat über die Planungsschwierigkeiten in Wien geklagt, auch der jetzige Bautenminister Übleis hat am vergangenen Samstag bei der Zehnjahresfeier der Scheitelstrecken der Tauern Autobahn gesagt: Wir brauchen eine neue Gesellschaft, weil es in Wien Schwierigkeiten mit der Planung der Bundesstraßen und Autobahnen gibt.

Ich möchte aber auf eine weitere Problematik im Straßenbau eingehen: Stark frequentierte Straßen haben ein untragbares Ausmaß von Lärm und Luftverschmutzung sowie unangenehme Auswirkungen der Salz- und Kiestreuung zur Folge.

Umweltminister Steyrer hat vor kurzem eine Verordnung erlassen, mit der es verboten wird, innerhalb eines 50 Meter-Streifens neben einer stark frequentierten Straße biologische Produkte anzubauen, und verboten wird, sie auf den Markt zu bringen. Damit wird bewiesen, daß angrenzende landwirtschaftliche Flächen durch den Straßenverkehr so beeinträchtigt werden, daß die darauf erzeugten Produkte geschädigt und verschmutzt sind.

Für diese Schäden Schadenersatz zu gewähren weigerte sich aber der Bund bisher.

Aus der Anfragebeantwortung durch Minister Übleis an meinen Kollegen Abgeordneten Schuster vom 11. Juni 1985 geht hervor, daß im Winter 1984/85, also im vergangenen Winter, insgesamt 125 Millionen Kilogramm Streusalz auf Österreichs Straßen eingesetzt wurden.

Leider geht aus derselben Antwort hervor, daß es für die Anrainer schwierig ist, einen Schadenersatzanspruch für die dadurch bewirkte Verschmutzung der angrenzenden Grundflächen zu erreichen.

Auch die größten Schäden an Wäldern sind entlang der Hauptverkehrsstraßen festzustellen. Hier wächst der Wald langsamer und stirbt leise.

Wir sollten bei der Bundesstraßengesetz-Novelle, die in nächster Zeit behandelt wird, Möglichkeiten einräumen, die entsprechenden Entschädigungen und Schutzmaßnahmen zu gewähren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend sei noch erwähnt: Da die

Schwarzenberger

Gründung einer neuen Sondergesellschaft im Gegensatz zur sparsamen Verwaltung steht und nur Kompetenzschwierigkeiten im Wiener Magistrat überdecken soll, lehnen wir von der Volkspartei die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.40

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jede der drei Vorlagen getrennt vornehme.

Wir kommen vorerst zur Abstimmung über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft samt Titel und Eingang in 678 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Bautenausschusses, den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds zum 31. Dezember 1983, III-46 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Ausschusses abstimmen, den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik, denselben Gegenstand betreffend, zum 31. Dezember 1984, III-92 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Abstimmung über Fristsetzungsanträge

Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Rieder und Grabher-Meyer, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 146/A betreffend ein Rechtsanwaltsprüfungsgesetz sowie über die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter geändert wird (552 der Beilagen), eine Frist bis 23. Oktober 1985 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Lichal, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über die Petition Nr. 4 betreffend das Problem der steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen eine Frist bis 30. Oktober 1985 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Beendigung der ordentlichen Tagung

Präsident: Im Einvernehmen mit den Parteien lege ich dem Hohen Hause folgenden Antrag vor:

Der Herr Bundespräsident wird ersucht, die ordentliche Tagung 1984/85 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit Ablauf des 12. Juli 1985 für beendet zu erklären.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8904

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Präsident**Antrag auf Fortsetzung der Ausschubarbeit in der tagungsfreien Zeit**

Präsident: Weiters liegt ein Antrag der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Peter und Genossen vor, sowohl den Ausschuß für soziale Verwaltung als auch den Verfassungsausschuß gemäß § 46 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu beauftragen, ihre Arbeiten während der tagungsfreien Zeit fortzusetzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 155/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 1465/J bis 1469/J eingelangt.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Die heutige, die 100. Sitzung des Nationalrates ist die letzte der ordentlichen Tagung 1984/1985. Aus diesem Anlaß möchte ich — der Tradition folgend — einige Worte an Sie, geehrte Damen und Herren, und an die Öffentlichkeit unseres Landes richten.

Das Plenum des Nationalrates trat während dieser nun zu Ende gehenden Session 45mal zusammen. Wie stets ist die Zahl und sicherlich auch die Intensität der Beratungen der Ausschüsse eine wesentlich höhere: In 100 Ausschußsitzungen und 106 Unterausschußsitzungen wurden vor allem die Tagesordnungspunkte des Nationalrates eingehend vorberaten beziehungsweise vorbehandelt.

Zur Unterstreichung dieser Ziffern möchte ich noch festhalten, daß es vieler Arbeitsstunden der Abgeordneten in den Ausschüssen bedarf, ehe ein Gesetz dem Hause vorgelegt werden kann. Diese Tätigkeit ist der Öffentlichkeit weniger bekannt, sie stellt aber einen Großteil der Arbeit der Parlamentarier dar.

Im Laufe dieser Tagungsperiode wurden insbesondere eine Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes, durch die der Föderalismus und die Stellung des Bundesrates ein sichtbar größeres Gewicht in unserem Staatswesen erhielten, sowie ein weiteres Bundesverfassungsgesetz und 103 Bundesgesetze verabschiedet.

Ich möchte auch noch einige andere bedeutende Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates aus diesem Abschnitt der laufenden XVI. Gesetzgebungsperiode hervorheben. Neben der bereits erwähnten Ausweitung der Kompetenzen des Bundesrates, die auf einem Bundesverfassungsgesetz vom 27. November 1984 beruht, in deren Folge die Geschäftsordnung der Länderkammer grundlegend novelliert wurde, sei es mir gestattet, auf das Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz, auf das Heeresgebührengesetz 1985 und die Zivildienstgesetz-Novellen 1984 und 1985, auf die Novelle zum Amtshaftungsgesetz und zum Organhaftpflichtgesetz, auf die Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes, auf das Sozialgerichtsgesetz, auf das Bundesgesetz über die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, auf die Suchtgiftgesetznovelle 1983 und auf die 8. Schulorganisationsgesetz-Novelle sowie auf das Studienberechtigungsgesetz hinzuweisen.

Im Zusammenhang mit der gemeinsamen Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates am 27. April 1985 ist es wohl auch geboten, auf das Bundesgesetz über die Leistung einer einmaligen Zahlung an die Bezieher von Renten nach dem Opferfürsorgegesetz hinzuweisen; diese Jubiläumsgabe erfolgte aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung Österreichs.

Hohes Haus! Neben der Haupttätigkeit des Nationalrates auf dem Gebiete der Gesetzgebung des Bundes, die dieser gemeinsam mit dem Bundesrat ausübt, wirkte er in verschiedener Weise an der Vollziehung mit. So wurde der Abschluß von 31 Staatsverträgen genehmigt, und auch der Hauptausschuß, also das Organ, durch das der Nationalrat gleichfalls an der Vollziehung des Bundes teilnimmt, trat achtmal zu Beratungen zusammen. 35 Berichte der Bundesregierung sowie drei Berichte des Rechnungshofes und zwei Berichte der Volksanwaltschaft wurden zur Kenntnis genommen; schließlich wurden drei Vereinbarungen gemäß Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes genehmigt.

Neben der Gesetzgebung und der Mitwirkung an der Vollziehung ist eine der vornehmlichsten Aufgaben des Nationalrates die Kontrolle der Exekutive. So fanden in dieser Session 34 Fragestunden statt, in deren Verlauf 219 mündliche Anfragen zum Aufruf gelang-

Präsident

ten. Im Regelfall machten jeweils sowohl der Fragesteller wie auch weitere Abgeordnete von ihrem Recht, Zusatzfragen zu stellen, Gebrauch. Das Rechtsinstitut der schriftlichen Anfrage gelangte während dieser Tagungsperiode, die ja erst mit 12. Juli 1985 für beendet erklärt werden wird, bisher in rund 600 Fällen zur Anwendung.

Die Tatsache, daß der Nationalrat glücklicherweise nicht so sehr eine Stätte unversöhnlicher Gegensätze ist, wie dies mitunter angenommen wird, beweist der Umstand, daß von den 103 verabschiedeten Gesetzen 80 einstimmig angenommen wurden. Der parlamentarische Grundkonsens, der sich vor allem in der guten Zusammenarbeit der Mitglieder der Präsidialkonferenz äußert, manifestiert sich aber auch in den anderen Gremien des Nationalrates.

Während allerdings in der ersten Hälfte dieser Session die Sitzungen und Gespräche wenn auch lebhaft, so doch im allgemeinen in geordneten Bahnen abgeführt wurden, hat sich leider gegen das Ende zu eine Hektik eingeschlichen und — bedingt durch die starken Spannungen bei verschiedenen Problemen sowie einer gewissen nervlichen Belastung — in der Diskussion wie auch bei den Zwischenrufen fallweise ein Ton bemerkbar gemacht, der der Würde des Hauses absolut nicht entspricht. Gerade weil wir alle wissen, daß eben das Parlament der Ort von Auseinandersetzungen sein soll, würde ich für die Zukunft doch ersuchen, sich dabei eines dem Hause angepaßten Stils zu bedienen.

Von den Medien und von Teilen der Öffentlichkeit wurde bis in die jüngere Vergangenheit die mitunter ausufernde Gesetzesflut kritisch beleuchtet. Nunmehr hingegen wird bemängelt, daß in der laufenden Tagungsperiode der Nationalrat angeblich nicht voll ausgelastet gewesen wäre. Übersehen wird hierbei, daß sich der Stellenwert der gesetzgebenden Körperschaften nicht oder jedenfalls nicht erstrangig nach der jeweiligen Zahl von Gesetzen bestimmen läßt. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders betonen, daß ein großer Teil der Arbeitskraft von Abgeordneten auch ihren vielfältigen Aufgaben in den Wahlkreisen gewidmet wird. In der parlamentarischen Demokratie gehört es zu den wesentlichsten Aufgaben der gewählten Parlamentarier, eine Brücke zwischen den Regierten und den Regierenden darzustellen; dieser Teil der Arbeit der Volksvertreter läßt sich durch die Medien nicht verfolgen, obwohl es zu den unverzichtbaren Aufgaben der Abgeordneten im Staate gehört, diese Tätig-

keit auszuüben. Das wird vielleicht etwas zuwenig vermerkt.

Ich möchte noch erwähnen: Der Zufall hat es gefügt, daß diese Tagungsperiode mit der 100. Nationalratssitzung schließt und auch der ORF seine 100. Sendung „Hohes Haus“ ausgestrahlt hat. Weltweit ist das Verhältnis der Parlamente zu den Medien, und insbesondere zum Fernsehen, zwiespältig. Einerseits dienen die Fernsehübertragungen in besonderer Weise dem Prinzip der Öffentlichkeit des parlamentarischen Verfahrens, da sonst ja nur die Besucher auf der Publikumsгалerie den Sitzungsverlauf unmittelbar verfolgen könnten. Andererseits gibt die Fernsehkamera nur Momentaufnahmen wieder, wobei jedoch nicht die Gesamtsituation im Saal erfaßt werden kann, sondern nur das, worauf das Objektiv gerade gerichtet ist, während in der Berichterstattung der Print-Medien nach einer stundenlangen Sitzung ein durch geistige Arbeit zusammengefaßtes Verhandlungsergebnis in Druck geht.

Um hier einen Weg zu finden, haben sich die Präsidialkonferenz und die Parlamentsdirektion wiederholte Male damit befaßt, und wir haben festgestellt und glauben ohne Übertreibung sagen zu können, daß nunmehr in der Form der redigierten Sendung „Hohes Haus“ eine beispielgebende Lösung gefunden werden konnte.

So möchte ich in diesem Zusammenhang den Vertretern der Medien — der Austria Presse Agentur, der Presse, des Fernsehens und des Hörfunks — für ihre unermüdliche Tätigkeit im Interesse einer Vermittlung des parlamentarischen Geschehens an die Öffentlichkeit danken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Es ist mir aber auch ein Bedürfnis, allen Abgeordneten für ihre Arbeit im Interesse unserer Heimat, der Republik Österreich, aufrichtig Dank zu sagen.

Dieser mein Dank gilt insbesondere den Mitgliedern der Präsidialkonferenz, die mich in meiner Leitungsfunktion unterstützen. Nicht zuletzt möchte ich den Beamten der Parlamentsdirektion sowie jenen des Bundeskanzleramtes, des Rechnungshofes, der Volksanwaltschaft und der übrigen Dienststellen für ihre wertvolle unterstützende Tätigkeit, insbesondere in den Ausschüssen und Unterausschüssen, meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Es ist Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich nicht verborgen geblieben, daß

8906

Nationalrat XVI. GP — 100. Sitzung — 28. Juni 1985

Präsident

es dem Herrn Zweiten Präsidenten des Nationalrates Mag. Minkowitsch aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich war, an der Verhandlungsleitung teilzunehmen. Er befindet sich glücklicherweise auf dem Wege der Besserung, wobei ich sicher bin, im Namen aller zu sprechen, wenn ich ihm und allen erkrankten Abgeordneten die besten Genesungswünsche ausspreche. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich nach einer arbeitsreichen Session einen geruhsamen Urlaub, der Sie in

die Lage versetzen möge, Ihre Arbeit in der kommenden Tagungsperiode gestärkt und auch beherrscht wiederaufnehmen zu können. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Unter dem neuerlichen Beifall der Abgeordneten begeben sich die Klubobmänner Wille, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten, um ihm ihrerseits die besten Wünsche für die Sommermonate zu übermitteln.)

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 55 Minuten